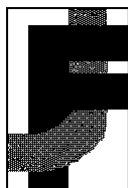


EINHEITSDRANG? EINHEITSZWANG? DIE ENTSTEHUNG DER SED

BETRACHTUNGEN UND ERINNERUNGEN NACH 50 JAHREN



Protokoll einer Tagung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. und der
Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Thüringer Landesvorstand der PDS am 10. Februar
1996 in Gotha

Druck:

*Jugendwerkstatt Jena
Am Steinbach 15
07743 Jena*

Einheitsdrang? Einheitszwang?
Die Entstehung der SED
Betrachtungen und Erinnerungen nach 50 Jahren

Schriftenreihe
des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V.

Heft 24

Jena 1996

INHALT

		Seite
Eberhart Schulz/ Jochen Traut	Vorwort	3
Günter Benser	Zusammenschluß von KPD und SPD. Anmerkungen zu einer neubelebten Diskussion	5
Heiner Hellmich	Der Weg in die SED aus der Sicht eines damaligen Weimarer SPD-Mitgliedes	32
Heinz Koch	Die Vereinigung von KPD und SPD im Eichsfeld	36
Kurt Ludwig	Einheitsdrang oder Einheitszwang? Geistiges Klima und moralische Befindlichkeiten als Nährboden für den Einheitsgedanken	39
Fritz Schörnig	Den Alten zu Ehren	45
Günter Schwade	Wie ich den Weg der Vereinigung von KPD und SPD in Erfurt erlebte	49
Ursula Sommermann- Frölich	Der Weg SPD in die Einheitspartei. Miterlebtes aus Thüringen	52
Dieter Bauke	Tinzianismus - eine sozialdemokratische Abweichung in der SED. Das Beispiel Otto Jenssen	56
Edgar Hartwig	Die Vereinbarung vom 9. Juli 1945. Eine gescheiterte und fast vergessene Initiative der Landesleitungen von SPD und KPD in Thüringen	63
Jürgen Hofmann	Die SED - eine Partei neuer Art? Visionen und Illusio- nen Anton Ackermanns aus der Vorbereitungsphase des Zusammenschlusses von KPD und SPD	70
Klaus Höpcke	Weiß Dr. Gerd Schuchardt nicht, wann und wie die „Sozialfaschismus“-These von Grund auf verworfen wurde? Rückfragen zu einer Äußerung in einer SPD- Landesvorstandsbroschüre zum 50. Jahrestag des Zu- sammenschlusses von KPD und SPD	80
Eike Kopf	Methodisches und Wissenschaftsethisches	84
	Publikationsübersicht des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V.	92

Vorwort

Das historische Ereignis des Zusammenschlusses von KPD und SPD, dem dieser Band gewidmet ist, liegt 50 Jahre zurück, ist aber heute noch ebenso umstritten in seiner Bewertung wie damals. Der Vorsitzende der PDS, Lothar Bisky, hat dazu völlig zu Recht festgestellt, es sei kein Anlaß für Feierstunden, aber ein wichtiges, emotional höchst belastetes Thema. Es ist nicht zu behandeln ohne politische Sympathie oder Antipathie, nicht losgelöst von der politischen Gegenwart.

Das zeigt sich z.B. auch in der Behauptung von Wolfgang Thierse, das Papier der Historischen Kommission der PDS zum Vereinigungsprozeß von KPD und SPD sei beschönigend und stelle keine Grundlage für eine wissenschaftliche Diskussion dar. Mit Invektiven aber kommen wir der Lösung des Problems keinen Schritt näher. Man fragt sich da unwillkürlich, ob das überhaupt gewollt wird. Im Vorwort zu einer Broschüre der SPD in Thüringen über „Zwangvereinigung von SPD und KPD in Thüringen“ hat der damalige Landesvorsitzende Gerd Schuchardt geschrieben: „Sozialdemokraten haben keinen Grund, eine Auseinandersetzung mit den Ereignissen, die zu diesem Datum führten und ihm folgten, zu scheuen“ (S. 3). Es ginge dabei um die Frage der historischen Wahrheit, die Sozialdemokraten Thüringens wollten sich „differenziert mit dem Zusammenschluß der beiden Parteien auseinandersetzen“ (S. 4). Er führte weiter aus: „Vorzeitige und zu schnelle Antworten fördern die Aufarbeitung von Geschichte nicht. Daher tun die Sozialdemokraten gut daran, zunächst Fragen zu stellen“ (S. 4). Einige davon formuliert er im Anschluß an die Feststellung, daß die Machtergreifung der Nazis 1933 durch die Spaltung der Arbeiterbewegung erheblich erleichtert wurde: „Welchen Einfluß hatte die Erfahrung und zudem die grausame Verfolgung von Sozialdemokraten und Kommunisten im NS-Regime auf den organisatorischen Zusammenschluß von KPD und SPD? Inwieweit waren die Sozialdemokraten bei ihrer Entscheidung von dem Ideal der Einheit der Arbeiterbewegung bestimmt?“ (S. 4)

Solche Fragestellungen könnten Ansätze zu einer sachlichen Diskussion von Forschungsergebnissen sein. Die Beiträge in der Broschüre streifen jedoch diese Probleme nur, wobei nicht geleugnet werden kann, daß es unter den Sozialdemokraten eine „emotionale Bereitschaft, den Weg in die Einheitspartei zu gehen“ gegeben hat (S. 21). Wenn Gerd Schuchardt aber dann im Vorwort behauptet, die PDS versuche, „die zwangsweise Vereinigung von KPD und SPD zu einem historischen Ereignis eines freiwillig gewollten Zusammenschlusses von Kommunisten und Sozialdemokraten zu verfälschen“ und ihr vorwirft, sie sei „zu einer ehrlichen Aufarbeitung ihrer Geschichte nicht in der Lage oder bereit“ (S. 3/4), dann trägt das natürlich keinesfalls zu einer sachlichen Auseinandersetzung bei. Scheut die SPD diese Auseinandersetzung über konkrete historische Fakten etwa doch? Versteckt sich dahinter nicht erneut politische Absicht?

Um eine Entzweiung durch Geschichte zu vermeiden und sich über eines der kompliziertesten Probleme der Nachkriegsgeschichte zu verständigen, muß man sich am realen historischen Geschehen orientieren, sich um ein sachliches Bild vom Vereinigungsprozeß bemühen, gereinigt von

aller Glorifizierung und von jedweder Verunglimpfung. Das verlangt jedoch nicht nur die Berücksichtigung der ganzen Fülle der zum Teil widersprüchlichen Tatsachen, sondern diese sind auch den realen historischen Umständen entsprechend einzuordnen, sowohl in die geschichtliche Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung seit der Jahrhundertwende als auch in das internationale Geschehen nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Es geht uns also um die dialektische Analyse, um die Entwirrung des Geflechts von objektiven historischen Bedingungen und Umständen und den subjektiven Befindlichkeiten, Hoffnungen und Erwartungen der Menschen jener Zeit, um einen komplexen Blick auf diese Ereignisse und eine erst daraus erwachsende Bewertung des Geschehens.

Ziel der Tagung, deren Protokoll hier vorliegt, war es, zur Aufhellung damaliger Vorgänge an der Basis der beiden Parteien beizutragen, etwas zu erfahren über das Denken, Fühlen und Handeln der Akteure in den Orten und Kreisen, Anstöße zur weiteren wissenschaftlichen Klärung der Dinge zu liefern.

Günter Benser

Zusammenschluß von KPD und SPD. Anmerkungen zu einer neubelebten Diskussion¹

In letzter Zeit bin ich oft mit der zupackenden Frage konfrontiert worden: War die SED-Gründung eine Zwangsvereinigung - Ja oder Nein? So herausgefordert, kommt der Streit rasch und mediengerecht in Schwung. Allerdings - mit solch einer verabsolutierenden Ausrichtung auf das *Wie* des Zusammenschlusses von KPD und SPD bleiben das *Was* und das *Warum* in der Regel auf der Strecke. Wir sollten uns fragen, ob eine derartige Vereinseitigung den geschichtlichen Vorgängen gerecht wird. Und wir sollten darüber hinaus prüfen, ob Schlagworte geeignet sind, Geschichte und Gegenwart so miteinander zu verbinden, daß dies der Lösung heutiger Probleme dienlich ist.

Die Historische Kommission der PDS ist deshalb bemüht gewesen, ein ausgewogenes Bild des Zusammenschlusses von KPD und SPD zu zeichnen - wie ich es einmal in einem Broschürenentwurf formuliert habe - „jenseits von Jubel und Verdammnis“². Die Vorgänge des Jahres 1945/1946 lassen sich nicht aus dem historischen Längsschnitt und auch nicht aus den internationalen und interzonalen Zusammenhängen herausnehmen, ohne sie zu verzerren. Bewertungen dürfen nicht ausschließlich auf die Befindlichkeit und das Schicksal der Kader von KPD und SPD bezogen und nicht überwiegend an den Ereignissen in Berlin festgemacht werden, wenn tendenziöse Sichtweisen vermieden werden sollen. Es hat bei den 1,3 Millionen Menschen, die am Zusammenschluß von KPD und SPD unmittelbar beteiligt gewesen sind, ein breites Spektrum ihrer Entscheidungen und Betroffenheiten gegeben.

Es war nicht unsere Absicht, eine Erklärung abzugeben, die uns in eine Konfrontation zur SPD bringt. Im Gegenteil, wir waren und sind am Disput interessiert und erhofften uns davon eine Versachlichung. Wir haben nicht Anspruch erhoben, alles besser zu wissen. Unsere Argumentation wird deshalb mit den Worten eingeleitet: „Wir geben allen, die sich - von welchen Positionen und mit welchen Absichten auch immer - mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD beschäftigen, vor allem folgendes zu bedenken.“³

Inzwischen ist ein Echo von verschiedenen Seiten erfolgt. Ob dies Ergebnis eines Nachdenken ist, wage ich zu bezweifeln. Denn die parteipolitischen Interessen schimmern allzu sehr durch, und von den zehn Thesen der Erklärung der Historischen Kommission der PDS sind meist nur die Hälfte der These 4 und die These 8 in der Diskussion, also die Aussagen über Zwänge. Das spricht nicht für einen souveränen Umgang unserer Kritiker mit dieser Thematik.

CDU und CSU haben durch Kanzleramtsminister Friedrich Bohl und Finanzminister Theo Waigel verständlicherweise sofort Warnungen an die SPD vor einem „Linksbündnis mit den kommunistischen SED-Nachfolgern“ gerichtet. Wenn jedoch Bohl die SPD auffordert, „sich endlich zu einer ‚differenzierten Betrachtung‘ ihrer Geschichte durchzuringen“ und erklärt, der „Begriff ‚Zwangvereinigung‘ ist historisch nicht haltbar und beschreibt nur eine Hälfte der Wahrheit“, so ist ihm schwerlich zu widersprechen.⁴

Die SPD hat ihren Standpunkt insbesondere durch Erklärungen des Stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wolfgang Thierse - artikuliert. Der Parteivorstand der SPD, dem es keine Probleme bereitet hatte, als seine Grundwertekommission und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED ein gemeinsames Dialogpapier berieten und verabschiedeten, faßt die Historische Kommission der PDS mit spitzen Fingern an. Er unterstellt, sie wolle Parteibeziehungen institutionalisieren und verstetigen und hält ihr vor, „die Ergebnisse aller seriösen Historiker“ zu ignorieren.⁵ Ich werde deshalb nicht umhinkommen, ab und an auf die offizielle SPD-Version einzugehen.

In diesem Zusammenhang ist von Interesse, wie der Sozialdemokrat Fritz Schreiber die Seriösität der SPD-Geschichtsschreibung und ihr Verhältnis zur historischen Wahrheit gesehen hat. Schreiber, der zu den engsten Mitarbeitern von Otto Grotewohl gehört hatte, war als Sekretär des Zentralsekretariats der SED tätig gewesen, hatte aber 1948 der SED den Rücken gekehrt und war in den Westen übergewechselt. Er erklärte in einem - allerdings Jahre zurückliegenden - Interview: „Folgt man der offiziellen Parteigeschichte, muß man deshalb trennen, zwischen dem, was gesagt werden muß, um eine bestimmte Ideologie zu erzeugen, und zwischen dem, was sich wirklich abgespielt hat. Die Parteigeschichte erfordert ganz sicher, daß man diese einfache Gegenüberstellung in den Vordergrund stellt, denn damit enthebt man sich der Notwendigkeit, eine vielschichtige Darstellung über den Ablauf der Dinge zu geben. Aber in Wirklichkeit war es so in den allerseltensten Fällen.“⁶ Das hätte er natürlich ebenso oder noch drastischer über die „offizielle Parteigeschichte“ der SED sagen können, an der ich mitgewirkt habe.

Auch seitens der KPD ist ein Echo nicht ausgeblieben. Ihr Blatt „Die Rote Fahne“ führt genau jene Sprache und Denkweise weiter, die schon immer unüberwindliche Gräben in der Arbeiterbewegung aufgerissen hat und auch 1945/1946 eine Barriere darstellte.

Dieser Stellungnahme zufolge will Benser „für dieses imperialistische Deutschland gesellschaftsfähig“ werden und an die Seite jener treten, „die schon immer Lakaien des deutschen Großkapitals waren“, und er „wandelt, ob er will oder nicht, im Sumpf des Opportunismus. Von da bis zum Verrat der Klasseninteressen der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten ist es nur noch ein Schritt.“⁷ Seine Hauptargumente bezieht der Autor der „Roten Fahne“ aus der Gegenüberstellung früherer Wertungen, wie sie unter meiner Mitwirkung für die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ oder für „Geschichte der SED. Abriß“ formu-

liert worden sind. Damit hatte ich natürlich zu rechnen, und ob solcher Schelte beklage ich mich nicht. Nur - wer nach dem Untergang der DDR, dem Debakel der SED und den durch die deutsch-deutsche Anschluß- und Vereinigungspolitik angerichteten Verheerungen nicht historisches Geschehen aufs Neue überdenkt, denkt der überhaupt?

Angesichts der primär politisch motivierten Reaktionen auf die Erklärung der Historischen Kommission der PDS komme auch ich nicht umhin, die historische mit der politischen Argumentation zu verbinden.

Es ist an der Zeit, *alle* Tatsachen zu Kenntnis zu nehmen, nicht nur die liebgewordenen, sondern auch die unbequemen und beschämenden. Jede von ehrlicher Überzeugung getragene Haltung der damaligen Zeitgenossen aber hat Anspruch, ernstgenommen zu werden und verdient unseren Respekt. Wir können ihr nach Prüfung beipflichten, sie gelten lassen oder kritisieren, aber wir sollten sie weder dämonisieren noch kriminalisieren. Hier gibt es im Umfeld der PDS einen anderen Nachholebedarf als im Umfeld der SPD, aber Nachholebedarf ist überall vorhanden.

Es ist zweifellos ein echter Gewinn, daß wir in den letzten Jahren anhand authentischer Quellen vieles über interne Vorgänge in der SPD hinsichtlich der Parteienfusion, über Bedenken und Zweifel, über Widerstände, über Einmischungen der Besatzungsmacht, über Nötigungen und über die Einengung von Handlungsspielräumen erfahren haben. Und ich rate jedem, dies unvoreingenommen zur Kenntnis zu nehmen und sein eigenes Bild von den Geschehnissen an diesen historischen Zeugnissen zu messen.

Aber das darf nicht dazu führen, daß uns die SPD des Jahres 1945/1946 nur noch oder fast ausnahmslos in der Spiegelung interner Quellen vorgeführt wird, die nebenbei bemerkt oft zwei/drei Monate vor dem Vereinigungsparteitag abrechen oder dünn werden. Die Bevölkerung, ja selbst die Mehrheit der Mitglieder haben doch die Haltung der SPD in der Einheitsparteifrage nicht anhand dieser Interna, sondern durch offizielle Erklärungen sozialdemokratischer Gremien, durch Reden sozialdemokratischer Funktionäre auf Massenkundgebungen, in Aufsätzen der sozialdemokratischen Presse, als gemeinsame Beschlüsse von Tagungen und Konferenzen erfahren. Wenn der Zustrom zur SPD bis zum April 1946 unvermindert angehalten hat, dann doch auch *wegen* - oder meinethalben *trotz* - der öffentlichen Option der ostdeutschen Sozialdemokratie für die Einheitspartei.

Wer Argumente und Fakten sucht, die belegen, daß es sich um eine Zwangsvereinigung handelt, der wird sie finden. Wer Argumente und Fakten sucht, die ihm bestätigen, daß es begeisterte Zustimmung, politisch bedachte Entscheidungen und pragmatisches Bejahen der Einheitspartei massenhaft gegeben hat, der wird sie auch finden. Wer Zeitzeugen aufführen will,

die glaubhaft aussagen, daß sie unter Druck die Vereinigung mitgemacht haben oder gar Opfer repressiver Maßnahmen geworden sind, dem stehen sie zur Verfügung. Wer Zeitzeugen aufführen will, die glaubhaft schildern, daß sie freiwillig und überzeugt den Weg in die SED gegangen sind, dem stehen sie auch zur Verfügung, auch aus den Reihen der ehemaligen Sozialdemokraten. Was nicht funktioniert, aber immer wieder praktiziert wird, das sind Versuche, mit dem Verweis auf positive Tatsachen die negativen zu leugnen oder mit dem Hervorkehren negativer Tatsachen die positiven aus der Welt zu schaffen.

In diesem Zusammenhang kann ich nicht an der Broschüre vorbeigehen, die vom SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Thüringen herausgegeben worden ist und die mit regionalen Varianten auch für andere neue Bundesländer produziert wurde. Als ich das Vorwort des Vorsitzenden der SPD Thüringen, Gerd Schuchardt, las, kam es mir irgendwie bekannt vor. Und tatsächlich; ich hatte es schon einmal gelesen, Wort für Wort, nur stand da immer Brandenburg statt Thüringen und das Porträt zeigte nicht Gerd Schuchardt, sondern Steffen Reiche. Beide Landesvorsitzende haben unter gleichlautende, offenkundig vorgefertigte Texte ihren eigenhändigen Namenszug gesetzt.⁸ Immerhin sprechen sich die standardisierten Vorworte für eine differenzierende Auseinandersetzung aus. Auf der Titelseite dieser Broschüren springen uns jedoch die Schlagworte „Diktatur und Gewalt“ oder „Freiheit und Recht“ an. „Zwangvereinigung“ erscheint nicht als nachzuprüfende Bewertung oder als Schlußfolgerung aus einer detaillierten Untersuchung. „Zwangvereinigung“ ist hier von vornherein mit Signalwirkung ausgestattet, damit dieses nachweislich als Kampfbegriff⁹ entstandene Stigma durch jeden Bibliothekskatalog und bei jedem Zitieren solcher Schriften verbreitet wird.

Hatten sich eigentlich außenstehende Zeitgenossen auch schon auf diesen Begriff festgelegt? Nun, sie haben keineswegs nur mit einer Stimme gesprochen. Dafür einige Belege:

Konrad Adenauer hat im ersten Halbjahr 1946 - der Rhöndorfer Briefausgabe zufolge - 134 Briefe politischen Inhalts versandt. In keinem einzigen hat er von der SED-Gründung und dem Schicksal der ostdeutschen Sozialdemokraten Notiz genommen. In seinen Memoiren urteilte er später in der ihm eigenen, Zwischentöne meidenden Betrachtungsweise: „Auf Druck der Sowjetunion hin mußte sich die SPD mit der KPD zu einer Partei, der SED, zusammenschließen, mußte sich den Zwecken der sowjetischen Besatzungsmacht beugen, die anderen Parteien wurden unterdrückt. Die Russen schienen von Anfang an eine klare Politik in Bezug auf Deutschland zu betreiben. Ihr Ziel war, ganz Deutschland in ihren Machtbereich einzubeziehen. Sie handelten genau nach der Parole Lenins: ‚Wer Deutschland hat, hat Europa!‘“¹⁰

Wesentlich anders äußerte sich sein Parteikollege und Kontrahent *Jakob Kaiser*, damals Vorsitzender der Ost-CDU und später erster Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen: „Warum hat denn die Sozialdemokratie keine Wirkungsmöglichkeit in Sachsen, in Thüringen? Doch nicht zuletzt auch deshalb, weil nur verschwindend wenig Führungskräfte der Sozialdemokratie

des Ostens dem Verschmelzungswillen der Kommunisten widerstanden haben. Doch nur deshalb, weil der damalige Führungskörper der östlichen Sozialdemokratie bei dieser Verschmelzung wesentlich mitgewirkt hat. Ich selbst habe die Phasen dieses Geschehens unmittelbar miterlebt. Ich wäre gern bereit, den Mantel der Liebe darüber zu decken, wenn ich nicht immer wieder vor der Notwendigkeit stände, einer Legendenbildung vorzubeugen.“¹¹

Von *Kurt Schumacher* wird niemand etwas anderes als harsche Ablehnung und schärfste Verurteilung der Kommunisten und der SED erwarten. Aufschlußreich ist allerdings auch, wie er auf dem Hannoveraner SPD-Parteitag im Mai 1946 mit seinen ehemaligen sozialdemokratischen Genossen ins Gericht gegangen ist:

„Der Kampf um die Macht innerhalb der SED ist schon lange entschieden... Ihr dürft doch nicht glauben, daß in einer solchen vereinigten Partei eine gleiche Chance ist, besonders dann nicht, wenn die gewaltpolitischen Voraussetzungen, wie sie durch die Besatzungsmacht gegeben sind, so gelagert sind, wie in der Ostzone. Damit ist der Kampf von vornherein entschieden... Die Leute, die einmal Sozialdemokraten waren, und sich jetzt in die „äußerliche Handhabung der Macht der SED teilen, sind tatsächlich schon längst SA-Reserve 2.“¹² Zuvor hatte Kurt Schumacher in der gleichen Rede „eine entscheidende Herabdrückung des politischen Niveaus im Kampf“¹³ beklagt.

Ein so prinzipieller Kritiker stalinistisch-kommunistischer Politik wie *Heinrich Brandler* schrieb in einem Brief vom 7. September 1946:

„Ich glaube der Weg geht über die SED. In der Russenzone ist die SED eine Massenbewegung und das Minimale Programm ist besser, als ich erwartet hatte. Ich glaube, daß es wenig Zweck hat, eine Detailkritik anzufangen. Meine Meinung ist, wir sollten sagen, wir machen mit, um es durchzukämpfen, und dabei kann man den fantastischsten Stumpfsinn - von dem es ausgeht - m.M. nach am besten aufdecken. Der Stumpfsinn - Marke Moskau - besteht darin, daß man ganz einfach die Besatzungsdiktaturen ignoriert.“¹⁴

Von *August Weber*, dem letzten Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei, findet sich im Nachlaß Wilhelm Piecks folgende Äußerung:

„Gerade die Einigung der Arbeiterparteien - ich sage das als Industrieller, als Bürger und nicht als Marxist - ist eine der dringendsten Aufgaben unserer Partei, denn die Arbeiter müssen eine besondere und entscheidende Rolle in der zukünftigen deutschen Politik spielen, wenn sie zu positiven Resultaten führen soll. Diese Rolle der Arbeiter wird durch die Entwicklung der Weltgeschichte bestimmt.“¹⁵

Die inhaltliche Spannweite dieser Zitate bezeugt, daß es wohl doch nicht angeht, die SED-Gründung so eindimensional zu werten wie das in der DDR unter positivem und in der BRD unter negativem Vorzeichen geschehen ist beziehungsweise geschieht.

Die Frage ist nicht oder sollte es längst nicht mehr sein, ob es Zwänge gegeben hat, sondern in welchem Verhältnis die Zwänge zu den aus Überzeugung oder politisch rationalem Abwägen erfolgten Entscheidungen gestanden haben und wie sich die Masse der Mitglieder verhalten hat. Natürlich geht es auch um die Frage in welchem Verhältnisse die Zwänge im Osten zu den Zwängen im Westen stehen. Manche Politiker und Historiker wollen vergessen machen, daß es nicht nur überall in Deutschland Besatzung gegeben hat, sondern daß Besatzungsregime der Sache nach letztendlich keine Demokratien sondern Militärdiktaturen sind.

Ein solches Herangehen an die Rahmenbedingungen und die Wechselbeziehungen zwischen deutscher und alliierter Politik hat der Historischen Kommission der PDS den Vorwurf der Roten Fahne eingebracht: „Da werden die westlichen Besatzungsmächte vorsichtig gestreichelt, ob ihrer Politik gegen die Einheit der Arbeiterbewegung.“¹⁶ Wolfgang Thierse sieht es genau anders herum. Es würden „die Entwicklungen im Osten und im Westen Deutschlands in unerträglicher Weise nahezu gleichgesetzt“,¹⁷ was schon von den Proportionen her nicht zutrifft. Doch angesichts einer Enquêtekommission des Deutschen Bundestages, in der Gleichsetzungen der DDR mit dem Hitlerfaschismus mühelos vorgenommen werden, wird es doch gestattet sein, die Politik der Besatzungsmächte mit einander zu vergleichen.

Vielleicht spricht gerade die diametrale Doppelkritik von SPD und KPD dafür, daß die Erklärung der Historischen Kommission der PDS die Rolle der Besatzungsmächte grundsätzlich richtig benannt hat. Da dies allerdings nur grob erfolgen konnte, möchte ich hier etwas genauer werden.

Bis zu einem gewissen Grade können wir spiegelverkehrt beobachten, wie Militärbehörden im Osten und Westen nach gleichem Schema vorgegangen sind: Abblocken oder Verbote basisdemokratischer Bewegungen und Bestrebungen, Steuerung der innenpolitischen Szenerie durch den Zeitpunkt und die Bedingungen für die Zulassung politischer Parteien, Favorisierung ihnen genehmer Kräfte bei der Besetzung der deutschen Verwaltungen, Erlaß von Befehlen, Direktiven und Gesetzen, mit denen dem eigenen politischen Verständnis entsprechende Strukturen in Deutschland implantiert und generelle Rahmenbedingungen für politisches Handeln der Deutschen gesetzt wurden, Eingriffe in die inneren Belange der Arbeiterbewegung, Ungleichbehandlung politischer Organisationen bis hin zur Papierzuteilung, Benzinumessung, beim Informationszugang, bei der Rückgabe oder Übergabe von Eigentum, Disziplinierung aufmüpfiger Politiker bis hin zu Verhören und Verhaftungen.

Dies beschreibt gewissermaßen den allgemeinen interalliierten Sockel, auf dem deutsche Politik damals stattfand. Dazu sah sich jede Besatzungsmacht legitimiert, und sie war es de facto auch. Sie war es historisch als Befreierin vom Faschismus. Sie war es völkerrechtlich, verbrieft in den Kapitulationsdokumenten, dem Potsdamer Abkommen und den Proklamationen und Gesetzen

das Alliierten Kontrollrates. Jede Siegermacht hatte nachvollziehbare eigene Sicherheitsinteressen, und jede trug Verantwortung für das Überleben der ohne eigene staatliche Souveränität vegetierenden deutschen Bevölkerung. Es erscheint mir deshalb unakzeptabel, wenn uns die Geschichte so vorgeführt wird, als ob einer Sowjetisierung Ostdeutschlands eine freies Spiel der Kräfte und eine unbefleckte demokratische Empfängnis im deutschen Westen gegenübergestanden habe.

Unakzeptabel ist aber auch eine Gleichsetzung der Besatzungseingriffe im allgemeinen und in die Auseinandersetzungen um die SED-Gründung im besonderen.

Zwischen der Ablösung des Thüringer Regierungspräsidenten Hermann Brill durch die Sowjets und der Ablösung des Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer durch die Briten - jeweils in Verbindung mit einem Besatzungswechsel - vermag ich keinen fundamentalen Unterschied zu erkennen. Für die Abhalfterung des Thüringer Bezirksvorsitzenden der SPD Hermann Brill auf Drängen der KPD durch die sowjetische Besatzungsmacht fällt mir hingegen kein vergleichbares Beispiel aus dem Westen ein. Allerdings vermochte Brill sein Konzept später in Hessen ebensowenig umzusetzen wie zuvor in Thüringen.

Die Unterschiede zwischen manchen Auflagen, die Sozialdemokraten von den sowjetischen Kommandanturen erteilt wurden, und den Auflagen, die westdeutsche Kommunisten von ihren Militärbehörden entgegenzunehmen hatten, halten sich in Grenzen. Zwischen der Verhinderung der Urabstimmung im sowjetischen Sektor Berlins und den Verboten von Organisationsausschüssen zur Vorbereitung der Einheitspartei im Rheinland oder der Anweisung an westdeutsche Funktionäre, aus dem Parteivorstand der SED auszuschneiden und dies öffentlich in der Presse bekanntzugeben, sind Vergleiche nicht abwegig. Daß sich indes ein ganzer Apparat der Besatzungsmacht nach zentralen Weisungen mit den Entscheidungen in der Einheitsparteifrage befaßte, ist für den Westen bis jetzt nicht nachgewiesen. Die Schwierigkeiten, gegen welche die sozialdemokratische Opposition in den Berliner Westsektoren anfangs anzukämpfen hatte, sprechen dafür, daß sich die massive Unterstützung der Vereinigungsgegner über das Engagement einzelner Offiziere und politischer Berater herausbildete und nicht diesen zentralistischen Charakter trug wie im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands.

Es gab auch im Westen einen geheimdienstlichen Sicherheitsapparat, der über gutplazierte eifrige deutsche Informanten verfügte.¹⁸ Aber es gab nicht jenen zweiten Machtapparat, wie ihn das NKWD neben der SMAD, den SMA der Länder und den Kommandanturen darstellte und dessen Kontrolle wohl nicht nur die deutsche Bevölkerung, sondern auch die Rote Armee, die befreiten sowjetischen Kriegsgefangenen und die nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter unterworfen waren. Es kann kein Zweifel bestehen, daß dieser Apparat nicht nur Druck ausübte, indem er Verhöre oder Verhaftungen vornahm, die unterschiedliche Bezüge, Berech-

tigungen oder Nichtberechtigungen haben konnten, sondern daß seine bloße Existenz Wirkung zeigte. Zweifellos erhielten auf diesem Hintergrund die kommunistischen Optionen und Aktionen für die Einheitspartei eine zusätzliche Durchschlagskraft.

Dem steht allerdings gegenüber, daß neu erschlossene Quellen auch belegen, daß Sozialdemokraten durchaus selbstbewußt ihre Sorgen und Bedenken bei sowjetischen Instanzen vorzutragen vermochten und vorgetragen haben, daß diese von verschiedenen Offizieren unterschiedlich aufgenommen wurden und daß Interventionen auch Erfolg zeitigen konnten.

Das Festhalten des Sozialdemokraten Heinrich Fleißner aus Leipzig durch sowjetische Behörden, um ihn an der Teilnahme an einer Konferenz zu hindern, und die Verhaftung des Kommunisten Oskar Hoffmann aus München wegen Teilnahme an der Reichskonferenz der KPD lassen sich auf einer Ebene ansiedeln. Die Aburteilungen durch sowjetische Militärtribunale und die Überstellung in Zwangslager in der UdSSR hatten im Westen keine Parallele. Sie sind aber für 1945/1946 bisher nur in Einzelfällen nachgewiesen worden.¹⁹ Sie fallen überwiegend in die Zeit verschärften kalten Krieges, und sie trafen keineswegs nur Sozialdemokraten. Für die Menschen, die einem solchen Schicksal ausgesetzt waren, ist der Zeitpunkt des Zuschlagens der letztlich von Stalin dirigierten Apparate nebensächlich. Aber für die Aufklärung der Umstände des Zusammenschlusses von KPD und SPD ist dieser Unterschied von erheblichen Belang. Dies in die Diskussion einzubringen, ist keine Verharmlosung und keine Entschuldigung von Repressalien.

Die nicht mehr gutzumachenden Verletzungen des Ansehens, der Würde, ja des Lebens von Parteifunktionären, sowohl sozialdemokratischer als auch kommunistischer Herkunft waren Vorgänge, die in solchem Ausmaß und solcher Schärfe den Besatzungseingriffen in den Westzonen nicht gleichgesetzt werden können. Es vermag aber auch niemand zu sagen, wie sich Amerikaner verhalten hätten, wenn SS und Wehrmacht in Texas und Kalifornien so gewütet hätten wie in Rußland und der Ukraine.

Derartige Eingriffe sind auch nicht generell an der KPD- oder SED-Führung vorbei erfolgt. Vor allem die 1948 geschaffene Zentrale Parteikontrollkommission war an vielen schlimmen Vorkommnissen so oder so beteiligt. Auch dort, wo es keine direkten Bezüge gibt, stoßen wir auf jene Übereinstimmungen im Machtverständnis sowjetischer und deutscher Kommunisten, ohne das sich derartige Repressionen schwerlich erklären lassen. Doch erhoben - nun als SED-Funktionäre - auch ehemalige Sozialdemokraten Forderungen nach Disziplinierungen und Säuberungen.

Ein reales Bild vom Ausmaß der angedeuteten schlimmen Tatsachen, ein Bild, das von den Einseitigkeiten des kalten Krieges und von den mit Anschluß nach Artikel 23 GG neubelebten

Vorurteilen befreit ist, werden wir meines Erachtens nur gewinnen können, wenn die Quellen *aller* involvierten Seiten uneingeschränkt zugänglich gemacht werden. Erst nachdem unabhängige Historiker oder paritätische Historikerteams Fall für Fall überprüft und bewertet haben, werden wir annähernd zuverlässig wissen, in welchem Maße und Zusammenhängen es Menschenrechtsverletzungen gegeben hat und welche davon nachweislich mit der Gründung der Einheitspartei in Verbindung zu bringen sind.

Gegenwärtig sehen wir uns mit den unterschiedlichsten Zahlen konfrontiert. In Schulungsmaterialien der SPD ist von 20.000 gemaßregelten Sozialdemokraten die Rede - eine Zahl, die vermutlich auf eine Aussage des damaligen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer aus dem Jahre 1961 zurückgeht.²⁰ Der Kurt-Schumacher-Kreis hatte 1971 berichtet, daß 5.000 Sozialdemokraten von sowjetischen Tribunalen oder deutschen Gerichten verurteilt worden und 400 in Haft verstorben seien. Als nach dem XX. Parteitag der KPdSU auf Vorschlag einer Sonderkommission des ZK der SED eine Begnadigung politische Verurteilter stattfand, befanden sich darunter nach den statistischen Unterlagen 691 Sozialdemokraten, von denen 5 bereits verstorben waren. 51 verurteilte Sozialdemokraten wurden weiterhin als „Verbleib“ aufgeführt.²¹

Irgendwo zwischen diesen Zahlen liegt die Realität. Diese Realität ist unabhängig von quantitativen Größenordnungen bitter. Es ist dennoch berechtigt, zu fordern, daß diese Realität den Opfern des kalten Krieges und den politisch Repressierten im deutschen Westen gegenübergestellt werden muß, daß die von den Alliierten gemeinsam und von jeder Besatzungsmacht für sich gesetzte Rechtslage nicht negiert werden darf, daß die Rolle der SED im Rahmen dieser auch für sie verbindlichen Besatzungsordnung zu beurteilen ist und ihre Anteile und ihre Verantwortung genau auszuloten sind. Das schließt ein, daß sich die SPD hinsichtlich des Auftrages und der Tätigkeit ihres Ostbüros ohne Zurückhaltungen offenbaren sollte.

An dieser Kehrseite läßt sich nicht vorbeisehen. In einem Bericht nach Moskau nannte die von S.I. Tjulpanov geleitete Propagandaverwaltung der SMAD im September 1946 die SPD „die erste legale antisowjetische Partei in Deutschland“.²² Was immer sich Kurt Schumacher bei seinen antisowjetischen Eskapaden gedacht haben mag und wie sehr auf der anderen Seite Voreingenommenheiten und Feindbilder aus der Kominternzeit mitgeschwungen haben mögen - das Zitat belegt: Fünf Jahre nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR, den unsäglichen Verwüstungen und den Millionen Getöteten, ein Jahr nach Kriegsende wurde die sozialdemokratische Partei in Deutschland von verantwortlichen, mit der deutschen Szenerie bestens vertrauten Politikern der Sowjetunion als „erste legale antisowjetische Partei“ wahrgenommen. Die Weltmacht UdSSR, die als Sieger über den Faschismus beträchtliche Teile des deutschen Territoriums und der deutschen Bevölkerung kontrollierte und ohne deren Mittun eine Lösung der deutschen Frage unvorstellbar war, sah die SPD - und ich meine nicht ohne jeden Grund -

als jene deutsche Partei, die sich in puncto Antisowjetismus in eine Vorreiterrolle begeben hatte. Für wen konnte das gut sein, frage ich mich?

Hierzu eine Randglosse: Als Kurt Schumacher Anfang der fünfziger Jahre auch in Richtung Frankreich vergleichbare - von der Bundesregierung als Fehlleistungen qualifizierte - Vorstöße unternahm, erklärte Konrad Adenauer im Deutschen Bundestag: „Wenn ich die Herren Dr. Schumacher und Dr. Schmid höre, dann frage ich mich manchmal: Wer hat eigentlich den Krieg verloren, wir oder die anderen?“²³ Und eigentlich hatte es Kurt Schumacher anfangs auch besser gewußt, denn in seinen „Politischen Richtlinien“ vom August 1945 hatte er erklärt: „Nicht der Wunschzettel mancher deutschen Arbeiter bestimmt das Kriegsziel der Alliierten, sondern der Wille, sich jetzt ein für allemal gegen jede kriegerische Möglichkeiten der Deutschen zu schützen und die Reparationsleistungen aller Art zu sichern. Die *Sieger* machen jetzt auch *ihren Frieden* und *nicht den unseren*.“²⁴

Die als „erste legale antisowjetische Partei“ eingestufte SPD unterhielt zudem ein gezielt in den sowjetischen Machtbereich hineinwirkendes Ostbüro. In einer Zeit, wo sich das Umschlagen des kalten in den heißen Krieg nicht ausschließen ließ und der Osten wie der Westen an regelrechten Sicherheitsneurosen litten, war bei solcherart westgesteuerter Einwirkungspolitik eine Gefährdung ostdeutscher Sozialdemokraten vorhersehbar.

Der erste Leiter des Ostbüros hat in einem Interview zu Aufgaben und Arbeitsweise seiner Institution nachfolgende Mitteilungen gemacht. Ich verzichte auf jeden Kommentar und überlasse das Zitat Ihrer Bewertung: „Später war aus der reinen Flüchtlingsbetreuung etwas anderes geworden, mußte es ja auch... Auch die drüben hatten gemerkt, was hier lief. Da machten die natürlich die Grenze dicht und verstopften unsere Wege. Ich selbst bin wiederholt durch den Braunschweiger Kohlenbergbau von drüben nach hier und umgekehrt gebracht worden. Wir haben manchen Kurier da durchgeschleust. Das haben die Lokomotivführer gemacht, die haben uns z.B. in ihren Wassertanks versteckt. Das ging dann also nicht mehr. Da habe ich angeregt, die transportablen alten Wehrmachtsender, die hatten die Besatzungsstreitkräfte, dafür zu nutzen... Ich brauchte solch einen Sender, der fahrbar ist und das entsprechende Personal dazu. Damit konnte man an die Grenze fahren, heute in Helmstedt, morgen in Duderstadt und übermorgen in Kassel sein usw. und immer wieder senden... Ziel war also beiderseitige Information und natürlich auch gewissermaßen die Vorbereitung für die Organisation... Und für politische Entscheidungen in diesem Land hier, für die Regierung usw., war wichtig zu wissen: Wie entwickelt sich beispielsweise die Verwaltung in Dresden, welche Prinzipien herrschen da, welches sind die maßgeblichen Leute? Man mußte doch alles wissen, man mußte doch informiert sein über diese Leute? Wen hat man selbst dort verfügbar, wen kann man nicht gebrauchen? Man muß die Zuverlässigkeit der Leute testen. Alles das war der Zweck.“²⁵

Wir haben es bei den Zwängen tatsächlich nicht mit bloßen Randerscheinungen, sondern mit Erscheinungen zu tun, die zum Wesen der damaligen historischen Vorgänge gehören.

Verfechter der Einheitspartei gingen davon aus, daß ihnen die Geschichte eine Verantwortung auferlegt habe - von ihnen subjektiv durchaus als einen Zwang begriffen -, die Spaltung der Arbeiterklasse unbedingt zu überwinden. Auch existierte Zwang als generelle Rahmenbedingung, weil es überall im besetzten Deutschland an einem wirklich freien Spiel der Kräfte fehlte. Vor den Befehlen und Direktiven der Militärregierungen gab es kaum ein Ausweichen. Und da die sowjetische Besatzungsmacht in einer kommunistisch dominierten Einheitspartei offenbar eine unverzichtbare Garantie für ihre Sicherheitsinteressen gesehen hat, zögerte sie auch nicht, eine Fusion von KPD und SPD voranzutreiben. Daraus folgt indes nicht, daß 1,3 Millionen Menschen, ihre Entscheidungen nach diesen äußeren Umständen und nicht vorrangig nach ihren Überzeugungen, ihren Erfahrungen, ihren Hoffnungen und Erwartungen getroffen haben. Denn für das einfache Parteimitglied gab es durchaus unterschiedliche Möglichkeiten, sich zu entscheiden.

Wenn Zwänge an sich oder das Fehlen einer ausdrücklichen und unmittelbaren Erkundung des Willens jedes einzelnen Betroffenen ausreichen, um einen historischen Vorgang mit der Vorsilbe „Zwangs“ zu versehen, so müßten wir dieses Attribut vielen Geschehnissen und Entscheidungen nicht nur der ferneren, sondern auch der jüngeren Vergangenheit anheften.

Zurück zum Jahre 1946. Was ich nicht akzeptiere, das ist die Verkürzung eines überaus vielschichtigen, in sich widersprüchlichen Geschichtsprozesses auf nur eine Seite des Geschehens, das ist die mit der Reduktion auf Zwangsvereinigung einhergehende Abschreibung, Ausklammerung, wenn nicht Leugnung anderer Seiten des historischen Geschehens. Beim Lesen mancher Literatur könnte man den Eindruck gewinnen, die Auseinandersetzungen um die Fusion der Arbeiterparteien einerseits und das Ringen um antifaschistische-demokratische Erneuerung habe auf verschiedenen Planeten stattgefunden. Wer es nicht weiß, kommt gar nicht auf die Idee, das Einheitsparteiprojekt könnte etwas mit der Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher, mit der demokratischen Bodenreform, mit der Enteignung der Konzerne, mit der Brechung des Bildungsmonopols, einer demokratischen Erneuerung der Schule und des kulturellen Lebens, mit der Überwindung der Zonenteilung und der Wiedergewinnung der nationalen Einheit zu tun haben. Man möchte glauben, die Mitglieder von SPD und KPD seien nur mit der Frage Vereinigung Ja oder Nein befaßt gewesen, während sie doch zusehen mußten, wie sie ohne zu verhungern und ohne zu erfrieren über den Winter kamen. Hier scheint mir nebenbei bemerkt auch die Kritik berechtigt zu sein, daß die Historische Kommission der PDS im Vertrauen auf das Wissen um diese Zusammenhänge, sie ebenfalls unterbelichtet hat.

Wenn dann noch hinzutritt, daß mit dem Verdikt Zwangsvereinigung ein öffentliches Nachdenken über das Verbot der PDS verbunden wird oder wenn es zur Begründung heutiger politischer Ausgrenzungen oder von Alleinvertretungsansprüchen dient, so kann das nicht unwidersprochen hingenommen werden. Natürlich setzt sich jeder, der solcherart Widerspruch anmeldet, der Gefahr aus, als ein unbelehrbarer, wenn nicht besonders raffinierter Apologet kommunistischer Machtpolitik, oder gar als Schönfärber des Stalinismus abgestempelt zu werden. Das kann aber kein Grund sein, gute Miene zu bösen Spiel zu machen.

Ich möchte deshalb vor allem etwas zu jenen Aspekten des historischen Geschehens sagen, die bei der Debatte um die Zwangsvereinigung regelmäßig untergehen oder höchstens durch Hintertüren Eingang finden. Lassen Sie mich das bitte in acht Punkten vortragen.

Mit dem ausschließlichen Fixieren auf die Zwangsvereinigung ist **erstens** fast immer ein verzerrtes Bild der historisch-politischen Grundsituation verbunden. Irgendwie wird suggeriert, es habe schon 1945 so etwas wie den vom Deutschen Bundestag beschworenen antitotalitären Grundkonsens gegen rechten und linken Extremismus gegeben.

Aber 1946 verlief die politische Hauptscheidelinie noch immer zwischen Nazis und Antinazis. Und die Auseinandersetzungen um die Einheitspartei waren Auseinandersetzungen im antinazistischen Lager, denn Befürworter wie Gegner der Einheitspartei hatten in der Regel einen antifaschistischen Hintergrund. Auch unter denen, die der Einheit widersprachen oder sich ihr widersetzen, gab es Menschen, die Widerstand geleistet und unter den Nazis gelitten hatten. Zeitzeugen, nicht zuletzt jene, die damals als Jugendliche in das politische Leben eingetreten sind, bestätigen immer wieder, daß es gerade die Erfahrung mit dem Faschismus gewesen ist, die ihre Entscheidung für die Einheitspartei bestimmt hat.

Die nächste Scheidelinie verlief zwischen Arbeiterparteien und bürgerlich-demokratischen Parteien. Die Vertreter der SPD haben im Ausschuß der antifaschistischen Einheitsfront, also dem Vorläufer des zentralen Blockausschusses, nicht ein einziges Mal mit der CDU und LDPD gemeinsam gegen die KPD gefochten.²⁶ Vergleichen wir das mit heute, wird sofort klar, daß wir es im kommunistisch-sozialdemokratischen Verhältnis damals mit einer ganz anderen Konstellation zu tun haben, jedenfalls in der sowjetischen Besatzungszone, von der ja die Rede ist. Die Auseinandersetzung um die Einheitspartei waren folglich Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung und bezogen auf die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes vor allem seit 1914. Anders läßt sich die Frage zwei der Berliner Urabstimmung überhaupt nicht erklären: „Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den *Bruderkampf* (Hervorhebung von mir, G.B.) ausschließt?“ Es ist mir nicht bekannt, daß von sozialdemokratischer Seite der gegenwärtige Schlagabtausch zwischen SPD und PDS - ob auf Bundesebene oder im Lande Thüringen schon einmal als Bruderkampf qualifiziert worden wäre.

Im Unterschied zu Kurt Schumacher und seinem Büro der Westzonen ist die Mehrheit des Zentralausschusses - und für die Thüringer SPD-Führung gilt dies gleichermaßen - zwar zu manchen Zeiten auf Distanz zur KPD gegangen und hat sich deren Vereinnahmungen zu widersetzen versucht. Aber sie ist nie von ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zur Einheit der Arbeiterklasse abgerückt. Der erste Satz Otto Grotewohls auf der Sechziger-Konferenz von KPD und SPD im Dezember 1945, auf der den Kommunisten viele kritische Vorhaltungen gemacht wurden und ihren Offerten zunächst erhebliche Ablehnung entgegenschlug, lautete: „Über die Einheit der Arbeiterklasse gibt es keine Diskussion, sie ist notwendig.“²⁷ Genau an diesem nie zurückgenommenen Bekenntnis hat die KPD und haben auch sowjetische Besatzungsorgane verständlicherweise angesetzt, und das nicht ohne Erfolg.

Augenfällig ist, daß selbst in jenen Dokumenten, die Zeugnisse sozialdemokratischen Widerstandes gegen kommunistische Vereinnahmung sind, ein ausdrückliches Bekenntnis zur Einheit der Arbeiterklasse fast nie fehlt. Es nicht völlig abwegig, hier ein Doppelspiel zu vermuten, für das sich zwei Erklärungen anbieten: Zum einen - wir haben es mit einem geschickten, durch die Umstände erzwungenen taktischen Manövrieren mit Blick auf die sowjetische Besatzungsmacht zu tun. Zum anderen - es handelte sich um Zugeständnisse an vorherrschende Stimmungen in der Mitgliedschaft und im Umfeld der SPD.

Stellen wir die hier skizzierte Grundsituation auch bei der Beurteilung einzelner Quellen in Rechnung, dann läßt sich vieles differenzierter lesen, dann relativiert sich manches, dann ergibt sich auch die Frage, wie unverrückbar manche Ablehnungen gewesen sind oder wie ernst Widerstand tatsächlich gemeint war. Dann erscheint es durchaus einleuchtend, daß die reale Prozedur der Vereinigung, daß Diskussionen, Mobilisierungen, Umwerbungen, Versprechungen ihre Wirkung gezeigt haben. Es hat im Frühjahr 1946 einen Stimmungsumschwung gegeben hat, bei dem nicht jede Neuorientierung von Sozialdemokraten als eine Folge von Zwang und Druck interpretierbar ist, sondern in dem Einsichten gewonnen worden sind. Nicht wenige sind vom Schwung der Einheitsbewegung mitgerissen worden.

Das **Zweite**, was mit der Einschumpfung auf Zwangsvereinigung aus der Diskussion verschwindet, ist die Tatsache, daß die Einheitspartei nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sein sollte, wie alle anderen Parteienkonzepte übrigens auch. Die übergeordnete Frage lautete: *Was soll aus Deutschland werden?* Messen wir die deutschen Parteien an ihren Erklärungen der ersten Nachkriegsjahre und an der auf sie alle eigentlich zugekommenen Verpflichtung, über Parteigrenzen und Parteigoismen hinweg, die Interessen der deutschen Bevölkerung gegenüber den alliierten Siegermächten zu vertreten - so haben sie *alle* ein beträchtliches Schuldkonto. Was die Arbeiterbewegung betrifft, so sind beim Versuch, ihre Nachkriegskonzepte zu verwirklichen, sowohl die kommunistische als auch die sozialdemokratische Strömung - die Richtung Kurt Schumacher eingeschlossen - mit ihren Zukunftsvorstellungen gescheitert.

Es stimmt doch nicht, daß der bundesdeutsche Staat in seiner heutigen Gestalt die Erfüllung des sozialdemokratischen Zukunftsbildes des Jahres 1945/1946 ist. Wenn wir nicht unterstellen wollen, daß Kurt Schumacher wider besseres Wissen rein demagogische Propaganda betrieben hat, dann war seine SPD (und die des Berliner Zentralausschusses erst recht) für „die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die *Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum*, die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach privaten Profitinteressen, sondern nach Grundsätzen volkswirtschaftlich notwendiger Planung.“²⁸ Und weiter: „*Die Demokratie ist erst in einem sozialistischen Deutschland gesichert*. Im Gegenteil zu den Ländern der alten Demokratie des Westens können Kapitalismus und Demokratie in diesem Lande nicht nebeneinander existieren.“²⁹

Liegt in der Frage nach dem Schicksal der Zukunftshoffnungen von Sozialdemokraten *und* Kommunisten nicht mindestens ebensoviel und womöglich produktiverer Diskussionsstoff als in der Frage nach der Zwangsvereinigung?

Das **Dritte**, an dem die auf Zwangsvereinigung eingeschworenen Autoren und Redner regelmäßig vorbeigehen, ist die Frage, wie es eigentlich um den zeitgenössischen Stellenwert dieser Parteifusion bestellt war. Sie wird uns vorgeführt als die erste große Entscheidungsschlacht zwischen Demokratie und Diktatur in Nachkriegsdeutschland, und die SED-Gründung erscheint nicht selten als der erste schwerwiegende Akt der Zerreißung Deutschlands. Interessanterweise hatte Kurt Schumacher damals der SED umgekehrt vorgeworfen, diese Vereinigung sei „*unter nationalistischem Banner erfolgt*“, und wenn es keine anderen Gründe gäbe, schon deshalb abzulehnen.³⁰

Die Zeitgenossen haben in der Regel viel gelassener reagiert. Die Alliierten haben sich wegen der SED-Gründung nicht entzweit. Nach dem üblichen Hick-Hack in der Alliierten Kommandantur von Berlin und im Koordinierungsausschuß des Alliierten Kontrollrates wurde am 28. Mai 1946 die SED in ganz Berlin, also auch in den Westsektoren, und die SPD in ganz Berlin, also auch im Ostsektor, zugelassen. Das heißt, die Vorgänge und ihre faktischen Resultate waren erst einmal von allen Seiten sanktioniert. Und wir sollten nicht in den Fehler verfallen, die Kriegshysterie des Jahres 1948 in das Jahr 1946 zurückzuprojizieren.

Am 6. September 1946 hielt der amerikanische Außenminister Byrnes in Stuttgart seine weichenstellende Rede, mit der grünes Licht für die Bi-Zone und in der Konsequenz für eine separate westdeutsche Eigenstaatlichkeit gegeben wurde. Die SED-Gründung war für ihn absolut kein Thema.³¹ Das gleiche gilt für die grundlegende außenpolitische Erklärung des britischen Außenministers Bevin vor dem Unterhaus am 22. Oktober 1946³², obwohl in Foreign Office besorgte Stimmen lautgeworden und Schlußfolgerungen angemahnt worden waren. Die amerikanischen Korrespondenten, die Stalin im September und Oktober 1946 Dutzende Fragen zur internationalen Entwicklung und zur Außenpolitik der UdSSR stellten, kamen nicht auf die Idee, nach der SED-Gründung zu fragen.³³

Und auch in Deutschland hielten sich Interesse und Aufregung zunächst in Grenzen. In den Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland hat der erste Band die Jahre 1945/1946 zum Inhalt, konzentriert um die Protokolle des Zonenbeirates der britischen Besatzungszone und des Länderrates der amerikanischen Besatzungszone. SED taucht im Sachregister nicht auf, die Namen Pieck, Grotewohl, Ulbricht gibt es im Personenregister nicht. Dabei umfaßt allein der Dokumententeil dieses Bandes etwa 1.000 Seiten.³⁴

Ich habe in den letzten Wochen in zahlreichen zeitgenössischen Quellen nach Äußerungen zur SED-Gründung gesucht, wo ich überzeugt war - dort findet sich etwas. Überwiegend Fehlmeldung. Daß sie für Konrad Adenauer ursprünglich kein Thema war, ist schon gesagt worden. Ähnliche Feststellungen lassen sich in veröffentlichten Tagebüchern machen, zum Beispiel von Ludwig Bergsträsser, damals Regierungspräsident in Darmstadt,³⁵ oder Theodor Spitta, damals Bürgermeister in Bremen³⁶. In München tagten 1946 in häufigen Sitzungen im Umfeld der CSU ein Dienstags-Club und mittwochs der sogenannte Ochsen-Club, die beide vom USA-Geheimdienst durch Informanten observiert wurden. Wäre nicht eines Tages ein CDU-Vertreter aus Berlin aufgetaucht und nach den Wahlaussichten befragt worden, fände sich auch hier auf Dutzenden von Seiten keinerlei Bezug zu SED oder zur ostdeutschen Sozialdemokratie.³⁷

Viele Wertungen, mit denen die Debatte um die SED-Gründung im Osten wie im Westen aufgeheizt worden ist, entstammen erwiesenermaßen späterer Zeit. Viele - das gilt auch für die Memoirenliteratur - wurden zu Höhepunkten des kalten Krieges produziert.

Und schließlich gab es jene Männer, Frauen und Jugendlichen, die andere Sorgen hatten als Berufspolitiker und Funktionäre, die aber in der Zwangsvereinigungsliteratur überhaupt nicht vorkommen. Für sie war der Zusammenschluß von KPD und SPD alles andere als ein Frage auf Biegen oder Brechen.

Lassen Sie mich das mit einem von vielen Briefen belegen, die beim Zentralkomitee der KPD eingegangen sind, nachdem der Entwurf der Resolution der Reichskonferenz der KPD veröffentlicht worden war:

„Mit Interesse las ich am 22. Februar in der Sächsischen Volkszeitung den Artikel: Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands. Sowie die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistischen demokratischen Einheitsfront. Warum wird hier nicht nun endlich einmal den kleinen Sparern Hilfe zugesagt. Wir haben zum Weihnachtsfest hilflos in Schulden dagesessen. Soll es zu Ostern und zum 1. Mai immer noch so sein? Kann uns Unglücklichen denn nicht geholfen werden. Wenn man die 50 überschritten hat, ist es jetzt im Winter schwer in Arbeit zu kommen. Man verzweifelt doch, man hat nie Schulden gemacht und kann jetzt nicht einmal den Handwerker bezahlen. Warum werden wir so gequält und müssen immer als einzige abseitsstehen.

In der Straßengruppe sind so viele der Verzweiflung nahe. Besonders wir Witwen. Es ist furchtbar, keinen Hinterhalt zu haben. Wir bitten um baldige Hilfe.“³⁸

Mit derartigen und ungezählten anderen Sorgen und Problemen aus der Hinterlassenschaft der Nazis und ihrer Hinterleute aus den Reihen des Großkapitals und des Junkertums hatten sich die Menschen Tag für Tag herumzuschlagen. Ist es erstaunlich, wenn viele von ihnen in einer kraftvollen Einheitspartei der Arbeiterklasse den Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft erblickten?

Der zitierte Brief wurde von einer Frau geschrieben. Das kann niemanden überraschen. In den Quellen, mit denen die gegenseitigen Vorwürfe, Angriffe und Vereinnahmungsversuche belegt werden, findet sich hingegen äußerst selten eine weibliche Stimme.

Im übrigen ergibt die Analyse von über 180 derartiger Zuschriften aus Orts- und Betriebsgruppen sowie von Einzelpersonen, daß die Einheitspartei keineswegs die am häufigsten aufgegriffene und diskutierte Frage war. Am meisten - darauf bezieht sich die Hälfte aller Zuschriften - erregten sich die Gemüter darüber, wie mit den Nazis umgegangen werden soll.³⁹

Die **vierte** bedenkliche Folge eines ausschließlich nach dem Zwang fragenden Herangehens an unsere Problematik besteht darin, daß die Sozialdemokraten faktisch von vornherein als bloßes Objekt, also in der Opferrolle gesehen werden. Das war aber zeitgenössisch keineswegs die allgemeine Auffassung von Außenstehenden, wie mit der zitierten Aussage von Jakob Kaiser bereits belegt worden ist.⁴⁰

Es wird ja von sozialdemokratischer Seite - ausgesprochen oder unausgesprochen - unterstellt, daß ohne die Einheitspartei den Ostdeutschen in Gestalt der SPD ein getreuer Verteidiger der Demokratie, des Rechtes und der Selbstbestimmung erhalten geblieben wäre. Betrachten wir die historischen Abläufe und alle Rahmenbedingungen realistisch, und halten wir uns das Schicksal der LDPD und der CDU vor Augen, so ist etwas anderes weitaus wahrscheinlicher: Es hätte in diesem Falle vermutlich eine fünfte, und zwar eine sozialdemokratische, Blockpartei gegeben. Es ist nicht ohne intellektuellen Reiz, sich die SPD der Jahre 1990ff. in solch einem Szenarium vorzustellen.

Vor allem jedoch sind Bedenken anzumelden, wenn schlechthin von *der* SPD oder *den* Sozialdemokraten gesprochen wird. Im Oktober 1995 hat die SPD in Berlin den 50. Jahrestag ihrer Wiedergründung gefeiert - unbeeindruckt von der Tatsache, daß die ostdeutschen Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt schon auf vier Monate erfolgreichen Wiederaufbaus ihrer Partei zurückblickten. Damit haben die Veranstalter doch selbst demonstriert, daß von *der* Sozialdemokratie nicht so ohne weiteres die Rede sein kann. Die im Oktober 1945 in Wennigsen bei Hannover wiedergegründete SPD ist ja wahrlich nicht zwangsvereinigt worden.

Nein, zu den historischen Gegebenheiten gehört, daß die SPD in die unmittelbaren Auseinandersetzungen um die Einheitspartei im Zustand einer selbstverschuldeten zonalen Aufspaltung eingetreten ist, durch die ihre Positionen von vornherein - bedauerlicherweise, möchte ich hinzusetzen - erheblich geschwächt waren. Viele - auch viele der Vereinigung mit Vorbehalten

gegenübertretende - Sozialdemokraten befanden sich nicht nur in einem Gegensatz zu den Kommunisten, sie befanden sich auch im Widerspruch zu Kurt Schumacher, zu dessen Büro der Westzonen und zu der sich an Schumacher anlehnenen sozialdemokratischen Opposition in Berlin.

Bereits Anfang Januar 1946 hatte Otto Grotewohl angesichts der Haltung Kurt Schumachers folgende Alternative für den Zentralausschuß der SPD formuliert: „erstens, besteht noch die Möglichkeit, eine einheitliche Linie mit dem in Erscheinung tretenden Funktionärkörper des Westens zur Durchführung und zum Aufbau einer Reichspartei oder eines Reichsparteitages herbeizuführen? und zweitens müssen wir uns direkt an die sozialdemokratischen Massen wenden und sie aufrufen, sich dem Berliner Zentralausschuß organisatorisch und politisch zu unterstellen, um dann auch im Westen die Frage der Vereinigung überall da, wo der Wille dazu besteht, vorwärts zu treiben.“⁴¹

Wenn Wilhelm Pieck, wie seine Notizen ausweisen, über die von Kurt Schumacher Anfang Oktober 1945 nach Wennigsen einberufene Konferenz und über dessen Aufenthalt in Berlin im Februar 1946 genauestens unterrichtet war, so wußte er das von Sozialdemokraten, die den Kommunisten bereits näherstanden als ihrem Parteigenossen Kurt Schumacher, im konkreten Falle von Otto Grotewohl und Max Fechner.⁴² Auch die Resolution des Landesvorstandes der SPD Thüringen vom 5. Januar 1946 ist kein Zeugnis für die Aufnahme der politischen Vorgaben Kurt Schumachers und für die Ablehnung der Einheitspartei durch Sozialdemokraten.⁴³

Das **Fünfte**, was mit der ausschließlich auf Zwangsvereinigung abhebenden Bewertung passiert, ist eine überwiegend auf Parteikader orientierte Betrachtung und Einschätzung der Vorgänge. Beispiele und Beweise werden fast ausnahmslos der Sphäre der Funktionäre entnommen.

Dabei wird der kommunistischen Führung, vor allem den aus Moskau zurückgekehrten, in Kominterntradition stehenden kommunistischen Führern eine nahezu unbegrenzte, durch die sowjetische Besatzungsmacht abgestützte Entscheidungsgewalt zugeschrieben. Zweifellos waren deren Einfluß und deren Eingriffsmöglichkeiten groß. Sie beherrschten das Instrumentarium der Kaderpolitik, der Organisation, der ideologischen Kampagnen. Zweifellos waren sie auf kommunistische Dominanz in der Einheitspartei aus. Auf der erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD vom 22. Dezember 1945 hatte Wilhelm Pieck erklärt: „Wir werden dann - darüber besteht kein Zweifel - den bestimmenden Einfluß in der gemeinsamen Partei haben, was auch selbstverständlich ist.“⁴⁴ Aber genauso wenig kann bezweifelt werden, daß sich ihr Einfluß wesentlich aus ihrer enormen politischen Energie ergab, daß keine politische Strömung in Deutschland mehr Opfer im Kampf gegen die Faschismus zu betrauern als die KPD, daß die Kommunisten als erste die unmittelbaren Überlebensprobleme der Bevölkerung aufgegriffen hatten, daß dem substantiellen Gehalt, dem Forderungskatalog ihres Aufrufes vom 11.

Juni 1945 niemand eine glaubwürdige Alternative entgegengesetzt hatte, daß die Initiative zu anti-faschistisch-demokratischen Veränderungen bei der KPD lag.

Umgekehrt haben sozialdemokratische Funktionäre darüber nachgedacht, ob und wie sie die Einheitspartei dominieren könnten. So mancher, der sich später von der SED abgewandt hat, rechtfertigte im Westen sein Mittun mit der Hoffnung auf eine Sozialdemokratisierung der Einheitspartei.⁴⁵

Die SED-Gründung war aber mehr als die Verschmelzung eines kommunistischen und eines sozialdemokratischen Funktionärkadern, wenngleich diese im Mittelpunkt der Parteifusion stand. Es handelt sich um die Entscheidungen und Betroffenheiten von 1,3 Millionen in der SPD oder der KPD organisierten Männern, Frauen und Jugendlichen. Die wenigsten dieser Leute besaßen eine ausgeprägte sozialdemokratische oder kommunistische Identität, konnten diese also auch durch eine Einheitspartei nicht verlieren. Von den Mitgliedern der KPD war höchstens jeder zehnte bereits vor 1933 Parteimitglied gewesen, von den Mitgliedern der SPD - so schätze ich - höchstens jeder Dritte oder Vierte. Ein Großteil dieser Leute war zu einem Zeitpunkt der KPD oder der SPD beigetreten, als der Zusammenschluß bereits offen verkündetes und begründetes Anliegen beider Parteien war. Es ist schwer einzusehen, warum für solche Parteimitglieder die Einheitspartei eine Ungeheuerlichkeit gewesen sein soll, weshalb sie als Zwang empfunden werden mußte. Natürlich haben sich Gegner wie Befürworter gern auf Mehrheiten berufen und vorgegeben, deren Meinungen getreulich wiederzugeben und zu vertreten. Mehr noch haben sie aber versucht, die Meinungen von Mitgliedern und Anhängern zu beeinflussen und zu formen. Aber eben diese „einfachen“ Parteimitglieder haben in ihrem subjektiven Befinden, in ihren Überlegungen, Motiven und Entscheidungen in den überlieferten Quellen nur selten eine historische Spur gezogen.

Wir dürfen auch von den Protagonisten der Zwangsvereinigung erwarten, daß sie sich ernsthaft mit der Frage befassen, was die SED im Zeitpunkt ihrer Entstehung parteihistorisch und parteisozologisch, programmatisch und statutarisch eigentlich darstellte.

Der in guter sozialdemokratischer Tradition und Profession zusammengestellte Bericht des Parteivorstandes an den II. Parteitag der SED sagt folgendes aus⁴⁶: Die SED zählte bei ihrer Gründung in Ostdeutschland knapp 1,3 Millionen Mitglieder, die annähernd zu gleichen Teilen über die KPD und über die SPD in die Einheitspartei gelangt waren. Im ersten Jahr ihres Bestehens schlossen sich dieser Partei täglich im Schnitt 1.200 Männer, Frauen und Jugendliche an. 1947 gehörte in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone jeder 4. Industriearbeiter, jeder 3. Angestellte, jeder 16. Land- und Forstarbeiter, jeder 10. Bauer, jeder 7. Handwerker und Gewerbetreibende, jeder 7. Ingenieur oder Techniker und jeder 3. Lehrer der SED an. Die zahlenmäßige Stärke und das von der SED 1946 erzielte Wahlergebnisse zeugen von einer be-

trächtlichen Akzeptanz dieser Partei. Diese Daten gewinnen an Gewicht, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß nach den Parteifusionen des Jahres 1990, die übrigens nicht nur ohne Urabstimmung, sondern auch ohne der SED-Gründung vergleichbare demokratische Prozeduren erfolgten, die ostdeutschen Mitglieder scharenweise davongelaufen sind.

Und es sei auch dies noch gesagt: Den politisch Verantwortlichen in einer und für eine Gesellschaft, in der sich ohne Geld so gut wie nichts und niemand bewegt, kommt es nicht zu, jene SED-Mitglieder herabzuwürdigen, die erfüllt von einer Vision, beseelt von einer Aufbruchsstimmung, ohne auf eigenen Vorteil bedacht sein, ohne nach Diäten, Renditen oder Provisionen zu fragen, ohne nachzudenken, ob es sich rechnet, ohne sich zu schonen, der Gemeinschaft und ihrem Lande das gegeben haben, was sie guten Gewissens meinten, ihnen nach zwölf Jahren Faschismus und sechs Jahren Krieg geben zu müssen. Es geht auch nicht auf, wenn die Dinge so hingestellt werden, als ob alles Positive in Ostdeutschland *gegen* die oder *trotz* der SED geschehen sei und alles Negative seine Wurzeln in dieser Partei habe.

Es läßt sich auch nicht darüber hinwegsehen - das wäre ein **sechster** Einwand -, daß mit der Voreingenommenheit „Zwangsvereinigung“ der Blick auf die Quellen eingetrübt und Parteilichkeit über Objektivität gestellt wird, wie es unter umgekehrten Vorzeichen ebenfalls geschehen ist. Wir stoßen fast immer auf eine selektive Auswahl von Quellen. Die Gegenseite wird in der Regel verzerrt oder nicht anhand der einschlägigen Zeugnisse wahrgenommen, ihre Motive werden nicht ernstlich auf ihre Lauterkeit geprüft. Es wird der Eindruck erweckt, wer gegen Vereinigung war, habe damit generell das bessere Konzept besessen und die feinere Politik betrieben, er habe automatisch Anspruch auf Glaubwürdigkeit, seine Motive brauchten nicht kritisch hinterfragt zu werden.

Es kommt auch zu Verstößen gegen elementare Erfordernisse der Quellenkritik. Ein Musterbeispiel ist der in den entsprechenden Publikationen selten fehlende Brief von Max Fechner an Walter Ulbricht vom - so wird behauptet - 28. April 1945⁴⁷. Er paßt so gut in die Argumentationskette, daß den entsprechenden Autoren nicht auffällt: Ein Brief dieses Inhalts kann unmöglich am 28. April 1945 geschrieben worden sein.⁴⁸ Von der Datierung dieses Briefes hängt aber wesentlich der Wahrheitsgehalt der Aussage Walter Ulbrichts ab, daß ihn ein solches Schreiben nicht erreicht habe.⁴⁹ Dies wiederum ist wesentlich für die Beurteilung des Umgangs der Kommunisten mit den Sozialdemokraten.

Wir sind damit bei einem **siebenten** mit der Problematik der Zwangsvereinigung verbundenen Punkt, wohl bei jenem, der sich am schwierigsten beantworten läßt. Viele Argumente, die gegen die SED-Gründung vorgetragen werden und mit denen die Vereinnahmung oder Ausschaltung der Sozialdemokratie in Ostdeutschland begründet wird, beziehen sich auf die Ereignisse der Folgejahre, auf die Rolle ehemaliger Sozialdemokraten in der SED. Und so stellt sich die

Frage: War die nach dem Vorbild der KPdSU(B) aus der Einheitspartei geformte Partei neuen Typs die geplante, unausweichliche Konsequenz des Zusammenschlusses von KPD und SPD, oder war sie ein Bruch in der Entwicklung der SED, eine Aufkündigung des in den Grundsätzen und Zielen und im Parteistatut verankerten Gründungskonsenses?

Es ist kein Ausweichen, wenn ich sage, es trifft wohl beides zu. Die ab 1948 forciert durchgesetzte Parteistruktur mit Politbüro und allmächtigem Generalsekretär, Kontrollkommissionen und Parteiaktivs, Kandidatenzeit und Parteiüberprüfung, straffster Parteidisziplin und ideologischer Indoktrination, mit Kampf gegen Objektivismus und Sozialdemokratismus hat nichts mehr mit jenen Prinzipien zu tun, die 1946 im Parteistatut verankert worden waren. Und diese Veränderungen hatten auch nicht ihren Ausgangspunkt in Parteitagsbeschlüssen, sondern sind erst in nachhinein von Parteitagungen sanktioniert worden.

Die SED war für einen solchen Werdegang insofern disponiert, als in ihr kommunistische Funktionäre mit Kominterntradition dominierten und vor allem die Kaderpolitik von Anfang an maßgeblich bestimmten. Um aber diese Möglichkeit zur Wirklichkeit werden zu lassen, müßte Vieles zusammenkommen, müßten Entwicklungen eintreten, die sich weit mehr außerhalb als innerhalb der SED vollzogen haben. Wir können indes beobachten, daß die Entwicklung der SED zunehmend aus sich selbst heraus erklärt wird. Wie eine Schillersche Tragödie: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.“⁵⁰ Es wird häufig darauf verzichtet, die innerhalb der SED entstandenen Quellen mit den Quellen ihrer Kontrahenten zu konfrontieren, die parteigeschichtlichen Ereignisse mit historischen Gesamtabläufen in Verbindung zu bringen.

1946 bestand die überwiegende Zukunftserwartung darin, daß sich die Alliierten auf einen Friedensvertrag mit Deutschland einigen, über kurz oder lang ihre Besatzungstruppen zurückziehen, gesamtdeutsche Parteien und schließlich eine gesamtdeutsche Regierung entstehen. Das war nicht nur erklärtes politisches Anliegen der SED, sondern auch Inhalt ihrer praktischen Initiativen. Mit Sicherheit hätte ein so verändertes Umfeld mit einer Konkurrenz zwischen SED und SPD in gesamt-nationalem Rahmen die innere Entwicklung der SED nachhaltig beeinflußt.⁵¹ Inzwischen erfolgte jedoch in sich ständig beschleunigendem Tempo der Übergang der Großmächte von der Kooperation zur Konfrontation; der kalte Krieg trieb seinem ersten überaus gefährlichen Höhepunkt entgegen. Das war auf beiden Seiten mit innenpolitischen Flurbereinigungen verbunden.

Es ist die Zeit, wo Wilhelm Pieck mit dem Politischen Berater der SMAD W.S. Semjonow bespricht, wie man den festgenommenen Sozialdemokraten Wilhelm Lohrenz zur Entlarvung des Ostbüros der SPD benutzen kann⁵², während der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur General Hays mit den Ministerpräsidenten der Länder eine Beratung durchführt mit Ta-

gesordnungspunkt 1: Bekämpfung der Wildschweinplage, Tagesordnungspunkt 2: Kommunisten und öffentlicher Dienst, wobei bereits im April 1948 ein Verbot der KPD erörtert wird⁵³.

1946 aber waren noch Entwicklungen unter unterschiedlichem Vorzeichen vorstellbar und möglich. Nicht wenige Westzonenpolitiker, die der SED einen Weg in die Diktatur prophezeit hatten, haben auch kräftig an der Schaffung jener Bedingungen mitgewirkt, unter denen sich solche Prophezeiungen erfüllen konnten. Damit sind wir indes bei einem neuen, gewiß ebenfalls sehr umstrittenen, diskussionswürdigen Thema.

Zum **achten** und letzten - überall dort, wo sich *alles* um die Frage Zwangsvereinigung Ja oder Nein dreht, ist der Blick meist stärker nach hinten als nach vorn gerichtet.

Die kommunistisch-sozialdemokratische Urfehde, wie sie auch zu einem gewissen Grade in den Auseinandersetzungen um die Einheitspartei ausgetragen worden ist, geht letztendlich darauf zurück, daß die mit dem ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution unübersehbar aufgebrochenen Jahrhundertprobleme gegensätzliche Antworten gefunden und sich auf diesem Boden zwei sich heftig bekämpfende Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung herausgebildet hatten. Das können wir bedauern, das läßt sich mit unterschiedlichen Schuldzuweisungen versehen. Untauglich aber ist ein simples Schema von Gut oder Böse. Dieser Jahrhundertkonflikt birgt ein enormes Material in sich, an dem sich heutige Vorstellungen über Demokratie und Sozialismus, Freiheit und Recht, Organisation und Spontaneität, Massen und Führer, Theorie und Praxis überprüfen lassen. Für alle Beteiligten indes gilt noch immer, was Marx im „18. Brumaire“ geschrieben hatte: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“⁵⁴

Sind aber die Ursachen, welche die kommunistisch-sozialdemokratische Urfehde ausgelöst haben, tatsächlich noch die Umstände und geschichtlichen Triebkräfte unserer Tage? Werden die Probleme unseres zu Ende gehenden Jahrhunderts auch die Probleme des schon an die Pforten klopfenden neuen Jahrtausends sein? Sind wir berechtigt, noch eine und noch eine und nochmals eine heranwachsende Generation in die alten Fehden hereinzuziehen?

In den Vorworten der SPD-Broschüren über die „Zwangsvereinigung“ heißt es: „Sozialdemokraten in der PDS...werden erkennen, daß es in Deutschland nur eine Partei - die SPD geben kann und geben wird, die glaubwürdig dem großen Ziel des demokratischen Sozialismus verpflichtet ist.“⁵⁵

Mich erinnerte das sofort an die Erklärung Kurt Schumachers vom August 1945: „Die einzig für die politische Sache der Arbeitenden mögliche Form der sozialdemokratisch-kommunistischen Annäherung wäre die völlige Sozialdemokratisierung der kommunistischen Anhänger, und diese steht noch weit im Felde.“⁵⁶

Ist das die Lösung für die Probleme der Zukunft - eine christdemokratische Einheitspartei und eine sozialdemokratische Einheitspartei, die sich nach US-amerikanischem Vorbild im Regieren

ablösen? Können so die konservative Hegemonie in Deutschland und Europa aufgebrochen und Schubkraft für die Zukunft gewonnen werden? Ist das der Weg, um Reformkräfte zusammenzuführen und aus rechnerischen Mehrheiten politikfähige Mehrheiten zu machen? Da scheinen mir erhebliche Zweifel angesagt.

Wolfgang Thierse hat der PDS im ganzen und ihrer Historischen Kommission im besonderen vorgehalten, daß sie „kein einziges Wort des Bedauerns gegenüber den Opfern“ gefunden hätten. Ich möchte mich an einer - rein persönlichen - Stellungnahme hierzu nicht vorbeidrücken: Als die SED/PDS noch Staatspartei war und Verantwortung für die DDR trug, hat sie sich auf ihrem Außerordentlichen Parteitag vom Dezember 1989 bei der Bevölkerung der DDR - mit Zustimmung aller Delegierten - entschuldigt.⁵⁷ Sie hat, unter denjenigen, die Machtmißbrauch und stalinistischen Repressalien ausgesetzt waren, ausdrücklich auch die betroffenen Sozialdemokraten benannt.⁵⁸ Eine so prinzipielle Stellungnahme eines Parteitages läßt sich durch die Erklärung einer Historischen Kommission nicht ersetzen, sondern höchstens abwerten. Was mich betrifft, so habe ich noch zu DDR-Zeiten als Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung dazu beigetragen, daß eine Gruppe ehemaliger Sozialdemokraten im Bautzener Gefängnis einen Kranz niederlegen konnte, wohin ich sie begleitet habe. Ich bin mir durchaus bewußt, wovon ich rede.

Mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD liegen die Dinge dennoch etwas anders; denn: Eine Entschuldigung, wie sie Wolfgang Thierse anmahnt, würde voraussetzen, daß es in der PDS eine Instanz gibt, die in puncto Geschichte für die Gesamtheit spricht und besser Bescheid weiß als alle Zeitgenossen und Fachleute. Ich kenne keinen Paragraphen des Parteistatuts der PDS, der den Parteivorstand oder die Historische Kommission autorisieren könnte, in geschichtlichen Fragen, welche die persönliche Identität jedes einzelnen Mitgliedes berühren, derartige Schritte zu gehen. Die mit dem Stereotyp „SED-Nachfolgepartei“ immer wieder unterstellte ungebrochene Kontinuität von KPD über SED zu PDS ist real so nicht gegeben. Bisky und Gysi sind nicht die direkten Nachfolger von Pieck und Ulbricht. Es existieren nicht nur Verbindungslinien, sondern auch tiefe Brüche.

Die SPD sollte die Dinge auch nicht so hinstellen, als ob Sozialdemokraten mit der SED-Gründung nur in Gestalt von Opfern und nicht auch als Täter zu tun gehabt hätten. Das ist ihnen schon vor fünfzig Jahren nicht abgenommen worden.⁵⁹

Es ist auch nicht bekannt, daß sich SPD-Führung jemals für *ihre* ungunen Handlungen entschuldigt hätte, zum Beispiel bei den Kriegswitwen und Kriegswaisen des ersten Weltkrieges für die Zustimmung zu den Kriegskrediten. Das hätte auch nichts gebracht, aber man möge nicht immer mit zweierlei Maß messen. Das eine liegt fünfzig Jahre zurück, das andere liegt achtzig Jahre zurück. Das ist für meine Enkel kein Riesenunterschied.

Wir können schließlich nicht daran vorbeisehen, daß auch so manche von Repressalien betroffene ehemalige Sozialdemokraten nicht nur der PDS, sondern auch der SPD bittere Vorhaltungen machen. Sie werfen der SPD-Führung einen taktischen Umgang mit diesem schlimmen Kapitel unserer Geschichte vor, je nach politischen Bedürfnissen. Und tatsächlich war die SPD in dieser Frage gegenüber dem SED-Politbüro zeitweise überaus konzilient, hat also dieses Thema gemieden, während sie sich gegenüber der PDS unerbittlich zeigt.⁶⁰

Damit bin ich am Schluß.

Über Reformation und Bauernkrieg streiten Historiker heute noch, sollen sie auch über die Parteifusion des Jahres 1946 streiten - und über die Fusionen des Jahres 1990 hoffentlich auch - solange sie Bedarf haben, solange die Quellen Stoff dafür liefern, solange Leute ihnen zuhören oder ihre Beschreibungen und Analysen lesen. Aber dürfen wir die mit solchem Streit erfahrungsgemäß verbundenen politischen Polarisierungen verewigen? Können diese handlungsleitend für Leute sein, die erstmals in der Menschheitsgeschichte ein Jahrhundert auf sich zukommen sehen, von dem niemand weiß, ob die Menschheit auch das *Ende* dieses Jahrhundert noch erleben wird?

Das scheint weit hergeholt und kann mir natürlich als Ausflucht vor bitteren Tatsachen angelastet werden, die mit der SED-Gründung und Entwicklung verbunden sind. Solche Ausflüchte will ich nicht, und sie wären ohnehin aussichtslos. Aber ist es nicht an der Zeit, den Streit um die Zwangsvereinigung auf einen Platz zu stellen, der nicht für alle Beteiligten zu einem Käfig wird und sie zu ohnmächtigen Gefangenen einer inzwischen doch schon ziemlich fernen Vergangenheit macht?

Ich habe in einer im vorigen Jahr erschienenen Broschüre geschrieben: Es sei damit zu rechnen, daß in Verbindung mit dem 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD, „nicht nur die Meinungen über historisches Geschehen aufeinanderprallen werden, sondern daß die Kombattanten und ihre Nachfahren auch die früheren Schlachtordnungen wieder einnehmen und daß sie alte Schlachten aufs neue schlagen werden. Und da stellt sich denn doch die Frage, ob dies den Herausforderungen unserer Zeit angemessen ist.“⁶¹ Als ich das formulierte, wußte ich noch nicht oder hatte wieder vergessen, daß Willy Brandt acht Jahre zuvor etwas annähernd Gleiches gesprochen hatte: „Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.“⁶²

Anmerkungen

- ¹ Die wesentlichen Gedanken, Fakten und Argumente dieses Referates wurden auch in Veranstaltungen anderer Landesverbände der PDS vorgetragen. Die hier abgedruckte Fassung enthält einige Passagen, die auf der Potsdamer Tagung vom 24. Februar 1996 aus Zeitgründen ausgelassen werden mußten.
- ² Siehe Günter Benser: Der Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis = hefte zur ddr-geschichte Nr. 27, Helle Panke e.V., Berlin 1995.
- ³ Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS. In: Pressedienst PDS Nr. 50, 15.12.95, S. 2.
- ⁴ Welt am Sonntag vom 17.12.1996. Aus Thüringen wurde bekannt, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer Veranstaltung zum 50. Jahrestag der „Partei der Mauerschützen und Wirtschaftsbankrotteure“ eingeladen hat. Bleibt zu hoffen, daß dort die zu früheren Jahrestagen übermittelten Grußadressen der Ost-CDU an die Partei der Mauerschützen und Wirtschaftsbankrotteure und die Begrüßungsreden von Helmut Kohl für deren Generalsekretär zitiert werden.
- ⁵ Presseservice der SPD, Bonn, den 26. Januar 1996.
- ⁶ Beatrix W. Bouvier/Horst-Peter Schulz: „... die SPD aber aufgehört hat zu existieren“. Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung, Bonn, Dietz 1991, S. 52.
- ⁷ Die Rote Fahne, Nr. 1, Januar 1996.
- ⁸ Siehe Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen. Mit Beiträgen von Dr. Andreas Malycha, Manfred Rixin und Prof. Dr. Helga Grebing und einem Vorwort von Gerhard Schuchard, Druckhaus Schmergow, o.J., S. 5; Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Brandenburg. Mit Beiträgen von Dr. Andreas Malycha, Manfred Rixin und Prof. Dr. Helga Grebing und einem Vorwort von Steffen Reiche, Druckhaus Schmergow, o.J., S. 5.
- ⁹ Verbreitung fand dieser Begriff durch die von Gustav Dahrendorf bereits im Februar 1946 von Hamburg aus im Umlauf gebrachte Streitschrift: Die Zwangsvereinigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei in der russischen Zone, in: Gustav Dahrendorf: Der Mensch, das Maß aller Dinge, Hamburg 1955.
- ¹⁰ Konrad Adenauer Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart, 1965, S. 95.
- ¹¹ Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, hrsg. u. eingel. v. Tilman Mayer, Köln 1988, S. 374.
- ¹² Kurt Schumacher: Reden - Schriften - Korrespondenzen 1945-1952, Berlin/Bonn 1985, S. 412/413.
- ¹³ Ebenda, S. 392.
- ¹⁴ Heinrich Brandler an Fritz Wiest, abgedruckt in: WESTBLOCK-OSTBLOCK. Welt und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente. Mit Einleitung und Anmerkungen der Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg 1992, S. 88.
- ¹⁵ Heinrich Brandler an Fritz Wiest, abgedruckt in: WESTBLOCK-OSTBLOCK. Welt und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-48 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente. Mit Einleitung und Anmerkungen der Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg 1992, S. 88.
- ¹⁶ Die Rote Fahne, a.a.O.
- ¹⁷ Presseservice der SPD, a.a.O.
- ¹⁸ Vgl. Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, hrsg. v. Ulrich Borsdorf u. Lutz Niethammer, Wuppertal 1976; Lehrjahre der CSU. Eine

Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die amerikanische Militärregierung, hrsg. v. Klaus-Dietmar Henke u. Hans Woller, Stuttgart 1984.

- ¹⁹ Andreas Malycha räumt ein, daß seine Forschungen zu den Sozialdemokraten im Vereinigungsprozeß keine exakten Zahlen über Verhaftungen ergeben haben. Siehe Die Neugründung der SPD im Lande Thüringen und der Weg zur SED, in: Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen. Mit Beiträgen von Dr. Andreas Malycha, Manfred Rexin und Prof. Dr. Helga Grebing und einem Vorwort von Gerhard Schuchard, Druckhaus Schmergow, o.J., S. 24; gleichlautend in: Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Brandenburg. Mit Beiträgen von Dr. Andreas Malycha, Manfred Rexin und Prof. Dr. Helga Grebing und einem Vorwort von Steffen Reiche, Druckhaus Schmergow, o.J., S. 18. (dito Brandenburg) Er konnte offenbar auch nicht ermitteln, welchen Erfolg die in seinem Buch abgedruckten Interventionen sozialdemokratischer Vorstände und Funktionäre im Falle einzelner Verhaftungen gehabt haben. Siehe Andreas Malycha: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995.
- ²⁰ Siehe Dieter Rieke (Hrsg.): Sozialdemokraten als Opfer im Kampf gegen die rote Diktatur. Arbeitsmaterialien für politische Bildung, Bonn 1994, S. 14.
- ²¹ Siehe Zur Entlassung werden vorgeschlagen... Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern 1956. Dokumente mit einem Vorwort v. Josef Gabert, Berlin 1991.
- ²² SWAG. Uprawlenie propagandy (informazii) i S.I. Tjulpanow 1945-1949. Sbornik dokumentow pod redakzii B. Bonewa, T. Bordnogoba, N. Newmark, Moskwa 1994, S. 176.
- ²³ Zit. nach: Michael Nerlich: Eine entente difficile: die SPD und Frankreich, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 2, Febr. 1996, S. 162.
- ²⁴ Politische Richtlinien... In: Kurt Schumacher: Reden - Schriften - Korrespondenzen 1945-1952, Berlin/Bonn 1985, S. 217.
- ²⁵ Beatrix W. Bouvier/Horst-Peter Schulz: „...die SPD aber aufgehört hat zu existieren. Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung, Bonn, Dietz 1991, S. 121/122.
- ²⁶ Vgl. Siegfried Suckut: Blockpolitik in der SBZ/DDR. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses, Köln 1986.
- ²⁷ Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Berlin 1990, S. 60.
- ²⁸ Kurt Schumacher: Reden - Schriften - Korrespondenzen, S. 380.
- ²⁹ Ebenda, S. 382.
- ³⁰ Ebenda, S. 409.
- ³¹ Zwischen Krieg und Frieden. Eine Dokumentensammlung, Berlin 1946, S. 147-159.
- ³² Ebenda, S. 166-181.
- ³³ Ebenda, S 163-165, 182-186.
- ³⁴ Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 1: September 1945-Dezember 1946, bearb. v. Walter Vogel u. Christoph Weisz, München/Wien 1976.
- ³⁵ Siehe Ludwig Bergsträsser: Befreiung, Besatzung, Neubeginn. Tagebuch des Darmstädter Regierungspräsidenten 1945-1948, München 1987, bes. S. 130.

- ³⁶ Siehe Neuanfang auf Trümmern. Die Tagebücher des Bremer Bürgermeisters Theodor Spitta 1945-1947, München 1992, bes. S. 340.
- ³⁷ Siehe Lehrjahre der CSU, S. 37-111.
- ³⁸ Siehe Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Hrsg. Günter Benser u. Hans-Joachim Krusch, Bd. 4: Protokoll der Reichskonferenz der KPD 2./3. März 1946, München/New Providence/London/Paris 1996, S. 643.
- ³⁹ Dieses Problem wurde in 51,1 Prozent aller Zuschriften aufgegriffen. Zu Einheitspartei, Aktionseinheit und Blockpolitik wurde demgegenüber in 18,0 Prozent der Zuschriften Stellung genommen. Siehe ebenda, Diagramme, S. 768/769.
- ⁴⁰ Siehe S. 8f.
- ⁴¹ Siehe Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Bd.3, a.a.O., S. 184.
- ⁴² Siehe ebenda, Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946, München/New Providence/London/Paris 1994, S. 598/599, 624/625.
- ⁴³ Siehe Andreas Malycha: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995, S. 358/359. Es ruft Erstaunen hervor, daß in dieser umfangreichen Dokumentation der Teil Thüringen mit einem Bericht August Frölichs vom 23. Januar 1946 abbricht, also die entscheidenden Monate vor der SED-Gründung gänzlich fehlen.
- ⁴⁴ Siehe Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Bd.2, a.a.O., S. 380. Auf dem 15. Parteitag der KPD hat er demgegenüber betont, daß die SED weder den alten Weg der KPD noch den alten Weg der SPD gehe, sondern einen völlig neuen Weg. (Siehe Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. 19. und 20. April 1946, Berlin 1946, S. 210.)
- ⁴⁵ Siehe die Interviews in: Beatrix W. Bouvier/Horst-Peter Schulz: „... die SPD aber aufgehört hat zu existieren“.
- ⁴⁶ Siehe Bericht des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den 2. Parteitag, Berlin 1947, S. 30, 35.
- ⁴⁷ Siehe Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946, S. 63/64.
- ⁴⁸ Zu diesem Zeitpunkt befand sich Walter Ulbricht noch in Moskau und Max Fechner konnte unmöglich von dessen bevorstehendem Eintreffen in Berlin Kenntnis haben. Auch die im Brief erwähnte Bezirksverwaltung Berlin-Kreuzberg gab es noch nicht. Es ist auch unerfindlich, wieso Walter Ulbricht bei seinen Informationen an Wilhelm Pieck und Georgi Dimitroff einen derartigen Brief unerwähnt gelassen haben sollte. Obwohl dies schon vor einem Jahrzehnt den Autoren der Zwangsvereinigungsliteratur entgegengehalten worden ist, begegnen wir immer wieder der nicht quellenkritisch abgewogenen Behauptung, Ulbricht habe Fechners Angebot mißachtet oder unterschlagen. (Siehe Günter Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei /Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945/, Berlin 1985, S. 174/175.)
- ⁴⁹ Siehe Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946, S. 64.
- ⁵⁰ Friedrich Schiller, Wallenstein-Trilogie, V. 2447-2453.
- ⁵¹ Am 31. Januar 1947 hatte in Moskau eine Beratung bei Stalin stattgefunden, an der seitens der SED Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Max Fechner und Fred Oelßner teilnahmen. In den Notizen, die Pieck von dieser

Gesprächen machte, finden sich folgende Stichworte: „Zulassung der SPD in sowj. Besatzungszone, ob SED Angst hat vor SPD - man muß sie politisch schlagen“. (Wilhelm Pieck: Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, hrsg. v. Rolf Badstübner u. Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 112). Die vermutlich von Stalin gestellte Frage, ob die SED Angst vor der SPD habe, erscheint gewiß etwas zynisch, wenn man bedenkt, wie er mit den Menschewiki umgesprungen war. Aber sie ist ein Beweis dafür, daß eine Zulassung der SPD erwogen wurde. Schumacher weigerte sich jedoch, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die SED hatte jedenfalls in der Stellungnahme ihres Zentralsekretariats zum Ergebnis der Moskauer Außenministerkonferenz die Zulassung der bestehenden Parteien für Gesamtdeutschland bejaht.

- ⁵² Wilhelm Pieck: Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, hrsg. v. Rolf Badstübner u. Wilfried Loth, Berlin 1994, S. 231.
- ⁵³ Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 4: Januar-Dezember 1948, bearb. v. Christoph Weisz, Hans-Dieter Kreikamp und Bernd Steger, München/Wien 1983, S. 442-446.
- ⁵⁴ Karl Marx/Friedrich Engels, Werke Bd. 8, S. 115.
- ⁵⁵ Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen, S. 4; Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Brandenburg, S. 4.
- ⁵⁶ Politische Richtlinien für die S.P.D. in ihrem Verhältnis zu anderen politischen Faktoren, in: Kurt Schumacher: Reden - Schriften - Korrespondenzen 1945-1952, hrsg. v. Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985, S. 268.
- ⁵⁷ Siehe Außerordentlicher Parteitag der SED-PDS, Berlin, Dezember 1989, Berlin 1990, S. 33.
- ⁵⁸ Siehe ebenda, S. 44.
- ⁵⁹ Siehe die Äußerung Jakob Kaiser, S. xxx.
- ⁶⁰ Zum 40. Jahrestag der SED-Gründung hatte das Thema einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung gelautet: Die SED als Staatspartei - Partner und Gegner? 1996 heißt die Formel: Die PDS - politischer Gegner und Konkurrent.
- ⁶¹ Günter Benser: Der Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis, S. 4.
- ⁶² Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hg.): Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD: Protokoll einer historischen Begegnung, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 17.

Heiner Hellmich

Der Weg in die SED aus der Sicht eines damaligen Weimarer SPD-Mitgliedes

[Bei diesem und den folgenden fünf Beiträgen handelt es sich um den Abdruck der Äußerungen von Zeitzeugen zum Zusammenschluss von KPD und SPD. Dazu wurde in der Veranstaltung lebhaft und z.T. kontrovers diskutiert.]

Wenn mehrere über die gleiche Zeit, über das gleiche Thema erzählen, dann gibt es zwangsweise Wiederholungen, aber auch Widersprüchliches.

Ich erlebte die Vorbereitung und die Verwirklichung des Zusammenschlusses von SPD und KPD als eines der jüngsten Mitglieder der Weimarer SPD. Nach Kriegsdienstverpflichtung, „Volkssturm“, Herumirren durch das letzte unbesetzte Stückchen Deutschland fing mich (und einige Gleichaltrige) die Kettenhunde zur Armee Wenck ein, mit deren Resten ich am Tag des Kriegsendes in sowjetische Gefangenschaft kam. Anfang August wurde ich nach Hause entlassen, und bereits am 16. August 1945 wurde ich Mitglied der SPD. Die Frage, wie das wohl möglich war, habe ich oft beantworten müssen. Die Antwort besteht aus zwei Teilen. Der erste ist schnell erklärt: Das Statut der SPD sah keinerlei Altersbegrenzung für die Mitgliedschaft vor. Der zweite Teil bedarf einer etwas ausführlicheren Erläuterung.

Ich entstamme auch einer Familie mit sozialdemokratischen Traditionen. Beide Großväter waren von Jugend an in der Sozialdemokratie aktiv. Das übertrug sich auf ihre Töchter und Söhne und deren Ehepartner. Und auch deren Kinder und Schwiegerkinder machten schließlich weiter. Auch die nächste Generation ist dabei - vier davon sind hier. Von da kamen also viele ideologische Einflüsse.

Dennoch blieb es nicht aus, daß die Naziideologie meinen Jungenkopf etwas durcheinander brachte. Nicht zu vergessen ist, daß nach 1933 Besuche der Genossen untereinander vermieden werden sollten, bestimmte Dinge und Namen nicht zu erwähnen waren. Diese Isolierung führte meines Erachtens dazu, daß bestimmte Probleme fast in Vergessenheit gerieten. Das war das eine.

Das andere waren einige Ereignisse, die dann doch Erinnerungen hervorholten, die einige Jahre unterdrückt werden mußten, Namen, die nicht genannt werden durften, ins Gedächtnis zurückbrachten. Im Gefangenenlager gab es die ersten neuen Zeitungen. Namen wurden darin genannt, die mir bekannt waren - Freunde meiner Eltern, auch mein Großvater August Frölich wurden erwähnt. Und aus dem Hinterkämmerchen kam die fetzenartige Erinnerung an die sonntäglichen Wanderungen mit vielen Freunden der Eltern, SAJ- und SPD-Leuten: „Haneb“ (Hans Eberling), Kurt Nehrling, Arthur Iggessen, Kurt Seyfarth, Ilse Beutler, Käthe Schmuck, Fritz Bornmann, Tante Liesel und Onkel Kurt (Frölich) - um nur ein paar zu nennen, die auf jeden Fall dazugehörten.

Ein anderes Erlebnis machte mich nachdenklich: Mitte August 1944, frühmorgens, kam der „Knipser“ vom Bahnhof und teilte meiner Mutter hastig mit: „Euer Vater und Neubauer sind heute Nacht Richtung Berlin abtransportiert worden! Sagt niemandem, daß ich hier war!“ Da war also ein älterer Mensch, unauffällig sonst, der alles aufs Spiel setzte, um uns nicht im Dunkeln tappen zu lassen. Und das löste bei mir doch etwas aus.

Es war auch in dieser Zeit, als wir - Mutter und ich - Besuch von einem verwundeten Soldaten bekamen: Paul Hockart, Kommunist, Strafbataillon 999. Er kam, um uns mitzuteilen, daß mein Vater, von dem wir einige Zeit nichts gehört hatten, am Leben ist, aber sich in keiner Weise selbst melden kann. Damit ihn die Gestapo nicht findet, ging seine Wehrstammrolle verloren.

Ich nehme heute an, daß diese Dinge für mich entscheidend waren, den Rundfunkmeldungen, der „Thüringer Gauzeitung“, den Erzählungen mancher Lehrer und HJ-Führer nicht mehr zu glauben. Und die Erlebnisse der letzten Kriegstage (mit drei mißglückten Versuchen, nach Hause zu kommen) und der drei Monate Kriegsgefangenschaft ließen mich nun erkennen, wo ich herkomme und wo ich hingehöre. Das wollte ich voranstellen.

Zum Thema kann ich nur aus meiner Sicht, nur für mich sprechen! Ich nahm also als 15/16jähriger an Vorbereitung und Realisierung des Zusammenschlusses in Weimar teil. Als Kind hatte ich ja viele Freunde, Genossen, meiner Eltern und Großeltern aus SPD und SAJ, auch nicht wenige KPD-Mitglieder, kennengelernt. Ich freute mich, viele von ihnen nach Krieg und Gefangenschaft wiederzusehen.

Also nahm ich an den „Kämpfen“ der „alten“ Weimarer Genossen teil - und begriff nicht, daß man sich nicht so recht zusammenfinden konnte (oder wollte?). Wir jungen Leute waren in der Antifa-Jugend ja auch nicht uneins - und die meisten davon waren SPD- oder KPD-Mitglieder. Gemeinsam nahmen wir an Bildungsveranstaltungen teil, die Hans Hellmich (mein Vater) unter dem Motto „Der junge Marxist“ durchführte und in denen die Problematik „Zusammenschluß“ eine hervorragende Rolle spielte.

Und ich hatte bei dem Englisch-Kurs, der während des Krieges in unserem Wohnzimmer stattfand (an dem ich aber nicht teilnehmen durfte) und bei dem heftig diskutiert wurde, aufgeschnappt, daß es doch richtiger gewesen wäre, vor 1933 mit der KPD gemeinsam zu handeln. Warum also jetzt das Zögern beim Zusammengehen?

Es konnte so schwierig doch nicht sein. Einige Freunde meiner Eltern waren 1945 nicht wieder in die SPD, sondern in die KPD eingetreten. Ihnen war der Kurs der SPD vor 1933 zu weich, nicht zielgerichtet genug gewesen. Ich hatte schon Namen genannt - Hans Eberling gehörte dazu, Arthur Iggessen, Heinz Adler. Sie hatten mich bei den Wanderungen auf den Schultern getragen, mit mir „Fangeball“ gespielt - da war doch eine Gemeinsamkeit unter den neuen Bedingungen nur zu begrüßen. Und da waren noch die Kommunisten, die uns Jungen

halfen - Karl (Kuddel) Brundig, Kurt Goldstein, Ernst Busse und viele andere, meist Buchenwalder. Den entscheidenden Punkt für meine Einstellung zu einer einheitlichen Arbeiterpartei setzte „Opa Frölich“, der von dem bereits erwähnten Transport nach Berlin erzählte. Er schrieb darüber: „In der Nacht ... zum 16. August 1944 wurden der Genosse Theodor Neubauer von der KPD ... und ich zusammengefesselt ... von vier Gestapoleuten nach Berlin gebracht“ ... Vom Anhalter Bahnhof „schleifte man uns zusammengefesselt als ‚Schwerverbrecher‘ durch die Menschenmenge. ... Ich bin überzeugt davon, daß auch ... Theodor Neubauer - sprechen konnten wir ja nicht - so wie ich ... sich die Frage vorlegte: Mußte es soweit kommen ...? Warum haben wir als Sozialdemokraten und Kommunisten anstatt uns gegenseitig zu bekämpfen, uns nicht vor 1933 zusammengeschlossen zum einheitlichen Kampf? Eine Antwort auf diese Frage wurde mir zum Gelöbnis: Solltest Du die Nazizeit überleben, dann einen Schlußstrich ziehen und mitarbeiten, die beiden Arbeiterparteien zu vereinen.“ (Der Wille zur Einheit siegte. 15 Jahre SED. Erinnerungen. Verlag Das Volk Erfurt 1961, S. 18)

Viel Lebenserfahrung hatte ich als 16jähriger noch nicht, und die politischen Kenntnisse waren nur knapp über Null. Aber Instinkt hatte ich genug - der sagte mir, daß es richtig ist, die Einheitspartei zu schaffen und dabei mitzuwirken.

Also: Von einer Zwangsvereinigung kann ich nicht sprechen, ich habe - außer Hermann L. Brill - niemanden gehört, der dem Zusammenschluß widersprochen hat. Aber ich habe Zweifel gehört, Skepsis bemerkt. Zu denen, die Zweifel äußerten oder Skepsis zeigten, gehörten meines Wissens Hugo Hose, der Genosse Willi (?) Schneider, ich glaube auch Az = Annemarie Züllich, Wolfgang Bornmann.

Erst einige Zeit später merkte ich, daß die Zweifel, die Skepsis - die nicht nur Genossen der SPD erkennen ließen - nicht unberechtigt waren. Sie gingen in zwei Richtungen:

1. Die KPD wird versuchen, die Führungspositionen einzunehmen.
2. Die sowjetische Besatzungsmacht vertritt die KPdSU, sie wird Kommunisten bevorzugen oder auch einsetzen.

Das ist stark vereinfacht ausgedrückt, zeigte sich aber später ja so in dieser oder jener Form, in diesem oder jenem Ausmaß.

Das Erste hat sich das in den Folgejahren immer stärker ausgeprägt. Positionen, die in den ersten Nachkriegsjahren von Sozialdemokraten eingenommen worden waren, wurden bei Neubesetzung meist von Genossen, die aus der KPD kamen oder vorher keiner der beiden Parteien angehörten, übernommen. Je weiter die Zeit fortschritt, umso deutlicher wurde das. Ich habe

selbst erlebt, wie aus der SPD gekommene SED-Mitglieder diffamiert wurden - die SPD wäre ja opportunistisch, kleinbürgerlich gewesen und ähnliches mehr.

Zum Zweiten: Die sowjetischen Offiziere der Kommandantur waren die Beauftragten eines der Siegerstaaten. Sie waren nicht in erster Linie dazu eingesetzt, den Arbeiterparteien zu helfen, sondern um die Vereinbarungen der Alliierten, um das Potsdamer Abkommen durchzusetzen. Nur einzelne nahmen sich der Deutschen bzw. der politischen Arbeit mit ihnen an, nur einzelnen waren diese Aufgaben gestellt worden. Eine dieser Aufgaben bestand offensichtlich darin, die beiden Arbeiterparteien dahin zu bringen, sich vereint nach dem Vorbild der KPdSU zu entwickeln. War es von vornherein geplant, in der Sowjetischen Besatzungszone nur SPD und KPD sowie die Demokratische - später Liberaldemokratische- Partei zuzulassen? Aus dem Erlebten heraus und aus heutiger Sicht möchte ich das bejahen.

Zusammengenommen komme ich zu dem Schluß, daß die Anwesenheit der sowjetischen Besatzungsmacht ein wesentlicher Faktor war, den Zusammenschluß der beiden Parteien voranzutreiben - zumindest bei nicht wenig Älteren, die noch bestimmte Zweifel hatten., wirkte sich das aus.

Das war ein gewisser moralischer Druck - aber ich kenne keinen unmittelbaren Einfluß durch sowjetische Vertreter. Auch kann ich mit Gewißheit sagen, daß an den Versammlungen und Besprechungen der SPD - auch in den bereits gemeinsam mit der KPD durchgeführten -,an denen ich in Weimar teilnahm, niemals jemand von der sowjetischen Kommandantur oder einer Armee-Dienststelle anwesend war oder gar gesprochen hat. (Ob es andere Teilnehmer gab, weiß ich nicht.)

Fazit: Ich kann die These von der Zwangsvereinigung nicht akzeptieren. Unter „Zwang“ verstehe ich offensichtlich etwas anderes als die Verfechter dieser Auffassung. Von mir und vielen meiner Freunde und Genossen kann ich behaupten, ohne Zwang für die Einheitspartei geworben und schließlich gestimmt zu haben. Ich kann aber auch nicht umhin zu sagen, daß es auch Druck gegeben hat - Druck untereinander und auch von außen für den Zusammenschluß, so wie es auch Druck gegen die Vereinigung gab.

Heinz Koch

Die Vereinigung von KPD und SPD im Eichsfeld

Meine Erinnerungen an das Wiedererstehen von Parteien nach dem 8. Mai 1945 setzen irgendwann im Juni 1945 ein. Ich wohnte zu dieser Zeit in Halle-Giebichenstein, lebte dort mit meinen Eltern, war fünfzehn Jahre alt und während der letzten eineinhalb Kriegsjahre im Antinazi-Sinne politisiert worden.

Meine Eltern gehörten seit dem Frühjahr 1906 der SPD an, traten 1917 der USPD bei, und mein Vater hatte an allen bewaffneten Kämpfen 1919, 1920 und 1921 teilgenommen. Das war mir schon als Kind bekannt geworden.

Im Sommer 1945 war ich kaufmännischer Lehrling in einem kleinen Maschinenbetrieb. Unser Betrieb war z.T. zerstört, und alle Beschäftigten räumten die Trümmer weg, setzten Maschinen instand und begannen mit der Produktion von Ersatzteilen für Bagger. Der Versand solcher Teile war meine Aufgabe mit. Ich transportierte sie auf einem Handwagen zur Post und Bahn, war also viel unterwegs, ohne kontrolliert zu werden.

Mitteilungen bzw. Befehle der Besatzungsbehörden (damals noch der USA) wurden per Anschlag zur Kenntnis gebracht. Vor solchen Stellen gab es immer größere Menschenansammlungen, wozu ich meinen kleinen Teil beitrug.

In diesen Tagen, Ende Juni, tauchten an bestimmten Stellen Plakate auf mit den Aufrufen, zuerst der KPD und kurze Zeit später der SPD. Mich interessierte der Inhalt sehr, und ich habe mehrmals an verschiedenen Stellen dieselben gelesen.

Dabei erinnere ich mich sehr genau daran, daß es damals von Seiten der älteren Arbeiter Äußerungen gab, aus denen Enttäuschung sprach: Enttäuschung darüber, daß es wieder zwei Arbeiterparteien geben sollte und die Spaltung der Arbeiterbewegung nicht überwunden wurde. Auch in unserer Familie gab es solche Meinungen.

Im September 1945 meldete ich im Parteibüro der SPD meinen Vater und mich als Mitglied an, was auch ohne Komplikationen in bezug auf mein Alter erfolgte.

Ich wollte aber nicht nur zahlendes Mitglied sein, sondern mich aktiv in die politische Arbeit mit jungen Leuten einbringen. Damals hörte ich von einem Diskussionskreis junger Sozialdemokraten, zudem ich mich meldete und an dem ich teilnahm. Ich war der Jüngste im Kreis, war unsicher und hörte nur zu. An der Diskussion, z.B. über die Bildung antifaschistischer Jugendausschüsse, nahmen auch ältere Genossen teil, die der SPD schon vor 1933 angehört hatten und vermutlich Funktionen innehatten. Dort wurde im Oktober/November auch über die Aktionseinheit von SPD und KPD gesprochen, aber immer aus der Sicht, in diesen Einheitsgremien den sozialdemokratischen Einfluß zu sichern.

Organisiert wurden auch Kurse. Ich meldete mich für Rhetorik an. Im Herbst 1945 habe ich auch an einer größeren Mitgliederversammlung unserer Wohngebietsgruppe in Giebichenstein

teilgenommen, deren Thema die Aktionseinheit mit der KPD und die angestrebte Vereinigung war. Mit großer Befriedigung erlebte ich, wie sich die versammelten Genossen, bis auf eine Ausnahme, für einen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien aussprachen. Das entsprach auch meinem Willen und meiner Erfahrung aus der Zusammenarbeit mit jungen KPD-Genossen aus unserem Wohnviertel.

Im Betrieb meines Vaters, der Maschinengießerei Werter & Söhne, hatte es vom Herbst 1945 an eine gemeinsame Betriebsgruppe gegeben. Arbeitskollegen meines Vaters, die während der Kriegsjahre zu unserem engeren Bekanntenkreis gehört hatten, stellten sich nun als Genossen heraus.

Da meine Mutter ein Häuschen mit 2.500 qm großen Garten geerbt hatte, zogen wir Anfang Dezember 1945 nach Breitenbach, Kreis Worbis. Auch dort waren wir wieder politisch aktiv. In Mitgliederversammlungen der SPD traten wir für die Vereinigung ein. Dazu trugen auch gemeinsame Mitgliederversammlungen bei. Vorbehalte gab es auch dort. Unser Bürgermeister gehörte der KPD an. Er war ein energischer Genosse mit einigen politischen Kenntnissen, den anderen Mitgliedern beider Parteiorganisationen weit überlegen. Mit seiner Energie setzte er sich manchmal über den Blockausschuß hinweg und wurde wegen Methoden der Alleinregierung kritisiert.

Als unser junger sowjetischer Kommandant - ein Leutnant von 20 Jahren, der mehr die Frauen liebte als die Rote Armee - ein Haus am Dorfrand beschlagnahmte, in dem der örtliche SPD-Vorsitzende, Genosse Büschlepp, mit seiner Familie wohnte, und die Familie ausquartierte, (ein Teil wohnte kurze Zeit bei uns), kam es zu Schwierigkeiten. Genosse Büschlepp sperrte sich gegen die Ausquartierung und wurde wegen Ungehorsam im Keller seines eigenen Hauses eingesperrt. Genosse Thiemicke, unser Bürgermeister und KPD-Vorsitzender, klärt die Lage rasch und unsere Kommandatur zog in ein anderes Haus. Damit blieb der Frieden mit dem SPD-Vorsitzenden gewahrt.

Hilfreich waren für uns auch gemeinsame Konferenzen auf Kreisebene, so im Januar 1945 in Leinefelde. Dort sprachen Werner Eggerath und Heinrich Hoffmann.

Da ich im gleichen Betrieb in Worbis arbeitete (AOK) wie der Kreisvorsitzende der SPD (er war der Chef, und es gab bei uns viele SPD-Mitglieder), war mir sein Standpunkt ebenfalls bekannt. Er war von einem Gespräch beim Genossen Kolesnitschenko tief beeindruckt und betrachtete sich bis an sein Lebensende als Vater der Arbeitereinheit im Eichsfeld. Er hatte die SPD in diesem Gebiet in der Novemberrevolution 1918 gegründet und genoß großes Ansehen. Es handelte sich um Genossen August Gothe aus Kirchenohmfeld.

In einer gemeinsamen Mitgliederversammlung haben wir den Zusammenschluß zu einer Partei-ortsgruppe im Februar vollzogen. Dem paritätisch zusammengesetzten Vorstand gehörte mein Vater an. In unserer Wohnung tagte auch der Vorstand. Im Januar 1948 wurde ich zum paritätischen Vorsitzenden der Ortsgruppe gewählt.

Die Entwicklung zur Partei „Neuen Typus“ vollzog sich in unserer katholisch dominierten Ecke, bedingt auch durch die religiöse Bindung vieler Genossen, immer mit deutlichem

Abstand zur übrigen Partei. Genossen, die wie ich aus der SPD kamen, haben in diesem Gebiet lange Zeit noch eine wichtige Rolle gespielt und der SED dort ein Gesicht verliehen, das weniger dogmatisch war.

Kurt Ludwig

Einheitsdrang oder Einheitszwang? Geistiges Klima und moralische Befindlichkeiten als Nährboden für den Einheitsgedanken

Mein Beitrag ist nicht aus den Quellen geschöpft, sondern gibt Gedanken, Erinnerungen und Einsichten eines Zeitzeugen wieder. Natürlich habe ich mein Gedächtnis durch Quelleneinsicht aufgefrischt. Ich will mich auch nicht auf Details des Prozesses der Annäherung, Auseinandersetzung und schließlich Vereinigung der Thüringer Kommunisten und Sozialdemokraten zur SED einlassen, sondern etwas vom geistigen Klima und meiner individuellen politisch-moralischen Befindlichkeit und der vieler meiner Altersgenossen - wir gehörten zur „Hitlerjugend-Generation“, die die Erfahrungen des Krieges und eine totale Desillusionierung mit sich herumschleppte - in die Debatte einbringen.

Als ich im April 1945 nach Erfurt zurückkehrte, die Umstände habe ich in meinem Beitrag zur Errichtung des Denkmals für den unbekanntes Wehrmachtsdeserteur „Als Deserteur ein Feigling?“¹ näher beschrieben, hatte ich bereits die ersten Ansätze politischen Denkens hinter mir, die sich in Stichworten so umschreiben lassen: völlige Ablehnung alles Militärischen, keine Waffe wieder anfassen, für nichts und niemand, kein Gehorsam wieder gegenüber Autoritäten, Bestrafung aller derjenigen, die für den Verlust unserer Jugend verantwortlich waren und uns zum „Verheizen“ mißbraucht hatten. Das subsumierte sich unter den Kategorien der „Braunen“ und der „Reichen“, denn ich gehörte zu den Habenichtsen aus dem Erfurter Norden, damals einer regionalen Mischung von Mietskasernen und Industriebetrieben, die nicht nur Jahre ihrer Jugend verloren hatten, sondern auch keine Aussichten auf Fortsetzung ihrer Berufsausbildung mehr hatten. Und vor allem war mir das großdeutsche Gehabe, der Größenwahn des faschistischen Nationalismus und Rassismus zuwider, was sich in der Ablehnung der Reichssymbole Reichsadler mit Hakenkreuz in den Krallen als „Pleitegeier“ und solchen Losungen wie „... über alles in der Welt“ und „... heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“ auf sehr emotionale Weise äußerte. Das ist übrigens bis heute so geblieben!

Ich und viele meinesgleichen waren bei allen zweifellos noch vorhandenen Resten nationalsozialistischer Indoktrination offen für freiheitliche Gedanken, für weitestgehende Toleranz gegen Andersdenkende oder anderes Denken mit einer Ausnahme: gegen Nazis und Krieg. Aber auch erfüllt von großer Skepsis gegenüber den bestehenden Zuständen angesichts der Not, der Trümmer, des Zusammensturzes alles bisher Beständigen, aber voller hoher Erwartungen in des Kommende. Es konnte doch nur besser werden, wenn man es richtig anpackte. Aber: Was war richtig? Wie war alles so gekommen? Wohin sollte die Reise gehen? Und dabei waren viele

meinesgleichen von einer merkwürdigen Heiterkeit erfaßt, mit großer Lust am Spaß, an der Glosse, am Zynismus, an leichtfertigen Vergnügungen.

Dem entsprachen Aktivitäten, die zwar Politiknähe aber auch Ferne hatten. Im Unterschied zu den Amerikanern förderte die neue Besatzungsmacht sofort und spürbar Theater, das Musikleben, Kino und Unterhaltung und kündigte sogleich die baldige Wiedereröffnung der Schulen an. Und da waren Diskussionen bis in die Nächte: Wie weiter? Erinnerungen kamen ins Spiel, wie der Streit und die Prügeleien zwischen den verschiedensten Jugendgruppen der Weimarer Zeit, vor allem zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen, aber auch zwischen katholischen, evangelischen, Wandervogel-, Naturfreunde- und Pfadfindergruppen. Das kam uns nunmehr nur noch lächerlich vor wie auch die kastenmäßige Abgrenzung von Schülern der verschiedensten Schulen. Auch ich hatte die Zeit in Erinnerung, in der man buntfarbige Schülermützen als Markenzeichen und zur Haß- und Neiddemonstration zwischen den sozialen Klassen trug, waren sie doch letztlich nur äußeres Kennzeichen der bestehenden Bildungsprivilegien der Begüterten und der Bildungsarmut der Minderbemittelten. Was sollte diese Unterscheidung zwischen Samtmützen tragenden Gymnasiasten und den blau- oder grünbemützten Mittelschülern oder Volksschülern angesichts des totalen Zusammensturzes aller Werte? Was sollte die Unterscheidung zwischen katholischer oder evangelischer oder freigeistiger Bauchwelle in den Turnhallen der Erfurter Schulen? Das waren Ansätze für mein späteres rückhaltloses Engagement für die demokratische Schulreform. Unabhängig davon, was die Besatzungsmacht wollte, wir wollten einheitlich und geschlossen zum Wiederaufbau übergehen und die Nazizeit und ihre Anhänger überwinden. Die Besatzungsmacht spielte, wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, kaum eine vordergründige Rolle. Daß sie die Kommunisten favorisierte und diese ihr huldigten, sie unverzüglich nach dem Besatzungswechsel den Kommunisten Hermann Jahn als Oberbürgermeister einsetzte und nahtlos das Militärmitteilungsblatt in die Zeitung der Kommunisten „Thüringer Volksblatt“ sicher nicht ohne den Einfluß der sofort außerordentlich aktiven und einsatzbereiten Kommunisten übergang, während die „Tribüne“ der SPD erst im September zugelassen wurde, war ja nicht zu übersehen.² Sie lebte hinter hohen grünen Zäunen mit riesigen Transparenten und Stalinbildern. Wir hatten die geschniegelten und gebügelten „Amis“ erlebt, die die Einwohner Erfurts auf Distanz hielten und wohl auch fürchteten und jede Initiative zur Entwicklung eines neuen geistigen Lebens außer der rigorosen Unterbindung der Tätigkeit der NSDAP und ihrer Gliederungen unterließen. Das habe ich in meinem Beitrag in „Thüringen unterm Sternenbanner“³ näher beschrieben. Wir hatten aber auch den Schock des Besatzungswechsels hinter und in uns, den Tag, an dem, mit grellem und unverständlichem Gesang begleitet, von zotteligen und mageren Pferden gezogene grünliche Panjewägelchen mit ziemlich abgerissenen sehr jung aussehenden Rotarmisten auf Strohlagern vom Ringelberg kommend am 3. Juli 1945 in die Stadt einzogen. Die selben jungen Soldaten, die wenige Tage später mit harscher Befehlsstimme die Wohnungen durchkämmten nach Radios, Fotoapparaten, Armbanduhren und nach Wehrmichtsangehörigen, was die Amerikaner bereits gründlich

und erfolgreicher vorher getan hatten. Genug Anlässe, um deutschtümelnde Ressentiments und „antibolschewistische“ Emotionen à la Joseph Goebbels wiederzubeleben.

Ich weiß nicht mehr, wie und warum ich diesen Nachforschungen heil entkam, obgleich ich keine Papiere außer meinem Soldbuch als Angehöriger der Wehrmacht und eine Arbeitsbescheinigung des Raiffeisen-Lagers besaß, wo mich meine Mutter über einen ihr bekannten Leiter, dem sie jahrelang die Hemden gebügelt hatte, in ihrer Angst vor den Erschießungsdrohungen Eisenhowers und Shukows als Lagerarbeiter untergebracht hatte. Das ergab für mich eine gewisse Sicherheit und den Anspruch auf Lebensmittelkarten. Und die Bekanntschaft mit Karl, einem erklärten Kommunisten und einer Seele von Menschen, unendlich hilfsbereit aber hart in der Sache, wenn es um Politik ging, mit dem ich die anderthalb Zentner schweren Mehlsäcke in die Erfurter Bäckereien schleppte. Mit ihm kam die Wiederbegegnung mit alten bekannten Streitpunkten aus meiner Kindheit wieder auf. Er war nämlich strikt gegen die Vereinigung mit den „Sozis“, solange sie ihren „Verrat an der Arbeiterklasse“ nicht eingestanden und ihren ständigen Schwankungen abgeschworen hätten. Aber natürlich war er zugleich und entschieden für die „Einheit gegen die faschistischen Verbrecher“. Das kannte ich, und das bekräftigte sich beim Wiedersehen mit den alten Bekannten und den Freunden unserer Familie aus der Vorkriegszeit. Nach den Umarmungen der Begrüßung und den guten Wünschen für die ungewisse Zukunft kam immer die Rede auf das Vergangene, den Streit um die wahre Lehre und um die Notwendigkeit, diesen Streit zu beenden. „Die Einheit muß her“, war der Tenor der Gespräche. Und das war ernst und ehrlich gemeint. Hatte ich doch noch die lebendigste Erinnerung an die gemeinsamen Familienwanderungen ins „Schlößchen“ nach Marbach oder zum Riechheimer Berg. Die musikliebenden befreundeten Familienclans sangen aus vollem Hals Wanderlieder, die Väter boten „Gehobenes“, sie sangen mit ihrem Doppelquartett Lieder von Löwe, Brahms und Mozart. Sie waren alle bis auf meinen Vater und ihren Pianisten Rudi W., beide kleine Angestellte, gestandene Facharbeiter und kannten sich viele Jahre aus den Zeiten der königlich-preußischen Gewehrfabrik, nunmehr der Deutschen Werke und der Olympia-Schreibmaschinenfabrik. Alle gehörten zur im SED-Parteilehrjahr so oft geschmähten und verachteten „Arbeiteraristokratie“. Alle wählten in den Jahren der Weimarer Republik „Links“, aber die Gebrüder K., Hans K. als treuer Sozialdemokrat und späterer SED-Genosse ist manchen noch als Betriebsarchivar der „Optima“ in Erinnerung, und ihre Freunde waren bis auf die Wurzeln zerstritten, Fritz K. mit Anhang neigte zu den Kommunisten und Anarchisten, Hans und Clan zu den „Sozis“. Was war das für uns Jungen spannend, wenn der gemeinsame Gesang zu Ende und nach einigen Bierchen der Streit losging, bis die Mütter, an der Spitze Minna K., die Hände über dem Kopf zusammenschlugen und Frieden beschworen: „...könnt ihr denn diesen ewigen Streit nicht wenigsten heute lassen!?“ Und dasselbe Spektakel zu den Gartenfesten im Gartenverein „Vergißmeinnicht“. Immer endete es mit Streit fast bis zum Schmeißen. Und nun - 1945 - Katzenjammer, „ja, wie weit ist es mit uns gekommen?“ Es wurde wieder gemeinsam gesungen, elegischer, mit traurigem Unterton, und es wurde wieder diskutiert, besonnener,

nachdenklicher. „Wenn nicht alles kaputt gehen soll, müssen wir zusammenhalten.“ Es war nicht vom Manifest des Bundes der Demokratischen Sozialisten oder dem Aufruf der Kommunisten die Rede, ich fürchte, daß die kaum einer gekannt hatte, nur von der Einsicht: Gegeneinander darf es nie wieder gehen, nur miteinander kommen wir aus dem Schlamassel heraus. Der Einheitsgedanke fiel auf fruchtbaren Boden. Die Mehrheit schloß sich der neuen Einheitspartei an und ging in den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, die neugegründete Einheitsgewerkschaft. Letzteres tat ich umgehend. In die Partei? Nein, abwarten, was sie wirklich will. Ich wurde erst 1949 Mitglied der SED, nachdem ich Rosa Luxemburgs „Briefe aus dem Gefängnis“, das Manifest, Plechanow und Lenins „Staat und Revolution“ und anderes aus dem SWA-Verlag gelesen hatte, Neulehrer geworden war und mich mit Elan der demokratischen Schulreform verschrieben hatte mit dem überzeugenden pädagogischen Ziel, selbständig denkende und verantwortungsbewußt handelnde Persönlichkeiten in den Schulen zu erziehen. In dieser Sache waren die vereinigten Kommunisten und Sozialdemokraten unübertreffliche Vordenker und persönliches Beispiel, wie Walter Wolf oder der väterliche Erfurter Stadtschulrat Benda, ein gestandener ehemaliger Sozialdemokrat, unter dessen Fürsorge ich meine ersten beiden Lehrerprüfungen ablegte. Das entsprach meiner Erfahrung und Erwartung. Aber bei allen Zweifeln und Vorbehalten vor allem gegen Einzelpersonen in dieser neuen Partei, da gab es auch Konjunkturritter und Karrieristen, der Gedanke war unerschütterlich, nur einheitliches Handeln aller Antifaschisten konnte den Wiederaufbau bewältigen, und zurück in den gescheiterten Kapitalismus kam überhaupt nicht in Frage, denn Kapitalismus und Naziherrschaft, das gehörte im damaligen Verständnis der meisten Zeitgenossen zusammen. Die Alternative hieß Demokratie, antifaschistische Demokratie und Sozialismus.

Das ging quer durch die Reihen aller Antinazis, Jugendlicher, Gewerkschafter bis zu Christdemokraten. So konnte die Agitation der Einheitsgegner aus meiner Erinnerung zwar Zweifel an der Ehrlichkeit der jeweils anderen Seite wachhalten, aber den Drang zur Einheit nicht aufhalten. Das Suchen nach dem Ausweg, nach der Alternative in einer antifaschistischen Demokratie war stärker. Dieser Aufbruchskonsens des Jahres 1945/46 dominierte alles Zögern, auch wenn beim genaueren Hinsehen schon vor der Fulton-Rede Winston Churchills am 5. März 1946 Elemente des künftigen Kalten Krieges eigentlich schon mit dem Besatzungswechsel spürbar wurden. Das war kein Jahr der Unschuld, da gab es für den Zeitgenossen viele Wegweiser in alle möglichen Richtungen und engte das gründliche Nachdenken und Suchen nach echten Alternativen und auch nach Möglichkeiten des Durchbrechens alter durch die Weimarer Verhältnisse und ihr Parteiensystem geprägte Denkmuster ein. Dieser Aufbruchskonsens war dann für mich eine der Quellen von Hoffnung und Zuversicht auf Reformen und Wandel über die 45 oft von Aufschwüngen, Krisen und Zweifeln geschüttelten Jahre bis zum Zusammensturz des Realsozialismus 1989. Aber das ist dann wieder eine andere Geschichte, über die nachgedacht und gesprochen werden muß.

Es waren schwierige Zeiten mit vielfältigen und für den Zeitzeugen auch heute noch verwirrenden nationalen und internationalen Verflechtungen und Zusammenhängen. Und es gab und gibt unendlich viele mögliche Zugänge zu jenem die Geschichte nach 1945 maßgeblich mitbestimmenden Vorgang. Deshalb halte ich überhaupt nichts von Festlegungen auf ein parteiamtliches Geschichtsbild. Ich habe genug von „Grundrissen“ und „Abrissen“ und anderen scholastischen Deutungsversuchen von Geschichte. Es bringt auch nichts, wenn die SPD heute hartnäckig an ihrem Beschluß festhält: „Das war und bleibt Zwangsvereinigung“, obwohl sie im Gespräch mit der damals noch mächtig erscheinenden SED 1987 zu dem gemeinsamen Papier über die Kultur des politischen und ideologischen Streits bereits wesentlich differenzierter urteilte, was der Landesvorsitzende der SPD, Gerd Schuchardt, in seinem Vorwort zur Kampfschrift „Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen“ offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen hat.⁴ Es ist doch wohl nach wie vor bemerkenswert: Dieses Dokument entstand etwa 70 Jahre nach dem Bruch in der deutschen und internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung und etwa 60 Jahre nach dem schrecklichen Höhepunkt in der politischen und geistigen Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten über den „rechten“ Weg und die „wahre“ Lehre mit den gegenseitigen Beschimpfungen als „Sozialfaschisten“ oder „rotlackierte Faschisten“ in der Zeit der Krise der Weimarer Republik.

Es ist auch heute noch nach fast 10 Jahren als ein historisches Dokument und Ereignis in der gemeinsamen Geschichte zu werten. Dem Problem ist auch nicht mit Beschimpfungen, Textverfälschungen, Unterstellungen und Verdächtigungen im Stile der alten Agit-Prop-Abteilung der SED mit Kampfflosungen wie „Versinken im Sumpf des Opportunismus“ und „Verrat der Klasseninteressen der Arbeiterklasse“ beizukommen, wie es in dem Verriß der Erklärung der Historischen Kommission der PDS in der „neuen“ „Die Rote Fahne“ geschieht⁵. Und ich halte schon gar nichts von der penetrant in den Medien verbreiteten Behauptung der CDU/CSU und ihren gewendeten ostdeutschen Nachbetern, daß die Vereinigung zur SED die Gründung der Partei der Mauerschützen und Wirtschaftsbankrotteure war, wie es u.a. auch in einem Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung angekündigt wurde.⁶ Da halte ich es lieber mit der erklärten Entscheidung der Historischen Kommission und des Bundesvorstandes der PDS: „Die PDS hat sich von jeglicher Bestrebung, ein verbindliches Geschichtsbild zu setzen, unmißverständlich verabschiedet“.⁷ Die Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Frühjahr 1946, die ihre Protagonisten als eine historische Notwendigkeit und Chance zugleich begriffen hatten, war nun einmal ein komplizierter geschichtlicher Prozeß in spannungsgeladener Zeit, der nicht eindimensional erfaßt, dargestellt und gewertet werden kann. Meine Kritik richtet sich nach allem Erlebten und Bedachtem als Zeitzeuge weniger auf Zwänge, die bei aller unvergessenen Hilfe und Unterstützung für den Wiederaufbau von der SMATh oder von Funktionsträgern der KPD auf zögernde oder zweifelnde und auch ablehnende Sozialdemokraten ausgingen, sondern gegen das verdeckte Taktieren dieser Funktions-

träger. Im Unterschied zur Mehrheit aller an der Vereinigung Beteiligten, darunter und an der Spitze die Kommunisten, die das KZ Buchenwald überlebt hatten, verfolgten einige aus dem Moskauer Exil zurückgekehrte von Anfang an, wie wir heute aus den Quellen wissen, das Ziel, den gesamten Vereinigungsprozeß zu dominieren und zu instrumentalisieren, damit die Befürchtungen zögernder oder zweifelnder Sozialdemokraten nach kurzer Zeit der Parität bestätigend. Ich kritisiere deren Mißbrauch von Einheitsdrang und gutem Einheitswillen, der dieser Einheit, dieser SED mit ihrem Kurs auf die „Säuberung“ 1948 bis 1952 zur Partei neuen Typus nach KPdSU(B)-Muster den Todeskeim injizierte, der letztlich zu dem schmachvollen Ende von 1989 führte. Das war gewiß vorprogrammiert, aber nicht unvermeidbar! Und hier muß sich jedes ehemalige Mitglied der SED, das in irgend einer Weise für diese oder im Auftrage dieser Partei in der DDR tätig war, fragen, worin sein Anteil an Verantwortung dafür besteht, wo er mit Gleichgesinnten, deren es genug gab, gegenüber dem immer übermächtiger werdenden Parteiapparat hätte Einhalt gebieten und „Nein“ rufen müssen! Aber das ist ein weites und ein anderes Feld von Geschichtsbetrachtung.

Anmerkungen

- ¹ Vgl.: Antikriegsblatt, Beilage der UNZ - Unsere neue Zeitung, Linke Zeitung in Thüringen vom 1. September 1995, S. 4.
- ² Thüringer Volksblatt - Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Großthüringen, Nr. 1 vom 3. Juli 1945. Stadtarchiv Erfurt, 3-800/26.
- ³ Kurt Ludwig, Anfänge einer Wiederbelebung und Erneuerung geistig-kulturellen Lebens im Frühjahr 1945 in Erfurt. In: Vor 50 Jahren: Thüringen unterm Sternbanner. Schriften des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V., Jena 1995, S. 24 ff.
- ⁴ Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen, S. 3. Vgl. dazu: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Gemeinsames Papier der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD vom 27. August 1987, in dem es u.a. heißt: „Aber der Streit über Grundpositionen kann Teil eines produktiven Wettbewerbs ... werden, wenn er so ausgetragen wird, daß Kommunisten und Sozialdemokraten die Grundentscheidungen des jeweils anderen beachten, keine Feindbilder aufbauen, die Motive der anderen Seite nicht verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich verzerren und ihre Repräsentanten nicht diffamieren. ... Es gibt also Fragen, in denen wir einig sind, andere, über die wir weiter streiten müssen. Wir werden in der Spannung von Konsens und Konflikt leben müssen.“ In: Neues Deutschland vom 28. August 1987, S. 3.
- ⁵ Gerhard Fröhlich, Herr Benser und die Gründung der SED, in: Die Rote Fahne, Nr. 1, Januar 1996, S. 13 f.
- ⁶ Siehe: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungswerk Erfurt, Programm 1/96, "Legenden und Wirklichkeit - 50 Jahre SED/PDS"
- ⁷ Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS. In: Neues Deutschland vom 18. Dezember 1995, S. 11.

Fritz Schörnig

Den Alten zu Ehren

Es sind rund 80 Jahre vergangen, seitdem ich Worte von der Einheit der Arbeiterklasse vernahm. Wie oft sang unser Vater das Lied „Die Arbeitsmänner“, das ein sozialistischer Agitator in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts verfaßt hatte. Wir Kinder sangen mit, wenn auch nicht den tiefen Sinn begreifend, den die Worte des vierten Verses enthalten:

Ihr habt die Macht in Händen,
Wenn ihr nur einig seid!
Drum haltet fest zusammen!
Dann seid ihr bald befreit!
Drängt Sturmschritt vorwärts in den Streit,
Wenn auch der Feind Kartätschen speit!
Dann seid ihr, Arbeitsmänner,
Das Proletariat!

Das Lied sangen wir noch einträchtig, als die Arbeiterklasse schon gespalten war und die Spaltung selbst durch unsere Familie ging. Großvater wurde 1869 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Eisenacher). Der Vater vollzog 1889, also noch vor Ende des Sozialistengesetzes, seinen Eintritt in die Partei Bebels/Liebknichts und hielt ihr auch dann noch die Treue, als die rechten sozialdemokratischen Führer mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 den Interessen des deutschen Imperialismus und Militarismus dienten.

Eine grenzenlose Enttäuschung erfaßte ihn damals, als die Führung der SPD und ihre Reichstagsabgeordneten die Worte August Bebels „vergessen“ hatten: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“. Daß er aber trotzdem Mitglied der SPD blieb, entsprach einfach seinem Traditionsgefühl, das er oft in den Worten äußerte: „Mein Vater hat in Arnstadt und im Kreisgebiet zu den Pionieren der Sozialdemokratischen Partei gehört, und der bleibe ich treu“. Doch sein Traditionsgefühl konnte sein Klassenbewußtsein nicht erschüttern. Er beteiligte sich im Januar 1918 an dem Streik der Rüstungsarbeiter in Erfurt, er übergab 1920 als Mitglied des Betriebsrates einer kleinen Waffenfabrik in Arnstadt den Arbeitern, die zur Abwehr des Kapp-Putsches antraten, die im Betrieb vorhandenen Pistolen. Die Erfahrung hatte gelehrt, daß die Arbeiterklasse nur dann die Gewißheit des Sieges haben kann, wenn sie nicht nur die ersten vier Zeilen aus dem oben angeführten Lied beachtet und beherzigt, sondern auch die folgenden Zeilen.

Als sich die Nacht des Faschismus über Deutschland senkte, fühlten Millionen Arbeiterfamilien, was es heißt, politisch uneins zu sein. Die Abkehr von den Grundsätzen, die die Partei Bebel, Liebknechts, Luxemburgs, Zetkins und unzähliger klassenbewußter Arbeiter und Arbeiterinnen stark gemacht hatten, führte durch die verhängnisvolle Zustimmung zu den Kriegskrediten zur Spaltung der Arbeiterbewegung. Statt den gemeinsamen Feind, Imperialismus und Militarismus, gemeinsam zu schlagen, schlugen sich Befürworter und Gegner des Krieges nun selbst. Den Gewinn hatte die Reaktion, damals wie heute, wo wieder Kräfte am Werke sind, die verkünden: „Zusammenarbeit? - Mit denen nicht.“

Erst hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern und dem Stacheldraht der Konzentrationslager der Nazis fanden sich Mitglieder und Anhänger der SPD und KPD, der SAP und der KPO und Andersdenkende sowie Parteilose der verschiedensten Schichten zusammen. Ich weiß, wovon ich spreche, wurde ich doch durch das Reichsgericht in Leipzig und das Thüringische Oberlandesgericht in Jena wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu insgesamt 17 Jahren Haft verurteilt. Zunächst im Thüringer Landesgefängnis Ichtershausen und Gräfentonna und von 1936 bis 1945 im Zuchthaus Halle einsitzend, erfuhr ich, daß alle politischen Häftlinge, gleich welcher Partei oder Organisation sie angehörten, nur einen Gedanken hatten: Wenn wir die Freiheit wieder erleben, dann gibt es kein Gegeneinander, sondern nur ein Miteinander für die Ausrottung des Faschismus mit seinen Wurzeln.

Wo also konnten wir nach dem Sieg der alliierten Armeen über den Faschismus 1945 anders stehen als in der Front derjenigen, denen die Schaffung der Einheit aller antifaschistischen Kräfte und vor allem der Arbeiterklasse Sinn und Inhalt ihres Lebens war.

Die Befreiung gab dem deutschen Volk die Möglichkeit für grundlegende politische und wirtschaftliche Veränderungen. So forderte der Thüringer Sozialdemokrat Hermann Brill den sofortigen Aufbau des Sozialismus und als Voraussetzung dafür die Einheit der Arbeiterklasse. Sein westdeutscher Parteifreund Kurt Schumacher verkündete in einer Rede am 25. August: „Aus dem Klassencharakter des Nazismus ergibt sich zu seiner Überwindung der Sozialismus als Konsequenz. Die Voraussetzung ist die völlige Zerschlagung der finanzkapitalistischen, imperialistischen und militaristischen Linie“. Und auch die Nachfolgepartei des hitlerfreundlichen Zentrums, die CDU, hatte sich in ihrem Ahlener Programm zu der Erkenntnis durchgerungen, daß nach „dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen“ kann.

Doch Taten und nicht Worte sind bestimmend, und diese Taten vollbrachten gemeinsam handelnd Kommunisten und Sozialdemokraten, Mitglieder der CDU und der LDP in der sowjetischen Besatzungszone (Industriereform, Bodenreform, Schulreform usw.). Dafür wurden sie von den westdeutschen Konzernherren und ihren politischen Dienern gehaßt, verleumdet und bekämpft. Aus dem gemeinsamen Handeln erwuchs der Wille über die Aktionseinheit zur Vereinigung beider Arbeiterparteien. Das war im Kreis Arnstadt-Ilmenau nicht anders als in allen Kreisen des Landes Thüringen und über die Landesgrenzen hinaus. Die Legende von

Wolfgang Leonhard, Ulbricht habe die Vereinigung strikt abgelehnt, wurde von den rosaroten Kolporteure bereitwillig aufgegriffen, weil es ihrer Lüge von der Zwangsvereinigung dienlich ist. In seinem Artikel „Erfahrungen aus der Aktionseinheit“ schreibt Max Fechner: „Als ich, schon vor der Wiedererrichtung der Parteien, den Genossen von der KPD vorschlug, nur eine Partei für die deutsche Arbeiterschaft neu zu gründen, wurde mir erwidert, zuerst müsse eine ideologische Klärung erfolgen“ („Einheit“, Heft 1, Februar 1946, S. 4).

Wie richtig und notwendig dies war, zeigte der Vereinigungsprozeß. Fragen tauchten auf: Wie konnte es zur Spaltung der Arbeiterbewegung kommen? Diente die revolutionäre Taktik der Kommunisten zur Zeit der Weimarer Republik den werktätigen Massen oder die Koalitionspolitik der SPD mit den Parteien der Hochfinanz? War es richtig, zur Reichspräsidentenwahl 1932 den Kommunisten Thälmann aufzustellen oder den von den Sozialdemokraten, der Zentrumspartei, der Demokratischen Partei u.a. gewünschten kaiserlichen General von Hindenburg? Beide Parteien hatten also Ursache, die politischen Ansichten und Handlungen der Vergangenheit kritisch zu überprüfen. Wenn beide Parteien dazu bereit waren und Schlußfolgerungen daraus zogen, konnte aus der Aktionseinheit zur Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes die organisatorische Einheit neu entstehen. Nur Einheit über Weg und Ziel garantiert die Einheit im Handeln. Dieser Erkenntnis verschlossen sich weder Kommunisten noch Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone, wenn man von einigen Unbelehrbaren beider Parteien absieht.

Mit meinen Darlegungen verteidige ich nicht die Kommunisten, sondern die alten sozialdemokratischen Genossen, die noch von dem Vertrauen erfüllt waren, das sie einst in die Partei August Bebels gesetzt hatten.

Es ist eine Schande, daß es sogenannte Sozialdemokraten wagen, Männer und Frauen, die 1945/46 mit Begeisterung am Werk der Vereinigung beider Arbeiterparteien gewirkt haben, zu unterstellen, sie wußten nicht, was sie taten, sie ließen sich kaufen oder handelten unter Zwang.

Glaubt Ihr, daß die Thüringer Sozialdemokraten August Frölich, Curt Böhm, Heinrich Hoffmann, Emma Sachse, oder die aus dem Kreis Arnstadt Ilmenau, die ich alle persönlich kenne, Otto Steinbrück, Walter Kramer, Artur Erdmann, Robert Dornheim, Walter Fritz, Curt Heyder (um nur einige Namen zu nennen), die den Naziverfolgungen widerstanden, die Gefängnis und Konzentrationslager kennenlernten, die nicht vor den braunen Henkern kapitulierten, daß sie sich nun dem Zwang der Kommunisten oder der sowjetischen Besatzungsmacht beugten? Da kann man nur sagen: Da kennt Ihr aber den klassenbewußten Arbeiter schlecht. Aus Überzeugung stimmten sie für die Vereinigung von SPD und KPD Thüringens im April 1946 und mit ihnen 6072 Sozialdemokraten und 5600 Kommunisten unseres Kreises für Einheit, Aufbau und Sozialismus.

Ich war Delegierter zum Vereinigungsparteitag in Gotha und in Berlin. Wenn der Vorsitzende der PDS Bisky erklärt, für ihn sei der Vereinigungsparteitag am 21./22. April kein Grund zum Feiern, so sage ich, daß für mich die Teilnahme an den Parteitag in Gotha und in Berlin Höhepunkte in meinem politischen Leben waren, die ich nicht vergesse. Daran ändert auch

nichts, daß die SED im geschichtlichen Ablauf auch Fehler gemacht hat. Es wurde manches getan, was besser unterblieben wäre, und manches unterblieb, was man besser getan hätte. Doch die SED, wie alle anderen Parteien in Deutschland, existierten nicht allein in der Welt, Ost und West, Nord und Süd wirkten auf sie ein. Ja, es wurden Fehler gemacht, und zwar hüben und drüben. Doch im 87. Lebensjahr stehend und fast 70 Jahre politisch organisiert, bekenne ich mich zu den Worten Paul Singers, Kampfgefährte von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die er vor über 100 Jahren als Sozialdemokrat der Reaktion im Bismarck-Reich entgeschleuderte: „Wir sind, was wir waren, und wir bleiben, was wir sind!“

Günter Schwade

Wie ich den Weg der Vereinigung von KPD und SPD in Erfurt erlebte

Schnell hatte ich zugesagt, meine Sicht und Kenntnis über den Weg des Zustandekommens der Vereinigung von KPD und SPD darzulegen, weil ich eben zu der sogenannten Erlebnisgeneration gehöre und bereits damals Mitglied der Partei war. Aber dann begann das Überlegen.

Also warf ich schnell einen Blick in mein Notizbuch von 1945/46. Und da steht am 31.12.1945 und am 1.11.1946 lakonisch „Kein Brot und Kartoffeln“.

Als damaliger Umsiedler aus dem ehemaligen Breslau im November 1945 in Erfurt angekommen, nach Borsig-Lager, Erma-Lager mit meiner Mutter und dem Bruder in der Nerlystraße 3 in eine Bodenkammer mit zwei Betten, Fenstern ohne Scheiben, ohne Kochgelegenheit - lediglich ein Kanonenofen - eingewiesen, nahm ich im Dezember die Arbeit im Olympia-Werk auf.

In dieser oder ähnlicher Weise lastete das Erbe eines verbrecherischen Regimes, eines zu seinem Ausgangspunkt zurückgekehrten Krieges auf großen Teilen der Bevölkerung.

Und die Zahl derer, die zu jener Zeit noch keineswegs bereit waren, sich zu der Schuld zu bekennen, die der Hitler-Faschismus im Namen des deutschen Volkes über die Völker Europas gebracht hatte, war gar nicht so klein.

Das kommt mir immer in den Sinn, wenn bei der Behandlung des Weges zur Vereinigung von KPD und SPD meist sehr akribisch Beratungen, Konferenzen usw. zusammengestellt werden, die Ausdeutung (nach oft vorgefaßtem Standpunkt) erfolgt, jedoch die ständig vorhandenen Bedingungen ausgeblendet werden.

Wie die Mehrzahl der Menschen in jener Zeit beherrschte auch uns die oft ausgesprochene Erkenntnis „Lieber trocken Brot essen als wieder Krieg“.

Orientiert an der Überzeugung meiner Mutter, herangezogen durch den KPD-Genossen Willy Kress aus der „Olympia“ begann für mich die „Parteiarbeit“ mit vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten: Lebensmittelkarten-Verteilung gemeinsam mit der Mutter in der Nerlystraße, Kleidersammlungen für die „Thüringen-Aktion gegen die Not“ (später wurde daraus die Volkssolidarität), erste Entrümmerungseinsätze, Mitwirkung bei der Vorbereitung der FDJ-Gründung u.a.m.

In den Parteiversammlungen im Stadtbezirk und in der „Olympia“ wurde immer wieder betont, wir müßten den Anfang machen und die Menschen gewinnen für den Neuaufbau, denn auch die Partei habe ihren Anteil daran, daß die Machtergreifung Hitlers nicht verhindert wurde.

Am 19.2.1946 fand im Stadtteil II, im Versammlungsraum der Stadtwerke Herrenbreitengasse die erste gemeinsame Schulungsveranstaltung von KPD und SPD unter Leitung der Genossen Helbing (KPD) und Bernhardt (SPD) statt. So, wie ich mich erinnere, war es eine sehr tempe-

ramentvolle Diskussion, vor allem durch ältere Genossen geführt, denn ein größerer Teil hat sich an dem Tag - wie ich - das Kommunistische Manifest erst gekauft.

Hin und wieder wurden auch schlechte Erfahrungen, die man vor 1933 miteinander gemacht hatte, in die Diskussion geworfen.

Obwohl ich im Stadtteil II, also im Wohngebiet, von der Partei einbezogen wurde, gehörte ich auch zur Betriebsgruppe der KPD.

Hier erlebte ich am 13.2. und am 29.3.1946 gemeinsame Mitgliederversammlungen von KPD und SPD.

Es ging hier zwar um die zu schaffende Einheit beider Parteien, eine ganze Reihe strittiger Fragen wurde dargelegt zu künftiger Gemeinsamkeit, aber in den Vordergrund drängten sich unverkennbar Probleme der Sicherung der Arbeit, der Demontage, Fragen zu Maßnahmen der SMA, der Unterstützung sowie Förderung von Frauen, Jugendlichen, Umsiedlern usw.

Mir ist schon erinnerlich, daß hin und wieder Genossen der SPD wie auch der KPD den Versammlungen fernblieben. Doch geschah das eigentlich nicht sehr demonstrativ, und mir sind aus meinem Umfeld keine Genossen bekannt, die zum Eintritt in die SED genötigt wurden.¹

Nun gehörte ich zu jener Zeit keinem Vorstand auf der Ebene der Stadt Erfurt an. Allerdings bleibt festzustellen, daß damals die Leitungstätigkeit auf der Ortsebene der Stadt für den einzelnen Genossen, der sich dafür interessierte, erheblich einfacher zu durchschauen war als in den Jahrzehnten später.

Persönliche Kontakte und Gespräche mit Mitgliedern der ersten Ortsleitung der SED von Erfurt wie Fritz Gäbler, Franz Hirsch, Willy Kalinke, Lothar Wand u.a. sind mir noch gut in Erinnerung.

Die Notwendigkeit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wurde immer wieder vorrangig damit begründet, durch die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung die Kraft zu schaffen, die bei der Überwindung der materiellen und geistigen Trümmer das deutsche Volk beim Neuaufbau führt. Als Kurzformel dafür galt: „Einen Finger kann man brechen, die ganze Hand, die Faust nicht.“

So habe ich hautnah im Betrieb Olympia, am Fließband der Kleinen Montage tätig, und im Stadtbezirk viele Diskussionen erlebt. Nach und nach führte ich sie auch selbst aktiv, weil auch ehrlich von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Einheit der Arbeiterparteien überzeugt, denn es gab andererseits noch genügend Kräfte, die die Aktivitäten zur Überwindung der Reste des Hitlerregimes - die Anstrengungen zur Lösung der Versorgungsprobleme, die Bodenreform, die Anfänge der Schulreform - verleumdete und auch die wirtschaftliche Entwicklung zu stören versuchten.

Diese Alltagsbedingungen mit ihren deutlichen Auswirkungen auf die Basis scheinen mir manchmal heute ausgeklammert, wenn über die Vereinigung von KPD und SPD geschrieben wird, insbesondere dann, wenn es die politische Keule von der „Zwangsvereinigung“ zu schwingen gilt. Zu diesen Alltagsbedingungen gehörten der Hunger, die Not, die Arbeitslosigkeit, fehlende Wohnungen, unzureichende Bekleidung, ständig hinzukommende Umsiedler und entlassene Kriegsgefangene, die Durchführung der Demontage, aber auch die Entfernung von

Nazi-Aktivisten aus den Verwaltungen und der Lehrtätigkeit sowie ihr Ersatz durch Antifaschisten bzw. loyal eingestellte Bürger.²

Die Notwendigkeit einer zielstrebigen Lösung der obengenannten und weiterer Aufgaben hat ohne Zweifel stark auf das Zusammenwirken der Mitglieder beider Arbeiterparteien gewirkt, ohne daß damit auch schon alle Vorbehalte aus der Zeit vor 1933 überwunden worden wären. Natürlich habe auch ich mehrfach feststellen müssen, daß ältere Genossen nicht so schnell aus „ihrer Haut“ sicher auch berechtigter Vorbehalte herauskonnten. So habe ich in einer Beratung beim Betriebsrat der Olympia schon Wochen nach der Vereinigung selbst erlebt, daß der Betriebsratsvorsitzende (ehemals SPD) beim erregten Streit zweier Betriebsratsmitglieder (ehemals KPD) um ein Versorgungsproblem mit den Worten „Ach, laßt sich doch die Kommunisten die Schädel einschlagen!“ den Raum verließ.

Ganz sicher sind aber solche Beispiele auch von anderer Seite zu finden und ändern nichts an der von der großen Mehrheit ehrlich bekundeten Bereitschaft zur Einheit.

Zuletzt noch etwas, das auf mich vor mehr als 30 Jahren insbesondere emotional wirkte: In meinem Besitz befindet sich eine Medaille „Zum Andenken an den Sieg des Proletariats über das Sozialistengesetz 1890“. Genosse Orphal, ein alter Sozialdemokrat aus Erfurt, der bis zu seinem Tod unermüdlich Kleinarbeit leistete, übergab sie mit dem Wunsch an die Jugend, die Einheit auch künftig zu bewahren.

Anmerkungen

- ¹ Die Mitglieder der SPD - und übrigens auch KPD-Mitglieder -, die gegen die Vereinigung waren, blieben den Versammlungen künftig fern, ein Teil meldete sich auch ab, sie alle schieden aus. Ohne historische Vorgänge zu simpel darzustellen, ist der „durchgängige Zwang zur Einheit, der gegenüber der SPD und ihren Mitgliedern ausgeübt wurde“, zumindest für den Vollzug der Vereinigung entschieden normaler darzulegen, als es in der Broschüre von Gunter Ehnert geschieht, die Auskunft verspricht über „Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED-Gründung (1945/46)“.
- ² Unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten der zu lösenden Aufgaben, die keineswegs etwa schlechthin als dankbar bezeichnet werden können, macht die „Wertung“ von G. Ehnert doch nachdenklich, der die Mitgliederzahl der KPD von September 1945 (mit etwa 13.000 ungefähr soviel wie 1933) mit der Bemerkung kommentiert, „sie (die KPD) hatte ja nun Posten zu verteilen“. Das paßt doch wohl besser in das politische Vokabular des Antikommunismus.

Ursula Sommermann-Frölich

Einheitsdrang? Einheitszwang? Der Zusammenschluß von KPD und SPD 1945/46 in Thüringen

Ereignisse, die ein halbes Jahrhundert zurückliegen, verlieren immer an Kontur, Details geraten in Vergessenheit - selbst bei Zeitzeugen. Die Nachgeborenen können schon nur noch aus zweiter Hand berichten. So entstehen Legenden: Verklärung oder Verurteilung. Und Letzteres geschieht uns bereits fünf Jahre lang. Da ist der 50. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD für die Medien ein besonderer Leckerbissen. Längst vorbereitet durch tägliche Berichte über Strafprozesse gegen DDR-Politiker, DDR-Richter, Grenzsoldaten, durch öffentliche Verdächtigungen und Unterstellungen beim Rascheln mit Stasipapieren, die jeden Schuld- und Ahnungslosen treffen können. All das macht die Behauptung der „Zwangsvereinigung“ einleuchtender, sät zumindest Mißtrauen.

Gerade Politiker der „großen Volksparteien“, die 1945/46 günstigenfalls Kinder waren, gefallen sich heutzutage als Ankläger der „Zwangsvereinigung“ oder als kompetente Verteidiger der damaligen SPD. Wie mir scheint, tun sie's oft wider besseres Wissen, maßen sich an, uns zu belehren, was seinerzeit geschah.

Das Nachdenken über die dringliche Zusammenführung der beiden Arbeiterparteien hatte auch bei den Sozialdemokraten viel früher begonnen. Spätestens als sich ihre irrige Hoffnung zerschlug, daß „Hitler sich schnell abwirtschaften“ würde und SPD-Funktionäre genauso zeitig, genauso skrupellos geächtet, verfolgt und inhaftiert wurden wie ihre kommunistischen Klassengenossen.

Um es mit einer heute gängigen Floskel zu sagen: Ich weiß, wovon ich rede. Unsere Eltern und die Großeltern waren Sozialdemokraten. Der Opa väterlicherseits über mehrere Wahlperioden Abgeordneter im Thüringer Landtag und im Reichstag, außerdem seit 1921 Staatsminister in Thüringen. Wir wohnten mit in seinem Haus, erlebten dort schon 1932 die ersten Übergriffe der Nazis. Sie kamen nachts, Stiefelschritte hallten in der stillen Straße. SA marschierte. Sie sägten im Garten den Fahnenmast ab, warfen ein andermal einen Kasten mit leeren Sektflaschen über den Zaun: Seht her, die Sozis! Sie schrieben in ihren Zeitungen niederträchtige Verleumdungen, drohten per Telefon mit Mord. Letzter „Streich“, wieder nächtens, wieder die zackigen Stiefeltritte, dann flogen Steine, zerschlugen im Parterre die Fensterscheiben.

Wenig später, 1933, mußten wir das Haus räumen, verhöhnt ob unserer Mittellosigkeit, der Großvater erpreßt mit den noch zu zahlenden Hypotheken, die nun progressiv erhöht wurden. Wir Frölichs junior kamen zu viert in einer Notwohnung unter. Für 12 Jahre. Die Großeltern fanden vorerst keine eigene Wohnung. August Frölich stand nicht mehr im Adreßbuch. Persona non grata. Ein Wohnungsloser.

Er wurde zweimal in Weimar inhaftiert. Zum dritten Mal holten sie ihn im Juli 1944 nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler. Diesmal ging's ins KZ, Lager Oranienburg. Und die Her-

ren-Menschen von der Gestapo hatten sich etwas besonders Infames ausgedacht. Sie überführten den Sozialdemokraten Frölich und den Kommunisten Theodor Neubauer, die beide 1923 der leider so kurzlebigen Thüringer Arbeiterregierung angehörten, aneinandergefesselt nach Berlin, kosteten den Triumph aus. Damals schwor sich Opa: „Solltest du die Nazizeit überleben, dann wirst du einen Schlußstrich ziehen und mitarbeiten, um die beiden Arbeiterparteien zu vereinigen.“

In unserer Familie gab es jedenfalls längst Gespräche über die Zeit danach, Debatten, in die ich relativ zeitig mit einbezogen wurde. Da bedeutete das Frühjahr 1945 für uns eine einmalige Chance, noch einmal ganz neu anfangen zu können. Im Wissen um die Fehler der Vergangenheit, mit eigenen bitteren Erfahrungen wollten wir's nun besser machen und vor allem gemeinsam. So dachte damals die Mehrheit der Sozialdemokraten nach dem Erleben und Überleben des Faschismus.

Freilich gab es sehr unterschiedliche Auffassungen über das Wie. Ich erinnere mich, daß anfangs die Rede war von einer längeren Phase der Vorbereitung noch innerhalb der beiden Parteien, begleitet von gemeinsamen Versammlungen, Beratungen der Funktionäre sowie der Zusammenarbeit in einem Arbeitsausschuß, der bereits im August '45 auf Anregung der KPD zur Herstellung der Aktionseinheit in Thüringen zustande kam.

Da ich schon am 23. Juli 1945 - unter heftiger Beteuerung meiner politischen Reife und unterm Gelächter der erfahrenen Genossen - als Mitglied in die SPD aufgenommen wurde, kann und will ich mich nur auf Miterlebtes in Thüringen berufen. In meiner Erinnerung stand das Thema Vereinigung bei jedem Zusammentreffen mit auf der Tagesordnung. Zugegeben, einige ehemalige Sozialdemokraten waren sofort in die KPD eingetreten. Was ich gar nicht anständig fand. Manche wollten ganz rasch den Zusammenschluß, andere, daß die Kommunisten gefälligst zur SPD zurückkehrten. Die hätten sich ja schließlich „abgespalten“. Und natürlich meldeten sich auch Gegner einer Fusion zu Wort. Stoff für temperamentvolle Streitgespräche noch und noch.

Das Konzept der SPD zielte anfangs auf eine gesamtdeutsche Vereinigung. Ich nahm möglichst an allen Zusammenkünften teil, bin aber leider nicht auf die Idee gekommen, damals irgendwelche Notizen zu machen. Dennoch blieben drei Ereignisse unvergessen. Nämlich: der Thüringer Landesparteitag der SPD am 27. und 28. Oktober 1945. Der fand in Weimar im Volkshaus statt und ich war als Gast dabei. Unter den Gästen auch Werner Eggerath von der KPD. Sogar aus Franken waren Sozialdemokraten angereist. So lernte ich das Ehepaar Itting aus Coburg kennen. Otto Grotewohl vom Zentralausschuß der Partei hielt das Hauptreferat. Hier zwei Sätze daraus: „Wir wollen alle Fragen umfassend und gründlich beantworten durch eine klassenpolitische Deutung der Vorgänge von 1933 und von 1945. Die Beantwortung soll mit restloser Ehrlichkeit und Offenheit vor der Arbeiterschaft und der Weltöffentlichkeit geschehen.“

Der Landesvorsitzende Hermann L. Brill hatte bereits in der Begrüßungsrede betont, daß es ehrlicher Ernst der SPD sei, „die organisatorische Einheit der beiden Arbeiterparteien herbei-

führen zu helfen.“ Eine EntschlieÙung an den Zentralvorstand wurde angenommen, in der baldigst ein „für ganz Deutschland geeignetes Aktionsprogramm zur Herstellung der sozialistischen Einheit der Arbeiterklasse“ gefordert wurde. Brill stimmte ebenfalls zu.

Außerdem wurde unsere Mutter, Elisabeth Zajac-Frölich, auf diesem Parteitag in den engeren Vorstand gewählt.

Zum zweiten: eine gemeinsame Großveranstaltung in der Weimarahalle, wo unser Opa Frölich noch für den Zusammenschluß in ganz Deutschland plädierte, von lauten Buh- und Zurufen unterbrochen wurde und ihm der kommunistische Redner widersprach. Noch erwarteten wir, daß die Sozialdemokraten in den westliche Besatzungszonen mitzögen.

Zum dritten: eine Mitgliederversammlung der SPD im Februar 1946, wieder im großen Saal des Volkshauses. An diesem Abend fiel mir die Aufgeregtheit der älteren Genossen auf. Der Grund: Paul Löbe, Verfechter der Schumacher-Linie gegen Vereinigung, hatte sich als Gastredner angesagt. Die Weimarer Genossen indes befürchteten, daß Löbe dem Einheitsstreben entraten könnte. Wenn ich mich recht besinne, geschah das nicht.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die hiesige SPD bereits für den Zusammenschluß vorerst in der sowjetischen Besatzungszone entschieden, gezwungen durch Kurt Schumachers kategorische Ablehnung des Einheitsdrangs in der SPD-West. Dem folgte das Abrücken seiner Partei von den anfänglichen Schwüren und Zielen. Unser famoser Landesvorsitzender Dr. Hermann Louis Brill, der in unserer Mitte öffentlich Einheit gepredigt und sie heimlich hintertrieben hatte, war inzwischen endgültig westwärts entwichen.

Noch waren wir davon überzeugt, daß die anderen uns folgen würden, fühlten uns geradezu motiviert durch die „Schumacherei“ in unserem Einheitsentschluß, tief enttäuscht durch den Wortbruch und im Wissen um Vorbehalte und viele offene Fragen, die nun nach der Vereinigung geklärt werden sollten.

Schon am 1. März begann in Thüringen das „Gotha-Aufgebot“ im Vorfeld des Zusammenschlusses der KPD und SPD Thüringens in Gotha. Was, soviel ich weiß, ursprünglich als Gothaer Parteitag gedacht war und zumindest auf Unmut bei den beiden Berliner Parteizentralen stieß. Der weitere Verlauf ist bekannt. Am 6. April 1946 tagten die Delegierten der beiden Parteien in Gotha getrennt, wählten unter anderem ihre Delegierten für den Vereinigungsparteitag in Berlin und trafen sich am 7. April in Gothas Stadthalle zur gemeinsamen Landestagung, an der Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl teilnahmen. Wie aus den Geschäftsberichten ersichtlich, vertraten die KPD-Genossen auf dieser Konferenz 73.851 Mitglieder, die SPD-Genossen 91.831 Mitglieder.

Wir wollten die Einheit, Kommunisten ebenso aufrichtig wie Sozialdemokraten. In unserem großen Bekanntenkreis kenne ich niemanden, der dazu genötigt wurde. Im Bewußtsein der tödliche Gefahr von rechts für eine parteipolitisch getrennte, zerstrittene Arbeiterklasse ist uns deshalb auch in den folgenden Jahren das Einende dringlicher gewesen als unsere paritätischen Rechte und manch andere Zusagen, denen wir allmählich verlustig gingen. Wie falsch das ge-

dacht war, konnten wir erst später begreifen, als Mißtrauen, Willkür, Unrecht und Schlimmeres ehemalige Mitglieder der KPD wie der SPD gleichermaßen traf.

Bereits 1946 begann - nicht nur in den Parteigremien - ganz allmählich ein Personalwechsel. Gründe fanden sich, einstige Sozialdemokraten durch Kommunisten zu ersetzen - oft auf unlautere Weise. Dies geschah auch unserer Mutter. Aber das ist bereits ein neues Kapitel.

Die Sozialistische Einheitspartei war für uns die einzige annehmbare Alternative. Doch im Westen wurde sehr rasch die Legende von der Zwangsvereinigung verbreitet. Die SPD-West beklagte die verlorenen sozialdemokratischen Traditionen im Osten, dieweil sie zuließ, daß Nazirichter im Amt, die Verbrechen hoher Wehrmachtsoffiziere ungestraft blieben, ein Mann wie Filbinger Ministerpräsident werden konnte. Von den noblen Pensionen bis heute (!) ganz zu schweigen.

Nun wärmt die SPD nur ihre alten Sprüche und Argumente auf, läßt aber nicht erkennen, daß s i e die revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie ernsthaft fortsetzen wird. Wie wäre sonst zum Beispiel ihre Zustimmung zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr möglich, in Erinnerung an Liebknechts mutige Stimme gegen die Kriegskredite. Wie wäre die Ablehnung jedweder Koalition mit der „SED-Nachfolgepartei“ PDS sonst zu erklären und die Kritik (um nicht zu sagen: Zwänge) gegen Zuwiderhandeln. Auch das zählt zum Gedankengut der Sozialdemokraten: Koalitionsbereitschaft, wie sie bereits 1923 beispielsweise in den Arbeiterregierungen Sachsens und Thüringens von Kommunisten und Sozialdemokraten erprobt wurde.

Ein großer Erfolg wäre es schon, wenn die von uns geforderte und betriebene Aufarbeitung unserer Geschichte die selbstgerechten Sozialdemokraten wenigstens nachdenklich stimmte.

Dieter Bauke

Tinzianismus - eine sozialdemokratische Abweichung in der SED. Das Beispiel Otto Jenssen

In diesem Beitrag soll nicht der Vereinigungsprozeß der KPD und SPD in Gera/Thüringen im Vordergrund stehen. Der Vereinigung beider Parteien gehen historische und theoretische Erfahrungen voraus, sie geschieht im räumlichen und zeitlichen Kontext und hat daraus sich ergebende Konsequenzen - bis heute. Die heutige Beurteilung eines Geschichtsprozesses ist gefärbt auch durch die abgelaufene Zeit und die inzwischen stattgefundenen Ereignisse, positive wie negative Resultate verfärben die Urteile, Sichtweisen und Interpretationen.

Das Beispiel Otto Jenssen zeigt die Komplexität der Problematik beispielhaft auf:

- Die Entwicklung der Parteien und die Erfahrungen ihrer Mitglieder und Führer beinhalten neben Gemeinsamkeiten und Parallelen auch Differenzen und Kontroversen.
- Die Parteien wie ihre Mitglieder und Führer agieren nicht „an sich“, sondern auch an historischen und theoretischen Erfahrungen sowie internationalen Analogien resp. Divergenzen orientiert.
- Selbst Klarheit in den Zielen ist kein Garant für persönliches Verständnis miteinander gegen Unstimmigkeiten, Diffamierungen u.a.m.
- Folgeentwicklungen des Vereinigungsprozesses beeinflussen in ihren Zusammenhängen auch die heutige Sicht auf den Vereinigungsprozeß selbst.

Biographische Notizen ¹

Otto Jenssen wurde am 21.2.1883 in Hannover geboren. Von Kindheit an war er fast erblindet. Er studierte Soziologie, Geschichte und Nationalökonomie in Göttingen und Berlin, besuchte auch die Parteischule der SPD in Berlin. Über Dresden, Berlin und Leipzig kam er 1921 als Lehrer an die Heimvolkshochschule Gera/Tinz. Hier lehrte er bis 1933 Geschichte und Soziologie. Neben seinem Wirken in der SPD in Gera wurde er vor allem durch seine publizistische Tätigkeit bekannt (über 100 Zeitungsartikel, mehr als 200 Artikel in Periodika der Arbeiterbewegung, 12 selbständige Schriften). Otto Jenssen wurde als einer der stärksten sozialdemokratischen Theoretiker seiner Zeit geschätzt. Von 1933-1945 war Otto Jenssen arbeitslos und faschistischen Repressalien ausgesetzt. Er engagierte sich im sozialdemokratischen Widerstandskampf um die Gruppe „Neu Beginnen“ in Thüringen. Im Neuaufbau der Länder nach 1945 hat sich Otto Jenssen wieder engagiert: Er publizierte und sprach auf Veranstaltungen. Als Dozent für Geschichte an der Pädagogischen Fachschule baute er das Schulwesen mit neu auf, er engagierte sich in der Blindenbewegung. Sein Wirken wurde 1948 mit dem Professorentitel ge-

ehrt. Jedoch lassen die gesellschaftlichen Aktivitäten Otto Jenssens nach: Er war Lehrer von 1920-1950, aktiver Parteiarbeiter 1910-1950, im Blindenwesen engagiert 1919-1960. Am 3.7.1963 starb Otto Jenssen. Nach dem Tode seiner Frau erhielt die Stadt Gera den Nachlaß (u.a. Haus, über 124.000 Mark).

Die biographischen Notizen zeigen nur höchst unvollkommen, welche Enttäuschungen und Anfeindungen Otto Jenssen im Bemühen erlebte, den Sozialismus in Deutschland zu verwirklichen. Die Auseinandersetzungen verschiedener Strömungen des linken Spektrums wurden besonders in Thüringen geführt. Neben dem Tinzianismus seien der „Luxemburgismus“, die KPO und der Leninbund hier nur erwähnt.

Otto Jenssens theoretische Positionen können charakterisiert werden durch Namen (Marx, Engels, Mehring, Bauer, Kautsky) und durch Mitgliedschaft in Parteien (SPD, USPD, VSPD, SPD, SED). Diese theoretischen Positionen bringt er in seine politische Arbeit ein.

Wirken in Tinz²

Nach der Novemberrevolution beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat Reuß die Stiftung einer „Volkshochschule Reuß“ mit den Bestandteilen „Heimvolkshochschule Tinz“ (im ehemaligen Reußischen Wasserschloß), „Freie und öffentliche Landesbücherei“ (heute Stadtbibliothek und „öffentliches Vortragzentrum“ (später Bildungskartell „VHS Reuß“).

Otto Jenssen wirkte von 1921-1933 an der HVHS Tinz. In den politischen Auseinandersetzungen der 20er Jahre wurde die HVHS Tinz als Weltanschauungsschule (und nicht als Parteischule) interpretiert und damit ihr Bestehen gesichert Nach der Machtübernahme durch die Faschisten wurde die HVHS Tinz wegen ihrer „marxistischen“ Methoden und Ziele geschlossen. Die HVHS Tinz erreichte über ihre Bildungstätigkeit und die Publikationstätigkeit ihrer Lehrer großen Einfluß überwiegend in der Sozialdemokratie und in Gewerkschaftskreisen. Gerade ihre theoretisch gelehrten und praktisch gelebten Grundsätze - Demokratie und Dialektik auf materialistischer Grundlage - strahlten in weite Kreise der Arbeiterschaft aus. Dieser „Tinzler Pluralismus“ wird später einer der Hauptangriffspunkte der SED-Führung.

Otto Jenssen, dessen Hauptarbeitsgebiet die Soziologie war, sah prinzipiell drei Möglichkeiten der Überwindung des Kapitalismus und der schrittweisen Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Strikt wandte er sich dagegen, die russische Revolution und den darauf folgenden sozialistischen Aufbau schematisch auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Er sieht einen russischen Sonderfall³: „Mit dem Erstarken der Sowjetmacht gestaltete sich die Nationalisierung der Industrie zu einer Art Staatssozialismus, der Zufolge der Schwierigkeiten des Bürgerkrieges, der Verarmung des Landes, des Versagens vieler Produktionszweige zur Militarisierung der Industrie schreiten und die Produktionsleiter wieder mit weitgehenden Machtbefugnissen ausstatten mußte.“ Anders in entwickelten Staaten: „Diese Entwicklung kann sich nur ruhig

vollziehen, wenn sie in demokratischen Bahnen verläuft, wenn es gelingt, die bürgerliche Demokratie zu einer proletarischen zu erweitern und umzugestalten.“ Und: „Die Sozialisierung als allmähliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird vielleicht durch eine kurze Diktatur des Proletariats erzwungen werden müssen, wenn es nicht gelingt, die Demokratie zu sichern und zu erweitern.“ Also: Sozialisierung und Demokratisierung als ökonomischer und politischer Seite des Übergangs zur sozialistischen Gesellschaft in Deutschland.

Otto Janssen sieht Sozialisierung als demokratischen Prozeß, dessen Prinzipien in der russischen Revolution und dem sozialistischen Aufbau dort verletzt wurden. Deshalb ist für ihn der Bolschewismus nicht akzeptabel⁴: Die Ereignisse „... zeigen, wie sich die kommunistische Partei (in der Sowjetunion - D.B.) zur Staatsorganisation umgebildet hat. Sie ist mit anderen Elementen zur Herrschaftsorganisation verschmolzen und unterdrückt aus eigenem Herrschaftsinteresse, gestützt auf die Bauern und einen langsam wieder aufkeimenden Kapitalismus, alle selbständigen Regungen der Arbeiterklasse. Das gilt nicht nur von der politischen Organisation der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, sondern vor allem auch von den selbständigen Regungen der ursprünglichsten proletarischen Organisationen der Gewerkschaften. Gerade bei diesen zeigt sich, daß die angebliche Diktatur des Proletariats sich in Wirklichkeit in eine Diktatur über das Proletariat gewandelt hat.“

Hier wird verständlich, daß Otto Janssen später in Gegensatz zu Vertretern des Bolschewismus tritt. Deutschlands Weg zum Sozialismus kann nicht bolschewistisch, aber auch nicht „gildensozialistisch“ sein (schrittweise Übernahme der Kontrolle über die Produktionsmittel und damit Sozialisierung mittels der Gewerkschaften und anderer Klassenorganisationen). Otto Janssen sieht für Deutschland wie für viele entwickelte Industrieländer den „dritten Weg“, auf marxistische Weise die Sozialisierung anzustreben: im Schoß der alten Gesellschaft die Demokratisierung voranzutreiben und über den gewachsenen Willen der Mehrheit die Eigentums- und Verhältnisse zu ändern. Dieser Idee dient auch sein theoretisches Wirken.

Im antifaschistischen Widerstandskampf⁵

Otto Janssen erkannte die Gefahr des Faschismus und analysierte seine Herkunft wie die Möglichkeiten, ihn zu bekämpfen⁶: „Der Faschismus ist zunächst die Bewegung der Mittelschichten, Zukunftshoffnung des Kleinbürgers, proletarischer Akademiker usw. Für die Arbeiterklasse besteht die Gefahr der geistigen Fernwirkung ... Die faschistische Ideologie betont die Intuition und nimmt überall geistige Anleihen auf ... sogar beim Syndikalismus. Demgegenüber ist der lebendige Marxismus zu pflegen.“ Die Zeit von 1933-1945 verbringt Otto Janssen arbeitslos in Gera, beteiligt am antifaschistischen Widerstandskampf im Widerstandskreis um Herbert Frister und in der Arbeit der Gruppe „Neu Beginnen“. Neben aktiver Widerstandsarbeit ent-

wickelt er mit Freunden Möglichkeiten und Wege der Neugestaltung der Gesellschaft. Mit aller Energie stürzt er sich in die Arbeit beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands.

Der demokratische Neuaufbau ⁷

Seine distanzierten Positionen zum Bolschewismus einerseits wie die Möglichkeit, sozialistische Ideen in Deutschland zu realisieren, setzen bei Otto Jenssen einen großen inneren Widerspruch. Trotz Vorbehalten setzt er sich mit seiner ganzen Kraft für die Verwirklichung des Sozialismus in Deutschland ein. Im Juni/Juli 1945 engagiert sich Otto Jenssen beim Neuaufbau der SPD. Er wird in das Ehrenpräsidium des Landesvorstands gewählt. Ebenso ist er an der Neugründung der Ortsgruppe Gera der SPD im Juli 1945 beteiligt und wirkt in der Gemeinsamen Kommission SPD-KPD, die das gemeinsame Programm vom 20.7.45 veröffentlicht und aktiv für den Zusammenschluß beider Arbeiterparteien eintritt. Als Mitglied der Ortsorganisation Gera und des Landesvorstands nimmt er an den Vereinigungskongressen in Gera am 24.3.46 und in Gotha am 7.4.46 teil.⁸

Die Vereinigung der proletarischen Parteien war schon ein Schwerpunkt der Arbeit von „Neu Beginnen“.⁹ Daß die Saat von „Neu Beginnen“ dann doch nicht aufging, ist für Otto Jenssen und andere gewiß eine Enttäuschung. Die Entwicklungen verliefen jedoch anders. Zwei Beispiele mögen dies belegen:

- 1945 schien die Zeit gekommen, die Einheitsbestrebungen in Thüringen in die Tat umzusetzen (auch seitens der linken Sozialdemokratie). Diese Vereinigungsschritte wurden jedoch von den zentralen Parteiführungen in Berlin (Grotewohl, Pieck) zurückgewiesen und der Vereinigungsprozeß dann auf „zentraler Linie“ vollzogen. (Aber nicht als „Zwangvereinigung“ beider Parteien, da der Vereinigungswille ja in breiten Kreisen vorhanden war.)
- Die Gestaltung des Sozialismus sollte (nach den Vorstellungen der Linken in der SPD) auf dem Wege der Sozialisierung und der Demokratisierung geschehen. Unter Führung der KPD und dann SED wurde aber immer mehr auf die „sowjetischen Erfahrungen“ orientiert: Bolschewisierung. Gerade dagegen hatten sich aber Otto Jenssen u.a. schon vor dem Krieg ausgesprochen.

In den Strömungen der Arbeiterparteien setzte sich kommunistisches Denken immer mehr durch (Hegemonie der KPdSU in der SBZ). Dadurch wurden die Zielstellungen verändert, auftretende Differenzen sollten „innerparteilich“ ausgeräumt werden ...

Auch der Versuch, an Tinzers Traditionen der proletarischen Bildungsarbeit anzuknüpfen, schlägt fehl. Ein Höhepunkt in Otto Jenssens Aktivitäten dieser Zeit besteht in der Durchführung der Mehring-Diskussion an der Universität Jena, wo er für ein materialistisch-dialektisches Weltbild unter den Studenten streitet. Parallel dazu arbeitet Otto Jenssen auch wieder theoretisch in seinem Sinne: er publiziert Artikel, auch im theoretischen Organ der SED, der

EINHEIT. Mit seinen Schlußfolgerungen wirft er unbequeme Fragen des innerparteilichen Lebens auf:¹⁰ „In Epochen eines ‚friedlichen‘ Klassenkampfes, in denen durch bezahlte Angestellte viele Funktionen übernommen werden, die früher ehrenamtlich ausgeführt werden mußten, vermindert sich die Kraft der sozialen Triebe. Es wird dann möglich, im Rahmen der Klasse durch die Klasse Sondervorteile zu erringen. Es verschärft sich dann der Gegensatz zwischen persönlichen Interessen und allgemeinen Klasseninteressen. Hier liegt der entscheidende Punkt der proletarischen Moral.“

Die Ausgrenzung Otto Jenssens¹¹

Aber nicht diese Artikel oder seine gesellschaftlichen Aktivitäten waren es, die ihn zur „Zielscheibe“ persönlicher Angriffe machten, sondern die Politik der Parteiführung nach der 11.-13. Tagung des Parteivorstandes der SED 1948 (und insbesondere nach dem III. Parteitag 1950) zur Wandlung der SED in eine Partei neuen Typus und die damit verbundenen „Säuberungen“. Die Übernahme „sowjetischer Erfahrungen“ in Partei, Staat und Wirtschaft ging ja einher mit der Diskriminierung „SU-feindlicher“ Personen und Strömungen. Davon mußten auch die Tinzianer früher oder später getroffen werden. Sein hohes Ansehen in der Thüringer Arbeiterbewegung und seine persönliche Integrität verhinderten den Parteiausschluß und andere Maßnahmen, obwohl sie „von oben“ mehrfach gefordert wurden. Für Otto Jenssen muß das Jahr 1950 nächst der Zeit des Faschismus und der Weltkriege das schwerste seines Lebens gewesen sein. 1948 noch mit dem Professorentitel geehrt, wird er 1950 als ein Hauptvertreter der „Tinzianer“ in die Nähe „amerikanischer Agentenzentralen“ gerückt, was einem politischen Todesurteil gleichkam. Aber Otto Jenssen gab seine Position nicht auf, er blieb auch Mitglied der SED. Es gereicht der HVHS Tinz, ihren Lehrern wie Schülern zur Ehre, daß nur in ganz wenigen Fällen die weltanschaulichen Grundpositionen aufgegeben wurden. Die Tinzer Lehren (historisches Arbeiten, dialektische Methode, materialistische Positionen, gesellschaftliche Verantwortung) wurden nicht preisgegeben. Es wurde wohl über den „wissenschaftlichen Meinungsstreit“ der Ideologien zwischen den Tinzianern und Stalinisten ein Burgfrieden erreicht, der die Tinzianer und Otto Jenssen im Parteileben „an den Rand drückte“, ihnen aber Mitarbeit und Entfaltung im gesellschaftlichen Leben ermöglichte. Sie waren geduldet, mit ihrer Berufung auf Marx und Engels und durch ihre Anerkennung der sozialistischen Realitäten glaubwürdig. Sie nahmen aktiv teil an der Gestaltung des Sozialismus und bemühten sich um innerparteiliche und gesellschaftliche Demokratie. Der Kampf der SED gegen den Sozialdemokratismus der Tinzer Schule endete remis, zum Nachteil der Tinzianer.

Einige Schlußfolgerungen

Otto Jenssens Bemühungen um die Einheit der Arbeiterbewegung waren so, oberflächlich gesehen, von Erfolg gekrönt. Mit der SED wurden die Forderungen verschiedener linker Strö-

mungen (SPD, KPD, Neu Beginnen, ...) nach der Einheit befriedigt. Diese Einheit aber konnte nicht alle theoretischen Positionen und praktischen Anforderungen an sie befriedigen. Schon während des Vereinigungsprozesses und noch Jahre danach gab es verschiedenste Strömungen. Schon die Auseinandersetzung mit ihnen verzerrte dann das historische Bild des Vereinigungsprozesses.

Die dargestellten Entwicklungen zeigen: In Gera fand keine „Zwangsvereinigung“ der Parteien statt, der Prozeß des Zusammengehens und Zusammenwachsens war jedoch vielschichtig, und dies in Gera ganz besonders¹²:

- Gera war in den 20er Jahren ein Zentrum sozialdemokratischen Parteilebens.
- Gera war ein Zentrum sozialdemokratischer theoretischer Tätigkeit.
- Gera war ein Zentrum sozialdemokratischen Widerstands gegen den Faschismus.
- Nach der Befreiung vom Faschismus und der zuerst amerikanischen, dann sowjetischen Besatzung konnte die Sozialdemokratie wieder starke Positionen in Gera aufbauen.
- In Gera gab es ein starkes Streben zur Einheitspartei, aber auch „sektiererische Enge im Bezirk Gera und besonders in der Stadt Gera in der Nachkriegszeit“¹³.
- Die Darstellung dieser Prozesse durch die SED-Historiographie schmälert die Anteile der SPD und überbewertet die KPD-Aktivitäten.

Die heute diskutierte Kontroverse stand als solche vor 50 Jahren in Gera nicht: Die Einheit der Arbeiterbewegung war notwendiger Schritt, gemäß theoretischer Analyse und historischer Erfahrung. Im Vereinigungsprozeß wurde der Schwerpunkt auf die verbindenden Aspekte gelegt, Trennendes trat in den Hintergrund. Damals kontroverse Fragen (Organisationsprinzipien, Tempo des Zusammenschlusses, Statut und Programmatik) wurden gelöst, z.T. zu Lasten ideologischer Klarheit. Diese Defizite sind Ausgangspunkte späterer innerparteilicher Diskussionen und Aktionen, in deren Verlauf man sich dann auch von mißliebigen Genossen trennte. Nun wird als Konflikt disputiert, was als Kontroverse begann. Auch die heutige Diskussion ordnet sich hier ein.

Anmerkungen und Literatur

¹ Bauke, Dieter: „Otto Jenssen 1883-1963 - sein Wirken in und für Gera“, in: „Wohin in Gera“, Juni 1995, S.23-26.

² Zymner, Bernd: „Die Bildungskonzeption der Heimvolkshochschule Tinz ...“, (Diplomarbeit), Paderborn 1994 (Standort u.a. Stadtarchiv Gera); Bauke, Dieter: „Die Sieger enteignen die Besiegten? Aus der Geschichte von Schloß Tinz/Gera“ in: Transformationsprozesse der Gesellschaft, Materialien einer Tagung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. vom 3. und 4. Februar 1995, Jena 1995, S. 141-149; Bauke, Dieter „Die Volkshochschule Reuß 1919 - 1923“ in: „Von der Freien Öffentlichen Landesbücherei zur Stadt- und Regionalbibliothek Gera. Festschrift zum 75jährigen Bestehen“, Gera 1995, S. 24-33.

- ³ „Bolschewismus und Sozialismus“ in: Monistische Monatshefte 5(1920)12, S. 410-413.
- ⁴ „Bolschewismus“ in ebd., 8(1923)9, S. 280-283.
- ⁵ Frister, Herbert: „Geschichte der illegalen proletarischen Gruppierung linker Sozialdemokraten in Ostthüringen 1933 - 1945“, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, Signatur NY 4121, Blatt 1 - 485; Bauke, Dieter: „Otto Jenssen im Widerstand 1933 - 1945. Stichpunkte zu einer Annäherung“, (Manuskript), Stadtarchiv Gera, 11 Seiten (noch ohne Kenntnis von Frister geschrieben); Overesch, Manfred: „Hermann Brill in Thüringen 1895-1946“ Bonn 1992.
- ⁶ „Faschismus und Freidenkertum“, in: URANIA 8(1931/32)7, S. 200-204; „Zur Psychologie des Nationalsozialismus“ ebd., Heft 11, S. 334-337.
- ⁷ Autorenkollektiv: „Mit uns zieht die neue Zeit“ (Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera der SED), Gera 1987 (aus der Sicht der SED-Geschichtsschreibung); Ehnert, Gunter „Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED-Gründung“, Erfurt 1995; Krusch, Hans-Joachim/Malycha, Andreas: „Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?“, Berlin 1990; Overesch, Manfred: „Machtergreifung von links - Thüringen 1945/46“, Hildesheim 1993.
- ⁸ ausführlicher in: Bauke, Dieter: „Tinzianismus - eine sozialdemokratische Abweichung in der SED. Das Beispiel Otto Jenssen“ (Manuskript), Stadtarchiv Gera.
- ⁹ Kliem, Kurt. „Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe NEU BEGINNEN“ Dissertation Marburg 1957.
- ¹⁰ „Der moralische Faktor in der Arbeiterbewegung“, in: EINHEIT 1947, H.2, S.129-135.
- ¹¹ ausführlich im Manuskript „Tinzianismus“ (Anm. 8).
- ¹² „Festschrift 125 SPD Gera“ (Hrsg.: SPD Kreisverband Gera), Gera 1994; Walter, Franz/Dürr, Tobias/ Schmidtke, Klaus: „Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora“, Bonn 1993.
- ¹³ Frister (Anm. 5), S 251 (= Archivblatt 253).

Edgar Hartwig

Die Vereinbarung vom 9. Juli 1945. Eine gescheiterte und fast vergessene Initiative der Landesleitungen von SPD und KPD in Thüringen

Am 12. Juli 1945 teilte die Bezirksleitung Thüringen der KPD dem Landesvorsitzenden der SPD (Bund Demokratischer Sozialisten) mit, daß 3.000 Exemplare folgenden Plakates¹ vorlagen, die in ganz Thüringen verbreitet werden sollten.

An das werktätige Volk Thüringens!

Die Landesleitungen Thüringen der Sozialdemokratischen Partei (Bund Demokratischer Sozialisten) und der Kommunistischen Partei haben in einer Sitzung Am 9. Juli 1945 in Weimar, in der von jeder Partei 6 Vertreter anwesend waren, vorbereitende Maßnahmen zur Schaffung eines gemeinsamen Aktionsprogramms und organisatorische Maßnahmen zur

Herstellung einer politischen Einheit des werktätigen Volkes

beraten. Der aus je 6 Vertretern beider Parteien geschaffene Arbeitsausschuß wird das Aktionsprogramm sowie die organisatorischen Maßnahmen in Kürze dem werktätigen Volke Thüringens unterbreiten.

Diese Vereinbarung der Landesleitungen zu engster Zusammenarbeit gelten für die Ortsgruppen beider Parteien in allen Stadt- und Landkreisen Thüringens.

Für die Sozialdemokratische Partei:

(Bund Demokratischer Sozialisten)

Hermann Brill
Gustav Brack
Cäsar Thierfelder

Marie Carnarius
Kurt Böhme
Heinrich Hoffmann

Ernst Busse
Walter Wolf
Otto Trillitsch

Hans Brumme
Stefan Heymann
Hugo Günther

Zwei Tage später wurde die Auslieferung gestoppt, die bereits verteilten 400 Exemplare wurden zurückgeholt.²

Die Rücknahme des Plakates signalisierte nicht nur die Annullierung der zitierten Vereinbarung, sondern kündigte das Ende einer frühen Phase gemeinsamer Politik von SPD und KPD in Thüringen an, die sich aus den regionalen Bedingungen heraus entwickelt hatte und mit der beide Parteien auch die Absicht verfolgten, Impulse für den gesamten Einigungs- und Vereinigungsprozeß zu geben.

Der antifaschistische Neubeginn in Thüringen wurde außerordentlich stark von Kommunisten und Sozialdemokraten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald bestimmt. Im befreiten Lager fungierte das aus der illegalen Widerstandsorganisation hervorgegangene Thüringer Komitee unter der Leitung von Johannes Brumme, der an der Spitze der provisorischen Bezirksleitung der KPD stand, faktisch als ein Organ des Volksfront-Komitees, das seit seiner Konstituierung am 5. Juli 1944 von dem ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten des Thüringer Landtags Hermann Brill geleitet wurde. Die Beauftragten des Thüringer Komitees wurden in den Städten und Dörfern ganz Thüringens eingesetzt, und besonders ihre Initiativen für die Bildung antifaschistischer Komitees bewirkten in vielen Orten auch das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten. Aber Parteiegoismus, Vorurteile, Mißtrauen und Versuche zur Übervorteilung des Partners waren auch durch gemeinsame Volksfrontarbeit nicht einfach beseitigt. Bei den Kommunisten waren Dominierungsversuche in der Arbeit mit den genannten Komitees relativ stark ausgeprägt, bei den Sozialdemokraten in der Konzeption für den Bund Demokratischer Sozialisten, den Brill in Buchenwald gegründet hatte. Nach den Vorstellungen, die am 13. April 1945 in einer Volksfrontversammlung dargelegt und danach im „Manifest der demokratischen Sozialisten“ zusammengefaßt wurden, sollten KPD und Gewerkschaften in diese neue Art Einheitspartei integriert werden. Zahlreiche Äußerungen Brills belegen, daß damit auch die Paralyse der Kommunisten beabsichtigt war.

Doch das Projekt des Bundes Demokratischer Sozialisten bot Ansätze für das Nachdenken über Formen der Einheit und ihre Gestaltungsmöglichkeiten, das auch in der KPD im Gange war. Zum Beispiel gab es durchaus Berührungspunkte mit dem noch im Frühjahr 1945 diskutierten Vorhaben eines „Blocks der kämpferischen Demokratie“. Im befreiten KZ Buchenwald, wo die Einheit der sozialistischen Bewegung zu den zentralen Diskussionsthemen gehörte, fanden die mit dem Manifest berührten Fragen nach der Struktur einer künftigen Einheitsorganisation, nach dem Verhältnis von sozialdemokratischen und kommunistischen Politikgehalten in ihr und nach den Möglichkeiten ihrer Synthese großes Interesse und kontroverse Antworten. Aber eine gründliche Aussprache über den Bund Demokratischer Sozialisten in der dortigen Bezirksleitung der KPD mußte hinter den unaufschiebbaren aktuellen Aufgaben des antifaschistischen Neubeginns zurückstehen, der im übrigen den sofortigen Verzicht auf die gut funktionierende KPD-Organisation täglich ad absurdum führte. Eine für den 18. April 1945 vorgesehene Stellungnahme zum „Manifest“ fiel nach vorläufiger Verschiebung schließlich aus; die Delegiertenkonferenz des Parteiaktivs der KP Buchenwald polemisierte lediglich ohne direkte

Bezugnahme auf das Manifest gegen die Proklamation des Sozialismus als Gegenwartsaufgabe, womit der wichtigste Differenzpunkt angesprochen wurde.³

Als nach dem Besatzungswechsel Anfang Juli 1945 gemäß dem Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. Juni 1945 die legale Tätigkeit demokratischer Parteien auch in Thüringen möglich wurde, hatten die führenden Kommunisten und Sozialdemokraten des Landes bereits einen Vorlauf dreimonatiger Erfahrungen, die zwar bestätigten, daß die Differenzen keine Lappalien waren, die aber die Möglichkeit eines Miteinander gerade deshalb um so überzeugender beweisen konnten. Das hatte sich inzwischen auch in der Zusammenarbeit des am 7. Mai de facto zum kommissarischen Leiter der Thüringer Regierungsstellen und am 9. Juni offiziell zum Regierungspräsidenten ernannten Hermann Brill mit Kommunisten gezeigt, die er in den Verwaltungen einsetzte oder mit denen er im Thüringen-Ausschuß (hervorgegangen aus dem Buchenwalder Thüringer Komitee) kooperierte.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei konnte sich auch durch eine Beratung mit Walter Ulbricht am 4. Juli in Weimar ermutigt fühlen, eine Vereinbarung abzuschließen, wie sie dann am 9. Juli zustande kam. Hier forderte Ulbricht zur Zusammenarbeit mit der SPD auf der Grundlage der zentralen Vereinbarung vom 19. Juni und zum Abschluß von entsprechenden regionalen Vereinbarungen auf.⁴ In der Bewertung der politischen Maximen Brills, etwa seiner Sozialismus-Auffassung und seiner Vorstellung von der Aktualität sozialistischer Ziele oder auch seiner Konzeption der Einheitspartei gab es keine erkennbaren Differenzen. Mit der Berufung auf die zentrale Vereinbarung machte man auch gemeinsam einen Einwand gegen die Kurzfristigkeit der Brillischen Einheitsbestrebungen geltend. Hier wurde nämlich nicht die „politische Einheit des werktätigen Volkes“ als die unmittelbare Aufgabe gekennzeichnet, sondern „gute Zusammenarbeit“, die erst die Voraussetzungen für diese Einheit schaffen sollte.⁵ Gegensätzlich waren aber die Haltungen Ulbrichts und der Bezirksleitung der KPD zu einem partnerschaftlichen Verhältnis mit dem Bund Demokratischer Sozialisten. Die Form, die Ulbricht für seine Gespräche mit Brill wählte, stand im schroffsten Gegensatz zu der Sachlichkeit und gegenseitigen Achtung, die die Zusammenarbeit der Thüringer KPD-Führung mit ihren sozialdemokratischen Genossen kennzeichneten. (Die Anrede „Genosse“ über die Parteigrenzen hinweg war übrigens eine Selbstverständlichkeit.) Als Brill am 5. Juli vor Offizieren der provisorischen Militärverwaltung für Thüringen einen Bericht über die Lage in Thüringen gab, war auch Walter Ulbricht als Vertreter des ZK der KPD anwesend. Muß Brill schon die demonstrative Zuordnung des ZK-Vertreters zu dem Kreis, vor dem er, wiederholt Ulbrichts Kontrahent in der Weimarer Republik, zu berichten hatte, als Erniedrigung empfunden haben, so um so mehr ein Gespräch, das Ulbricht wie folgt wiedergab und kommentierte:

„Ich fragte ihn: ‚Haben Sie begonnen, die aktiven Nazis aus der Verwaltung zu entfernen? Haben Sie mit der Registrierung der Kriegsverbrecher begonnen? Welche demokratischen Reformen haben Sie geplant?‘ Er sagte: ‚Mit solchen Maßnahmen haben wir noch nicht begonnen.‘; das heißt, wenn es nach Herrn Brill gegangen wäre, wäre auch in Thüringen die deutsche

Tragödie fortgesetzt worden. Herr Brill argumentierte mit derselben Demagogie wie die sozialdemokratischen Führer 1919.“⁶

Es ist unvorstellbar, daß eines der Mitglieder der Bezirksleitung der KPD diesem Urteil hätte zustimmen können. In seiner Grundaussage widerspiegelte es eine Fehleinschätzung, von der im Juli 1945 schwerwiegende Entscheidungen abhingen. Während die Bezirksleitung auf die Festigung der Beziehungen zu den Sozialdemokraten bedacht war, ohne dem Drängen auf ein schnelles Aufgehen im Bund Demokratischer Sozialisten nachgeben zu wollen, sah das ZK offenbar in Thüringen eine Einheitsbewegung heranwachsen, die die Kommunisten sozialdemokratischer Führung unterordnete. Georg Schneider hatte zu Beginn seiner Tätigkeit als „Beauftragter des ZK für den Aufbau der KPD-Organisation in Thüringen“ keine realistische Einsicht in die Kompliziertheit der Einheitsbewegung zur Verfügung und ließ sich nicht von der Suche nach einvernehmlichen Lösungen leiten. Ohne die Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Thüringen genau zu kennen, meinte er, er müsse sich „durchsetzen gegen die falsch verstandene gemeinsame Politik mit der damals in Thüringen schon sehr aktiv arbeitenden sozialdemokratischen Partei.“⁷ Seinen Auftrag erhielt Schneider am 1. Juli von Hermann Matern in Dresden, wozu er von Schwarzenberg, seinem bisherigen Einsatzort, mit einem Zweisitzer der Sowjetarmee eingeflogen worden war. Für die Vorbereitung auf seinen Einsatz versorgte ihn die Sowjetarmee mit Zeitungen und Flugblättern aus Thüringen, unter denen sich, wie nach seinen Äußerungen am 5. Juli anzunehmen ist, auch das Manifest der demokratischen Sozialisten befand. Am Nachmittag dieses Tages polemisierte er in einer Versammlung in Jena, an der Ulbricht teilnahm, gegen die These vom Sozialismus als Tagesaufgabe. Erst durch Zwischenrufe erfuhr er, daß ein als Beleg verwendetes Zitat aus dem Buchenwalder Manifest nicht die Meinung der Kommunisten wiedergab, sondern die der Buchenwalder Sozialdemokraten. Seine Replik auf diese Richtigstellung war kein gutes Omen für die bevorstehende Zusammenarbeit mit der KPD-Bezirksleitung, die, wie er wußte, immer noch ausschließlich aus Buchenwaldern bestand: „Eine große Anzahl von Genossen war im KZ Buchenwald. ... Aber doch müssen die Genossen wissen, daß nicht das ganze deutsche Volk in Buchenwald gesessen hat ...“⁸ Zur „sogenannten Einheitspartei zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten“ führte seiner Ansicht nach nur ein Weg: „Wenn sie uns richtig kennengelernt haben, dann steht nichts im Wege, wenn eines Tages die sozialdemokratischen Arbeiter einzeln oder geschlossen sagen: ‚Wir kennen euch gut, wir kommen zur Kommunistischen Partei.‘“⁹

Gegenüber den Kommunisten, die den Wirkungskreis ihrer in Buchenwald gebildeten Bezirksleitung auf ganz Thüringen ausdehnten, hatten die Sozialdemokraten den Nachteil, keine Landesorganisation zu besitzen. Am 8. Juli 1945 versammelten sich auf Einladung des provisorischen Bezirksvorstandes des Bundes Demokratischer Sozialisten im Sitzungssaal des ehemaligen Landtags (jetzt Hauptgebäude der Musikhochschule) in Weimar 250 Sozialdemokraten zur ersten Landeskonferenz des Bundes Demokratischer Sozialisten. Der Erfurter Sozialdemokrat Heinrich Hoffmann erklärte in seiner Begrüßungsrede u.a.: „Eine Selbstverständlich-

keit ist und wird es für uns sein, mit den Kameraden der KPD, mit denen wir gemeinsam durch die Nacht des Hitlerschen Blutrausches gegangen sind, kameradschaftlich zusammenzuarbeiten für das Wohl der deutschen Arbeiterklasse, für eine bessere Welt des Friedens, der Freiheit, des Sozialismus.¹⁰ Die Kenntnis der Rede Brills hilft verstehen, warum die Bezirksleitung der KPD am Tage nach dieser Konferenz trotz der auch hier formulierten gegensätzlichen Standpunkte die oben zitierte Vereinbarung unterschrieben hat. Da in der DDR-Literatur zu unserem Gegenstand immer wieder nur jene Stellen aus dieser Rede zitiert wurden, die geeignet erschienen, Brill als rechten Sozialdemokraten zu charakterisieren, werden im folgenden einige Passagen ausführlich wiedergegeben:

„Das sozialdemokratische Zeitalter ist zu Ende. ... Es ist allein wichtig, zu erkennen, daß die Umgestaltung, dieses Aufwühlen des ganzen gesellschaftlichen Lebens, diese Erschütterung bis in die tiefsten Grundfesten, die das imperialistisch-faschistische Zeitalter über die Menschheit brachte, alle Voraussetzungen unseres politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Lebens von Grund auf verändert hat. ... Deshalb wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, wenn wir annehmen wollten, heute könne es ein Zurück in den Zustand von vor 1933 geben, heute wäre es das Ziel der politischen Arbeit, etwa eine parlamentarisch-sozialreformerische Restauration herbeizuführen. Nein: angesichts der Dinge, die sich noch 1933 und danach ereignet haben, ... versagen alle unsere Theorien und alle unsere Begriffe. Die Theorie von dem friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus ist ebenso sehr zuschanden geworden wie die Theorie von dem revolutionären Aufstand. ... Aber im Augenblick steht doch fest, daß der Marxismus in seinen Grundaussagen alle diese Zeiten überdauert hat. ... Deshalb wollen wir im Marxschen Sinne neu beginnen und wollen durch ein materialistisches ... Denken, durch ein sozialistisches Wollen und durch ein revolutionäres Handeln die Einheit aus Erkenntnis, Willen und Aktion finden. ...

Das deutsche kapitalistische System liegt in diesem Augenblick zerschmettert am Boden. Das, was den Kapitalismus als System auszeichnet, die Herrschaft des Finanzkapitals, die imperialistische Tendenz dieser Herrschaft, sind vollkommen vernichtet! ... Wenn der Kapitalismus als System sich in Deutschland ... als völlig unfähig erwiesen hat, die Lebensbedingungen des Volkes zu ordnen, dann ... wird er auch keine neue Weltordnung schaffen können. Deshalb sage ich, der Sozialismus ist ... keine ferne Zukunftsfrage, sondern eine unmittelbare Gegenwartsaufgabe. ...

Alle diese Aufgaben aber können wir nicht lösen, wenn wir den Bruderkampf innerhalb der Arbeiterklasse fortsetzen. Deshalb ist ... unsere vordringlichste Aufgabe, die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung wieder herzustellen. Dazu müssen zwei Wege gegangen werden: Einheit durch gemeinsame Aktion und Einheit durch gemeinsame Organisation. ... Daß in dieser Einheit der Aktion die Verschmelzung der Geister zu einer Auffassung, zu einem Bewußtsein, zu einem Willen zustande kommt, das ist die geistige Aufgabe der nächsten Jahre ... Gegenseitiges Verständnis, Blockbildung, Arbeitsgemeinschaft ... Das ist mir alles viel zu wenig, viel zu allgemein, und es stecken mir darin viel zu viele Gefahren, die ein Sonderdasein der

KPD ermöglichen. ... Überall ... soll eine politische Arbeitsgemeinschaft aus den ... Vertretern der Kommunisten und unserer Partei gegründet werden. ... Wir wollen eine wirkliche Volksdemokratie. ... Aber wir wollen vor allen Dingen, daß diese Aufbauarbeit geleistet wird unter den leitenden Gesichtspunkten des Sozialismus. Deshalb ... haben wir uns ... auch bewußt nicht mehr Sozialdemokraten, sondern demokratische Sozialisten genannt. Nicht die Demokratie nach ihrer sozialen Seite steht mir im Vordergrund, sondern der Sozialismus in der demokratischen Form seiner Organisation. ...¹¹

Mit der Unterschrift unter die Vereinbarung vom 9. Juli akzeptierte die KPD-Bezirksleitung diese Brillsche Plattform als Diskussionsgrundlage für die „Herstellung einer Einheit des werktätigen Volkes“. Das war kein übereilter Vereinigungsbeschluß. Die Notwendigkeit einer gründlichen Aussprache wurde von beiden Seiten anerkannt, der Differenzpunkte war man sich bewußt. Die Formel „Einheit des werktätigen Volkes“, aus der zentralen Vereinbarung vom 19. Juni 1945 übernommen, ließ mehrere Gestaltungsmöglichkeiten offen. Die von der KPD-Bezirksleitung unterbreiteten detaillierteren Vorschläge bewertete der sozialdemokratische Landesvorstand in einem von Brill am 10. Juli verfaßten Schreiben als Zeugnis für die „weitgehend übereinstimmenden Gedankengänge“, deren Priorität gegenüber den Meinungsverschiedenheiten auch hier beschworen wurde: „Das Bedürfnis nach einer Überwindung der parteipolitischen Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung ist so tief und elementar, daß nichts erfolgen darf, was dieses Gefühl in der Arbeiterklasse verletzen könnte.“¹² Eine Politik nach dieser Maxime, zu der sich die Bezirksleitung der KPD bekannte, mußte mit den Auffassungen jener Sozialdemokraten und Kommunisten kollidieren, die die Einheit nur akzeptierten, wenn sie nach dem Bilde der eigenen Partei gestaltet wurde. Schneider charakterisierte seine Vorgaben genau in diesem Sinne, wenn er rückblickend formulierte: „Gemeinsamer Kampf mit der Sozialdemokratie bedeutete nämlich nicht, die sozialdemokratische Politik durchzuführen, sondern bedeutete, die sozialdemokratischen Genossen von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen und sie für unsere Politik zu gewinnen.“ Mit dem Blick auf die Politik der KPD-Bezirksleitung in diesen Julitagen erklärte er, daß er daranging, „unter ständig enger Fühlungnahme mit der ebenfalls im Aufbau begriffenen SMA ... mit dieser Art Parteiarbeit Schluß zu machen.“¹³ Es steht außer Zweifel, daß die Vereinbarung vom 9. Juli davon auch betroffen war. Am 10. Juli traf Schneider in Weimar ein, am Vormittag nahm er hier und am Abend in Jena an Beratungen mit verantwortlichen hohen Offizieren der Sowjetarmee über die Neubildung der Thüringer Regierung teil. In einem weiteren Treffen am 11. Juli reagierte er auf die Mitteilung des Deutschlandspezialisten der SMAD, W. Semjonow, daß die SMAD Brill als Kandidaten für das Amt des Landespräsidenten sehe, mit einer scharfen Ablehnung: „Ich bitte darum, im Protokoll zu vermerken, daß der Vertreter der KPD Thüringens sich gegen eine Kandidatur Dr. Brills ausgesprochen hat.“¹⁴ Am 14. Juli wurde die Entfernung Brills aus der Thüringer Regierung beschlossen. Am gleichen Tage informierte Heymann namens der Bezirksleitung der KPD seinen sozialdemokratischen Genossen Hoffmann, daß das Plakat mit dem Aufruf vom 9. Juli von der sowjetischen Kommandantur verboten wurde, weil es vor der

Drucklegung nicht zur Genehmigung vorgelegen hatte. Die erhoffte nachträgliche Freigabe unterblieb.¹⁵

Das Fiasko der Vereinbarung konnte dem Einheitsstreben nur schaden. Der Elan vieler Mitglieder in beiden Parteien wurde gebremst, Hoffnungen wurden enttäuscht, Vorbehalte bestärkt. Die nachhaltigste negative Wirkung ging vielleicht von der Ignoranz gegenüber diesem Projekt und seinen alternativen Ansätzen aus, von der absoluten Verneinung auch nur der Möglichkeit einer Alternative. Haltungen dieser Art wirken als Impetus bis in unsere Tage – auch in den Diskussionen über die Vereinbarung vom 9. Juli 1945, die nicht zufällig fast vergessen wurde.

Anmerkungen

- ¹ Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Bezirksparteiarchiv der SED Erfurt (HStA Weimar, BPA SED Erfurt), V/6/6/13, Plakat (Format DIN A 2). Einige in der DDR erschienene Publikationen zur Gründung der SED in Thüringen erwähnen diesen Beleg für das Einheitsstreben in beiden Parteien nicht. Vgl. Änne Anweiler: Zur Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in Thüringen 1945-1946, Erfurt 1971; Dokumente und Materialien zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen 1945-1950, Erfurt 1967; Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Gera der SED, Band 1, Gera 1986.
- ² HStA Weimar, BPA SED Erfurt, V/6/6/18, Bl. 90-92.
- ³ Ebenda, I/2/001 und 002.
- ⁴ Nach Anweiler, S. 58.
- ⁵ Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2, Berlin 1986, S. 23.
- ⁶ Neues Deutschland, 1.3.1968.
- ⁷ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, V/5/239, Georg Schneider: Erinnerungen, S. 1.
- ⁸ Ebenda, V/6/14/002.
- ⁹ Ebenda.
- ¹⁰ Ebenda, II/1/001.
- ¹¹ Ebenda.
- ¹² Ebenda, V/6/6/18, Bl. 90f.
- ¹³ Schneider: Erinnerungen, S. 1.
- ¹⁴ Ebenda, V/6/14/001, Georg Schneider: Der rechte Sozialdemokrat Dr. Brill versuchte die Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern, S. 3.
- ¹⁵ Ebenda, V/6/6/18, Bl. 90.

Jürgen Hofmann

Die SED - eine Partei neuer Art? Visionen und Illusionen Anton Ackermanns aus der Vorbereitungsphase des Zusammenschlusses von KPD und SPD

Am 13. Oktober 1945 sprach Anton Ackermann, Mitglied des Sekretariats des ZK der KPD, auf einer öffentlichen Kundgebung in Gera, um für die Bodenreform, die Schulreform und das KPD-Konzept des Wirtschaftsaufbaus zu werben. Natürlich ging es in diesem Zusammenhang auch um die Schaffung einer einheitlichen Partei. Es fällt auf, daß vorwiegend die Themen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der Sowjetischen Besatzungszone angesprochen wurden, die in der Thüringer SPD - vor allem was das wie anbetraf - teilweise strittig waren. Ackermann war mit dem KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck nach Thüringen gereist, der zur gleichen Zeit in Erfurt sprach.

Für Hermann Brill, dem Vorsitzenden der SPD in Thüringen, gab dieser Vorstoß der KPD-Prominenz Anlaß, in einem Rundschreiben an die Kreis- und Ortsvorsitzenden seiner Partei vor einer Rückkehr zur alten Einheitsfronttaktik zu warnen. Polemische Töne an die Adresse von SPD-Funktionären aus den Reihen der KPD, vor allem nach der selbstbewußten und kritischen Rede Otto Grotewohls im September in Berlin, ließen diesen Verdacht nicht völlig unbegründet erscheinen.

Den Intentionen und dem Wortlaut der Ackermann-Rede wird eine solche Unterstellung jedoch nicht gerecht. Sicherlich hatte sich auch Ackermann die Linie zu eigen gemacht, den Differenzierungsprozeß zwischen Einheitsfrontgegnern und Einheitsfrontbefürwortern in der SPD zugunsten der letzteren massiv zu beeinflussen. Mit der Einheitsfronttaktik vergangener Zeiten, die auf eine Isolierung der SPD-Mitgliedschaft von ihrer Führung und auf den Übertritt von Sozialdemokraten zur KPD abzielte, kann die Argumentation im Vorfeld der angestrebten Vereinigung aber nicht gleichgesetzt werden. Außerdem gehörte gerade Anton Ackermann zu den Spitzenfunktionären der KPD, die sich nachhaltig für ein erneuertes Verhältnis zur Sozialdemokratie engagierten.

Im Gegenteil, ein wesentliches Anliegen seiner Thüringenreise war, Sektierertum in den eigenen Reihen Schranken zu setzen. Dies wird deutlich in der Rede, die Anton Ackermann noch am gleichen Tag im Geraer „Wintergarten“ auf der rasch einberufenen KPD-Funktionärskonferenz für Ostthüringen hielt. Dort mahnte er die Funktionäre und Aktivisten seiner Partei: „Genossen und Genossinnen, aber wir sollten aus der Vergangenheit lernen unsere Kraft richtig abzuschätzen und nicht weiter vorzustoßen, als es das Kräfteverhältnis gestattet. Ich will damit sagen, daß ja jeder von uns darüber im klaren sein muß, daß wir in Deutschland den

Kapitalismus haben ... Daß es heute Aufgabe ist, die herrenlosen Betriebe und die Betriebe der Kriegsverbrecher in öffentliche Hand zu überführen ... Die Privatinitiative nicht zu hemmen und zu hindern, sondern sich frei entfalten zu lassen ... Wir haben hier keine Sowjetunion und keinen proletarischen Staat. Wie können wir uns anmaßen, nun aber das durchzuführen, was selbst in der Sowjetunion mit einer Arbeitermacht erst in Jahren, ja Jahrzehnten durchgeführt werden konnte, selbst unter den Verhältnissen der politischen Taktik, wovon man in Deutschland nicht sprechen kann, da es ja nicht aus Zonen besteht, die nur von Kommunisten besetzt sind.“¹

Anton Ackermann, der als Eugen Hanisch 1905 in Thalheim/Erzgebirge geborene Strumpfwirker hatte sich seit früher Jugend in der KPD und ihren Organisationen engagiert. Er besuchte die internationale Leninschule in Moskau, arbeitete nach 1933 illegal für die KPD in Berlin, nahm an den KPD-Konferenzen von Brüssel und Bern teil, beteiligte sich 1936 in Paris an der Arbeit des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront und kämpfte in Spanien. In die Sowjetunion gelangte er erst wieder 1940. Dort gehörte er als gewähltes Mitglied des ZK und seines Politbüros zum engeren Kreis der KPD-Führung und war in deren Nachkriegsplanung einbezogen. Außerdem wurde er in verantwortlichen Positionen für das Nationalkomitee Freies Deutschland tätig. Am 1. Mai 1945 kehrte Ackermann als Leiter einer der drei Initiativgruppen nach Deutschland zurück und koordinierte die ersten Schritte des antifaschistischen Neuaufbaus im Raum Sachsen. Er nahm im Juni an der Beratung bei Stalin teil und formulierte den Aufruf der KPD.

Anton Ackermann hatte zweifellos einen großen Anteil am Zustandekommen der Sozialistischen Einheitspartei, sowohl durch sein persönliches Engagement als auch durch den Beitrag zu einer Programmatik, die für sozialdemokratische Partner annehmbar war. Der programmatische Gründungskonsens der SED, einen demokratischen Weg zum Sozialismus anzusteuern ist unmittelbar mit seinem Namen verknüpft.

Getragen von der Aufbruchstimmung der unmittelbaren Nachkriegsmonate, lebte Ackermann Anfang 1946 noch in der Hoffnung, oder auch Selbsttäuschung: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sowohl den Opportunismus der alten SPD als auch den Dogmatismus der alten KPD überwinden und eine Partei neuer Art, eine konsequent marxistische, unabhängige deutsche Partei sein!“² Zweieinhalb Jahre später, im September 1948, mußte er am eigenen Leibe erfahren, wie trügerisch diese Annahme war. Nur demütigende Selbstkritik, die Distanzierung von der Idee eines besonderen deutschen Weg zum Sozialismus und die Unterwerfung unter die Parteidisziplin verschafften ihm eine Atempause und sicherten den vorübergehenden Verbleib in der Führung der Partei.

Doch zurück ins Vorfeld des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Bei der Durchsicht des

Nachlasses Anton Ackermanns stieß ich auf folgende Hinweise und Aussagen, die unser heutiges Konferenzthema unmittelbar betreffen:

Erstens führen uns die Aussagen Ackermanns über die Beratungen der KPD-Führung mit Stalin Anfang Juni 1945 nochmals zu der Frage, warum der Gedanke, sofort eine Einheitspartei zu bilden, verworfen wurde. Ackermann nennt drei Probleme, zu denen es eine Diskussion gab. Neben der Orientierung auf die parlamentarisch-demokratische Republik und der Dringlichkeit einer Bodenreform war es die „Frage des Tempos bei der Schaffung der Einheitspartei“.

Ackermann gibt die Substanz der Diskussion zur Parteifrage folgendermaßen wieder: „Stalin war gegen eine rasche Vereinigung von KPD und SPD, wie sie die von Genossen Ulbricht vorgetragene Konzeption vorsah. Er sagte, daß man nicht vergessen dürfe, daß der größere Teil Deutschlands von imperialistischen Mächten besetzt ist, die sich einmischen werden. Deshalb besteht die Gefahr, daß eine Einheitspartei im Westen Deutschlands eine Mischmasch-Partei werden würde, wobei die Selbständigkeit der KPD aufgehoben wird. Stalin war weiter der Meinung, daß aus diesen Gründen erst die KPD aufgebaut und gefestigt werden muß. Dann erst kann der Kurs auf eine Einheitspartei im Sinne des VII. Weltkongresses genommen werden.“³

Dies würde auch erklären, warum Ulbricht die Offerte Max Fechners, gleich eine gemeinsame Partei zu bilden, ignorierte. Interessant ist, daß Ulbricht das Einheitsparteiprojekt in Moskau vortrug. Da sich die Erinnerungen von Ackermann in diesem inhaltlichen Punkt nicht mit den Notizen Piecks zum Gespräch mit Stalin decken, können wohl erst die Quellen der sowjetischen Seite weiteren Aufschluß geben.

Außerdem bestätigt Anton Ackermann die massive Einflußnahme der KPD-Führung auf die Arbeit und die Beschlüsse des Sechzigerausschusses sowie den Einfluß, den die selbstbewußte Rede Otto Grotewohls vom September 1945 auf die Entscheidung hatte, den Kurs zu wechseln und die Vorbereitungen für eine Einheitspartei zu beschleunigen. Nach seiner Aussage war die Bildung des Ausschusses vom Politbüro „vorberaten und beschlossen worden“. Ebenso wurde mit allen Papieren verfahren, die der Ausschuß beriet. Außerdem „wurde auch organisiert, daß die KPD-Genossen in den Ländern die ‚richtigen SPD-Genossen‘ vorschlugen“ für den Sechzigerausschuß. Laut Ackermann waren die „ernsten Schwankungen“ Grotewohls im September 1945 für das Politbüro „ein Alarmsignal“. „Von nun an wurde Kurs auf die Vereinigung genommen.“⁴

Zweitens sah Anton Ackermann in der gründlichen Kritik der KPD-Politik vor 1933/35 und ihrer gravierenden Fehler eine unabdingbare Voraussetzung für das Projekt einer Einheitspar-

tei. „Die Überwindung unserer eigenen Fehler, die Überwindung des Dogmatismus in den eigenen Reihen“ bezeichnete er als „Voraussetzung zur Überwindung der Spaltung, zur Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“.⁵

Die Auseinandersetzungen mit den Fehlern und Schwächen der Politik der KPD durchziehen wie ein roter Faden die meisten seiner mündlichen und schriftlichen Äußerungen in dieser Zeit. Diesen Standpunkt hatte er schon in den Diskussionen um eine erneuerte Strategie nach 1933 und um die Inhalte und Ziele des KPD-Nachkriegskonzepts eingenommen. In seiner Rede auf der 1. Reichskonferenz der KPD am 2. März 1946 trat er erneut nachhaltig für eine selbstkritische Rückschau seiner Partei ein.

„Wir litten an einer gewissen Krankheit“, führte er aus, „nämlich an der Krankheit des Dogmatismus. Die Lehren des Marxismus-Leninismus, die Leitsätze der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung erstarrten in unseren Händen oft zu einem leblosen Schema. Wir haben oft Maßnahmen und Losungen angewandt, die in keiner Weise der gegebenen Situation und den besonderen Bedingungen in Deutschland entsprachen... Wir haben in der Vergangenheit oft genug die Augen vor der Tatsache verschlossen; und das als die Wirklichkeit ausgegeben, was nur unsere Wunschvorstellungen waren. Das hat uns zu falschen Schlußfolgerungen, zu falschen politischen Losungen geführt und unseren Kampf ungemein erschwert.“⁶ Wohlbemerkt, hier spricht Anton Ackermann im Jahre 1946 über die KPD-Politik vor 1935. Das gleiche hätte auch Jahrzehnte später für die Endphase der SED-Politik angemerkt werden können.

Drittens erwuchs aus dieser kritischen Position zur KPD-Politik vor 1935 für Anton Ackermann die Einsicht, daß ein neues Verhältnis zur Sozialdemokratie zu den unabweisbaren Lehren gehörte, die aus Weimarer Republik und Faschismus zu ziehen waren. Immer und überall, wo er auf die kritische Bilanz der KPD-Politik zu sprechen kam, arbeitete er neben dem Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zur nationalen Frage das Verhältnis zur Sozialdemokratie als dringend korrekturbedürftig heraus.

In Brandenburg forderte er Ende Dezember beispielsweise dazu auf, eigene schwere Fehler zu bekennen, und benannte darunter ausdrücklich die arrogante Haltung der KPD zu den Mitgliedern der SPD und ihren linken Führern. „Nur über die Kritik unserer eigenen Vergangenheit geht der Weg zur vollkommenen Überwindung all dessen, was uns trennte“⁷, rief er den Versammlungsteilnehmern zu. Auf einer gemeinsamen Funktionärsversammlung von KPD und SPD in Berlin Reinickendorf im März 1946 kam er im Kontext mit den Fehlern der KPD gegenüber der Sozialdemokratie u.a. auf die Rote Gewerkschaftsopposition, den Volksentscheid in Preußen, die Diffamierung der Sozialdemokraten als „kleine Zörrgiebel“ und die Verteufelung linker sozialdemokratischer Funktionäre als besonders schlimme, weil einflußreiche Feinde der Arbeiterbewegung zu sprechen. Die militante antikommunistische Politik von Kurt Schumacher und seine Alleinvertretungsanmaßung trugen leider dazu bei, daß sich

Konsequenz und Resonanz des kritischen Nachdenkens über ein erneuertes Verhältnis zur Sozialdemokratie in Grenzen hielten.

Das vertrauensvolle und kameradschaftliche Verhältnis, das Ackermann als KPD-Vertreter zum Beauftragten des SPD-Zentralausschusses in der gemeinsamen Studienkommission, Helmut Lehmann, herstellte war wohl auch eine ganz persönliche Konsequenz aus den kritischen Reminiszenzen.

Viertens teilte und nährte Anton Ackermann im Vorfeld des Zusammenschlusses beider Parteien die Illusionen über das Maß innerparteilicher Demokratie, daß eine vereinigte Arbeiterpartei entwickeln könne. Was von diesen Visionen Täuschung, Selbsttäuschung oder überhöhte Erwartung war, ist auch im Rückblick schwer auszumachen. Sicherlich waren alle genannten Aspekte im Spiel. Sie a priori ausschließlich als kommunistisches Täuschungsmanöver hinzustellen scheint mir nicht angemessen, obwohl die Entwicklung der SED die Kassandrarufe letztlich bestätigte.

In seiner Broschüre „Fragen und Antworten“, die am Vorabend des Vereinigungsparteitages auf Vertrauensbildung zielte, ging Ackermann davon aus, daß in der SED „die Mitglieder nach gleichem Recht über den weiteren Weg und über die Taktik im einzelnen zu entscheiden haben“.⁸ Die SED würde weder die alte KPD noch die alte SPD sein. Diesen Gedanken vertrat er immer wieder. Aus KPD und SPD würde etwas neues erwachsen, das gemeinsam von den Mitgliedern aus beiden Parteien zu gestalten sei.

Die KPD erhebe „keinerlei Sonderansprüche, besonders auch nicht den Anspruch auf die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ versicherte er auf der 1. Reichskonferenz der KPD im März 1946. „Wir sind vielmehr der Auffassung“, so lautete das Versprechen, das Ackermann für die KPD abgab, „daß die innere Demokratie in der Arbeiterbewegung auch in Zukunft gewahrt werden muß und die Mitgliedschaft der Sozialistischen Einheitspartei souverän sein muß. Wir wollen der breiten Mitgliedschaft das demokratische Entscheidungsrecht über die Politik der Partei, über die Leitungen und ihre Führung in die Hände geben.“⁹ Dieser Wechsel auf die Zukunft wurde nie eingelöst. Auch die Vorstellung, die SED könne eine „unabhängige Partei sein, weil sie in ihren Entschlüssen völlig frei sein wird“¹⁰, war angesichts der Besatzungsverhältnisse und des geltenden Besatzungsrechts sowie der Abhängigkeit von der Sowjetunion reines Wunschdenken.

In solchen Aussagen artikulierten sich offensichtlich Hoffnungen und Illusionen, die in diesen Wochen und Monaten weit verbreitet und keineswegs originär Ackermannsche waren. Teilweise schimmert auch der Versuch durch, aus der Polemik mit Vorwürfen und Vorbehalten neue Positionen zu fixieren.

Fünftens verband sich das von vielen erhoffte neue Profil der Einheitspartei wohl nicht zuletzt auch mit der Orientierung auf den „besonderen deutschen“ respektive „demokratischen Weg zum Sozialismus“. Diese Orientierung knüpfte an die Aussage des KPD-Aufrufs vom Juni 1945 an, daß Deutschland kein Sowjetsystem aufgenötigt werden solle, bekräftigte sie und baute sie aus. Anton Ackermann erarbeitete Argumente und wesentliche Inhalte dieser Orientierung.¹¹ Sein diesbezüglicher Artikel erschien im Heft 1 der „Einheit“ am 9. Februar 1946 gemeinsam mit weiteren Grundsatzartikeln führender Vertreter der KPD und des SPD-Zentralausschusses. Er fand in vielen Nachdrucken und als Schulungsmaterial der SED weite Verbreitung.

Die konzeptionelle und inhaltliche Substanz der These vom „besonderen“ bzw. „demokratischen“ Weg zum Sozialismus wird jedoch in diesem Artikel nur in wenigen Andeutungen sichtbar. Den größten Raum nimmt dort noch die Berufung auf die Klassiker des Marxismus ein, mit deren Aussagen sich Ackermann zunächst für die aufgeworfene Frage nach einem besonderen Weg rückversichert. Adressat dieser Passagen waren offensichtlich weniger die sozialdemokratischen Partner als vielmehr die Mitglieder der eigenen Partei, denen die Berechtigung eines „besonderen deutschen“ bzw. „demokratischen“ Weges zum Sozialismus plausibel gemacht werden mußte. Ackermann selbst verwendete übrigens beide Begriffe meist synonym. Schon in Moskau hatte es bei den Diskussionen um die Nachkriegsstrategie kontroverse Debatten und Widerstände gegen die stärkere Akzentuierung der nationalen Besonderheiten gegeben.

Intentionen, Schwerpunkte und Weiterungen der These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ erschließen sich erst, wenn Ackermanns Erläuterungen und Aussagen zu diesem Problem aus den Jahren 1946 und 1947 in die Analyse einbezogen werden.

Die Orientierung auf den „besonderen“ bzw. „demokratischen“ Weg zum Sozialismus schloß ein, sich auf eine längere Übergangsperiode einzurichten, die an den Kampf um den Sozialismus heranführen sollte. Das implizierte eine Absage an die bis dahin gängige Vorstellung, daß seit der russischen Oktoberrevolution auch anderswo die proletarische Revolution unmittelbar auf der Tagesordnung stünde. Dieses Herangehen hatte wiederum Weiterungen für die Machtfrage, die Eigentumsfrage und andere Probleme.

Ein Kernpunkt war die Überlegung, daß es unter den gegebenen besonderen Bedingungen (Niederlage des Faschismus, Diskreditierung und teilweise Paralyisierung seiner Förderer und Träger, radikale Beschränkung der Handlungsspielräume der alten Macht- und Wirtschaftseliten, Besatzungsregime etc.) möglich sei, gesellschaftliche Umgestaltungen ohne Bürgerkrieg zu bewirken und auch den Zugang zur politischen Macht ohne militärische Mittel zu erkämp-

fen. Der „besondere deutsche Weg“ war somit zugleich als friedlicher Weg zum Sozialismus gedacht. Für Ackermann war der demokratische und friedliche Weg zum Sozialismus auch deshalb zu favorisieren, weil er „der bequemste, kürzeste und humanste Weg ist“ und dem humanistischen Anspruch der sozialistischen Gesellschaft am ehesten entspricht.¹²

Damit verband sich die Überlegung, für den Weg zum Sozialismus in einer längeren Übergangsperiode die Strukturen und Instrumentarien der bürgerlich-demokratischen Republik zu nutzen. Das hieß nicht Verzicht auf Hegemonie durch die Arbeiterpartei. Diese Hegemonie sollte im Rahmen *„eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer bürgerlich-parlamentarischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“*¹³ durchgesetzt werden.

In den Kontext des demokratischen Weges zum Sozialismus gehören unbedingt die antifaschistisch-demokratischen Reformen. Diese Reformen zielten auf erste gesellschaftliche Umgestaltungen und auf nachhaltige Veränderungen der inneren Kräftekonstellation, die den anvisierten friedlichen Übergang erst möglich machten. Sie waren der Hauptinhalt der angedachten Übergangsphase, der demokratische Weg, der Weg der Mobilisierung der Bevölkerung und ihrer Heranführung an weiterreichende Ziele. Zum Verhältnis der demokratischen zur sozialistischen Umgestaltung notierte Anton Ackermann Anfang 1948: „Je konsequenter die allgemein-demokratische Umwälzung durchgeführt, je weiter die Bewegung geführt und ihre Rahmen gezogen - desto näher und leichter der Übergang zur sozialistischen Umgestaltung. Mit anderen Worten: die konsequente Durchführung einer allgemein-demokratischen Umwälzung, deren Spitze sich direkt gegen das Monopolkapital richten muß, führt an die sozialistische Umgestaltung heran und in diese hinüber.“¹⁴

Dennoch vermied es Ackermann in der Öffentlichkeit, einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen antifaschistisch-demokratischen Reformen und dem demokratischen Weg zum Sozialismus herzustellen. Diese sollten nicht durch vorgezogene sozialistische Losungen und Maßnahmen ausgehebelt und gefährdet werden. Die Neigung zur revolutionären Ungeduld in der ehemaligen KPD war ihm wohl bewußt. Ackermann hat sich später immer wieder gegen Tendenzen gewandt, die sozialistische Umgestaltung in die antifaschistisch-demokratische Nachkriegsphase zurückzuverlegen. Er sah darin eine Fehlinterpretation des realen Prozesses, die zudem noch die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Politik der KPD sowie der SED provozierte.

Anton Ackermann war auch deshalb gegen eine Vermengung von allgemein-demokratischer und sozialistischer Etappe, weil das nachhaltige Folgen für die Bündnispolitik haben mußte. Ein verfrühter Übergang zu sozialistischen Eingriffen und Maßnahmen schmälerte die Basis für ein Bündnis und gefährdete die politische Stabilität. Im Gegensatz zu anderen Führungs-

funktionären plädierte er für Realismus bei der Einschätzung der Stimmung der Bevölkerung und des tatsächlichen Einflusses der SED in der Arbeiterklasse. Im Parteivorstand wandte er sich deshalb wiederholt gegen Schönfärberei und gegen eine Verdrängung der Widersprüche und Konflikte.

Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien betrachtete Ackermann als unabdingbare Voraussetzung eines demokratischen Weges zum Sozialismus. In vielen Vorträgen nannte er sie neben der Entmachtung der Monopole und der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität als Bedingung für den angedachten demokratischen Weg. Er teilte zunächst die Hoffnung, es könne in ganz Deutschland gelingen „im Prozeß des Kampfes um die Demokratie die Einheit der Arbeiterbewegung herzustellen“. Dann wäre, so Ackermann, „zweifellos der demokratische Weg zum Sozialismus und die Ausübung der demokratischen Macht durch die Arbeiterklasse absolut gesichert“.¹⁵ Zugleich verwies er darauf, daß wichtige Entscheidungen auf diesem Weg noch ausstanden.

Vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, den er zugleich als demokratischen verstand, erwartete Ackermann nachhaltige Wirkungen auf Formen und Charakter der Machtausübung. In einem Referat vor SED-Funktionären im März 1947 führte er dazu aus: „Die Möglichkeit unseres demokratischen Weges zum Sozialismus muß naturgemäß auch den Charakter der politischen Herrschaft des Proletariats beeinflussen, das heißt, wie das Proletariat in den Besitz der Macht kommt, wird auch entscheidend dafür sein, mit welchen Methoden es die politische Macht ausübt. Gewiß wird in dem Lande, wo diese Machtergreifung im Bürgerkrieg durch den bewaffneten Aufstand erfolgte das Element des Gewalttätigen, das Element der Diktatur im Vordergrund stehen, während die demokratische Machtergreifung des Proletariats es ermöglicht, von Anfang an den tiefen demokratischen Charakter der politischen Herrschaft des Proletariats klar in Erscheinung treten zu lassen.“¹⁶ Ähnliche Überlegungen hatte er bereits im Herbst 1946 im Parteivorstand der SED vorgetragen. Solche Äußerungen stellten eine bewußte Konfrontation zur gängigen These J. W. Stalins dar, wonach sich beim Aufbau des Sozialismus der Klassenkampf gesetzmäßig verschärfen mußte.

Sechstens ist Ackermanns Haltung zum Einheitsparteiprojekt, wie die vieler Zeitgenossen und Mitstreiter, nachhaltig aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und der faschistischen Machtübernahme gespeist. Dieser zeitgeschichtliche und politische Erfahrungshorizont prägt seine Vorstellungswelt und projiziert sich auf seine Zukunftsvorstellungen. In seiner Broschüre „Fragen und Antworten“ begründet er deshalb die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterpartei vor allem aus dieser Rückschau. Dort heißt es: „Die Sozialistische Einheitspartei ist die beste und stabilste Form der Zusammenarbeit. Die Einheitsfront zweier selbständiger Parteien kann bei einer relativ leichten politischen Krise in die Brüche gehen, während die Einheitspartei ein so festes Gebilde ist, daß sie auch einer relativ schweren Krise standhalten

wird ... Bleiben zwei Arbeiterparteien, dann bleibt, ob wir es wollen oder nicht, auch ein beiderseitiger Parteiegoismus.“¹⁷ Die Interpretation und Lösung der Konflikte und Probleme der Arbeiterbewegung wurde ausschließlich in deren tradierten Mustern gesucht.

Während für die Betrachtung und Beurteilung des Vereinigungsprozesses der tatsächlich wirksame historische Erfahrungshorizont als Motivation und vorherrschende Denkstruktur nicht zugunsten späterer Erfahrungen verwischt, relativiert oder gar negiert werden darf, verlangt die Jahrhundertbilanz selbstverständlich nach weiterreichenden Fragen. Aus der Rückschau auf das gesamte Jahrhundert ist es darum m. E. durchaus legitim, danach zu fragen, ob die einheitlich organisierte Arbeiterpartei der Weg zur Lösung der Aufgaben und Probleme oder nicht vielmehr eine Sackgasse war. Konnte sie, um in philosophischen Kategorien zu sprechen, die Bewegungsform für die Lösung angestauter Widersprüche in der traditionellen Arbeiterbewegung sein? Wurde sie nicht vielmehr zum Prokrustesbett, das die dialektische Aufhebung dieser Widersprüche nicht zuließ? Konnten überhaupt inhaltliche und konzeptionelle Differenzen durch organisatorische Maßnahmen aufgehoben werden? War der unbestrittene Gewinn an politischer Kampfkraft nicht erkaufte mit dem Risiko, daß anstelle der Synthese beider Strömungen, je nach politischer Wetterlage und den Rahmenbedingungen, die Vereinnahmung der einen durch die andere befördert wurde? Bedeutete die einheitliche Partei nicht auch einen erheblichen Verlust an schöpferischem Potential? Ging die Vorstellung, eine einheitliche Partei müsse die einheitlichen Interessen der Arbeiterklasse vertreten, nicht von einem Bild der Arbeiterklasse aus, das mehr ins 19. als in die Mitte des 20. Jahrhunderts gehörte? Waren nicht schon Veränderungen der Sozialstruktur im Gange, die mit der klassischen Polarisierung des aufsteigenden Kapitalismus nicht mehr zu erfassen waren?

Die Reihe solcher Anfragen könnte problemlos fortgesetzt werden. Ich habe sie nicht aufgeworfen, um mich in den Chor der Beckmesser einzureihen, die die Gründung der SED ausschließlich unter dem Aspekt aktueller Befindlichkeit bewerten, sondern um eine neue Ebene der Fragestellung aufzumachen, die uns in die Gegenwart und Zukunft führt und aus diesem Blickwinkel historische Ereignisse, Prozesse und Erfahrungen kritisch beleuchtet.

Anmerkungen

¹ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesarchiv (SAPMO), Zentrales Parteiarchiv der SED (ZPA), Nachlaß Anton Ackermann, NL 109/10, Bl. 127/128.

² Anton Ackermann: Fragen und Antworten, Berlin (1946), S. 27.

³ SAPMO, ZPA, EA 1291/3, Bl. 429.

⁴ Ebenda, Bl. 430.

- ⁵ Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1946, S. 116.
- ⁶ SAPMO, ZPA, NL 109/12, Bl. 118/119.
- ⁷ Ebenda, NL 109/11, Bl. 132.
- ⁸ Anton Ackermann, a.a.O., S. 26.
- ⁹ SAPMO, ZPA, NL 109/12, Bl. 124.
- ¹⁰ Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages ..., S. 102.
- ¹¹ Siehe dazu u.a. Heinz Heitzer: „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ Vorgeschichte, Inhalt und Wirkungen von Anton Ackermanns Arbeit, in: Geschichte und Gesellschaftskunde, 1990, H. 2/3; Jürgen Hofmann: Anton Ackermann und die Orientierung auf den besonderen deutschen Weg - Bemerkungen zu einer Episode antifaschistischer Nachkriegsstrategie, in: Arbeiterbewegung und Antifaschismus, Bonn 1995 (Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung; 24); Dietrich Staritz: Ein „besonderer deutscher Weg“ zum Sozialismus? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *das parlament*, 1982, B 51-52.
- ¹² SAPMO, ZPA, NL 109/15, Bl. 342.
- ¹³ Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, 11. Juni 1945, in: Dokumente zur Geschichte des SED, Bd. 2: 1945 bis 1971, Berlin 1986 (Schriftenreihe Geschichte), S. 12.
- ¹⁴ SAPMO, ZPA, NL 109/18, Bl. 31.
- ¹⁵ Ebenda, NL 109/14, Bl. 284.
- ¹⁶ Ebenda, NL 109/15, Bl. 342.
- ¹⁷ Anton Ackermann, a.a.O., S. 17.

Klaus Höpcke

Weiß Dr. Gerd Schuchardt nicht, wann und wie die „Sozialfaschismus“-These von Grund auf verworfen wurde? Rückfragen zu einer Äußerung in einer SPD-Landesvorstandsbroschüre zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD

In den Tagen und Nächten des SED/PDS-Sonderparteitags Anfang/Mitte Dezember 1989 und dann des Wahlparteitags der PDS im Februar 1990 spürte ich mit Heftigkeit, wie weh Erneuerung tun kann. Wir stritten darüber, ob unter denen, an die wir anknüpfen, Ernst Thälmann genannt werden soll. Wog nicht schwerer als alles, was dagegen sprechen könnte, sein Kampfesmut gegen Hitler und die Naziartei? Wir einigten uns auf eine Formulierung, die Thälmann einzubeziehen ermöglichte. Doch Fragen blieben und bohrten weiter. Es ging und geht um den Schaden, der durch eine Politik heraufbeschworen wurde, die die Sozialdemokratische Partei als Verkörperung von „Sozialfaschismus“ ansah.

Zu Thälmanns Verteidigung läßt sich anführen, und ich habe das getan, wie er zuweilen ursprünglich richtige Auffassungen gerade im Verhältnis zu Sozialdemokraten nur unter Stalinschem Druck aufgegeben hat. Zu erinnern ist an das Jahr 1931. So wie das Jahr 1928 mit dem Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau für Kurt Goldstein zu einem Schlüsselerlebnis wurde, wie er das hier geschildert hat, geht es mir mit dem Jahr 1931. Und das, obwohl ich erst zwei Jahre später geboren wurde; man kann, wie ich an mir erlebt habe, auch durch geistige Aneignung politischer Probleme der Zeitgeschichte Erkenntnisse gewinnen, die einem Grunderlebnis nahekommen. Im Jahre 1931 hatte Thälmann nachgewiesen, daß eine Teilnahme an dem von den Nazis angestrebten Volksbegehren und Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung in Preußen der Politik der KPD widersprechen würde. Er sah voraus: Die angestrebte Einheitsfront mit den Sozialdemokraten würde so von vornherein außerordentlich erschwert. Dann fuhr er nach Moskau zum Gespräch über diese Frage. (*Zwischenruf Kurt Goldstein: „Zum Meinungs austausch!“*) Ja, Meinungs a u s t a u s c h in doppelten und dreifachen Anführungszeichen, in des Wortes schauerlichster Bedeutung. Denn: In der Politkommission des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale fand Thälmann zwar die Unterstützung Manuilskis, aber Stalin und Molotow sprachen sich für die Teilnahme der KPD an dem Volksentscheid gegen die sozialdemokratische Preußen-Regierung aus. Sie drängten die deutschen Genossen, sie sollten ihr Zögern aufgeben. Und an dem Punkt endet, so schmerzlich es ist, die Möglichkeit, Thälmann in dieser Sache zu verteidigen. Warum? Nach Berlin zurückgekehrt, ließ er die richtigen ursprünglichen Beschlüsse des KPD-Zentralkomitees aufheben. Im Ergebnis der KPD-Beteiligung am - übrigens erfolglosen - Nazi-Volksbegehren gegen die preußische Regierung vertiefte sich die Kluft zwischen KPD und Sozialdemokraten auf verheerende Weise. Vielfach wurde

seither an dieses Ereignis erinnert als Beweis eines Zusammengehens von Kommunisten mit den Nazis.

Nun ist in dem bereits von mehreren Konferenzteilnehmern zitierten Vorwort zur Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Zusammenschluß von KPD und SPD 1945/46 in Thüringen ebenfalls von der „Sozialfaschismus“-These die Rede. Ich bin Professor Günter Benser dankbar für den Hinweis, daß Dr. Gerd Schuchardt wohl weniger als Autor, als Urheber dieses Vorworts anzusehen ist, obwohl er es unterschrieben hat. Der Text scheint eher zentralistischen Ursprungs, seine Urform kann - wie man heute vielleicht sagen würde - als eine Art „Bundes-Vorgabe“ betrachtet werden. Was wir lesen, ist wohl eine regional bearbeitete Fassung eines präfabrizierten „Rohlings“ aus der Bonner „Baracke“ des SPD-ParteiVorstands oder ein paar hundert Meter weiter aus dem Backsteinbau aus schönen roten Ziegeln, in dem die Friedrich-Ebert-Stiftung ihren Sitz hat. Weswegen ist Bensers Vermutung über die wirkliche Urheberschaft (er stützt sich darauf, daß in Brandenburg ein fast gleiches Vorwort mit anderer Unterschrift erschien) wichtig? Es geht, sofern das so ist, um mehr als den Fehlgriff eines ostdeutschen SPD-Landesvorsitzenden, wenn in dem Vorwort gesagt wird, von der „vor 1933 und nach 1945“ unter „vollkommenem Einfluß“ Stalins stehenden KPD sei dessen von abgrundtiefem Haß gegen die Sozialdemokratie geprägte These vom „Sozialfaschismus“ übernommen worden, aber verschwiegen wird, daß und wann und wie sie dann von Grund auf verworfen wurde.

Schon die Zeitangabe „vor 1933 und nach 1945“ ruft Zweifel hervor, gibt zumindest Anlaß zu Rückfragen, z. B.: Und was war zwischen 1933 und 1945? Wenn man diese Zeit in die Beurteilung einbezieht, kommt man nicht umhin festzustellen, wie sich der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, die „Brüsseler“ und die „Berliner“ Konferenz der KPD mit dieser Problematik auseinandergesetzt haben. Und was die Zeit nach 1945 betrifft: Da kann man doch nicht einfach die diese Probleme berührenden Publikationen von KPD und SED seit 1945/46 übergehen, „außen vor“ lassen, wie manche so etwas heute nennen. Immer wieder stößt man da auf die Auseinandersetzung auch mit Fehlern der KPD vor 1933. Wahr ist, daß dies nicht in jeder Schrift mit gleicher Gründlichkeit geschah. Wahr ist auch, daß es schlimme Versäumnisse gab. Bei einer einigermaßen ordentlichen Edition der Reden und Schriften Ernst Thälmanns wäre sichtbar geworden, daß Fehlerurteile von der Art der „Sozialfaschismus“-These kein einzelner Ausrutscher waren. Offenbar deswegen kam es in den Jahren der DDR zu keiner umfassenden Auswahl-Publikation. Das verdient Kritik. Aber daß das ganz und gar Irrige, Falsche, Schädliche, ja Schändliche der „Sozialfaschismus“-These nach 1933 und weiter nach 1945 von kommunistischen Politikern und Theoretikern herausgearbeitet und deutlich benannt wurde, kann nur leugnen, wer sich nicht informiert hat oder wer desinformieren will. Wir brauchen uns wegen eines in diesem Punkte bereits in früheren Jahren gewonnenen Erkenntniszuwachses doch nicht zu genieren und lassen uns den auch nicht nachträglich ausreden. Produ-

ziert wird die Verlogenheit durch Kombination zweier Sätze: des einen, in welchem Stalins Einfluß auf die KPD betont wird, mit dem folgenden, der von der Übernahme der „Sozialfaschismus“-These spricht, ohne auch nur zu erwähnen, daß, oder darzustellen, wie sie überwunden wurde.

Über solche wichtigen Kapitel der Geschichte der Arbeiterbewegung konnte auch früher schon gelesen und geredet werden. Ich erwähne als ein Beispiel Möglichkeiten des Meinungs austauschs mit sozialdemokratischen Gesprächspartnern, die ich 1988 in Neuwied, Saarbrücken, München und Essen hatte, als ich aufgrund einer Einladung der Münchner Kammerspiele, des Münchner Kulturdezernenten und des Bertelsmann-Konzerns in der Vortragsreihe „Reden über das eigene Land“ in den Münchner Kammerspielen zu Wort kam. Im Sommer jenes Jahres waren SED-Thesen zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD veröffentlicht worden. SPD-Sprecher, die sich mit mir unterhielten, werteten einerseits positiv, Kommunisten seien offenbar auf dem Weg, nun „auch die eigenen Fehler ehrlich einzugestehen“. Andererseits kritisierten sie, daß dies „erst jetzt“ geschehe.

„Erst jetzt?“ fragte ich zurück. Um Belege für frühere Stellungnahmen in DDR-Publikationen gebeten, verwies ich auf Band 4 der im Dietz Verlag Berlin erschienenen achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Darin finden wir auf den Seiten 300 bis 303 bis ins Detail die Episode dargestellt, die ich eingangs geschildert habe. Und das erwähnte Buch nun ist nicht in jüngster Zeit, auch nicht erst 1988, sondern heute vor 30 Jahren - 1966 - in der DDR veröffentlicht worden.

In den Thesen vom Juni 1988 wurde gesagt, die KPD habe lernen müssen, hohen Anforderungen an ihre Prinzipienfestigkeit und Beweglichkeit gerecht zu werden. Weiter hieß es: „Dafür war es erforderlich, in den eigenen Reihen sektiererische und dogmatische Tendenzen, die besonders unter zugespitzten Bedingungen immer wieder auflebten, zu überwinden, so die Sozialfaschismus-These, die Ende der zwanziger Jahre in der kommunistischen Bewegung Verbreitung fand und die von Anfang an falsch war.“ Es wurde betont, daß die Politik der Aktionseinheit davon ausgehen muß, daß „die Sozialdemokratie einen eigenständigen Strom der Arbeiterbewegung darstellt“. Für den weiteren Weg sei besonders die Einsicht von Gewicht, daß die Kräfte, die für eine menschenwürdige Gesellschaft, für Frieden, Humanität und sozialen Fortschritt eintreten, immer wieder neu aufeinander zugehen müssen.

Wenn Dr. Gerd Schuchardt im Vorwort zur Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Zusammenschluß von KPD und SPD 1945/1946 in Thüringen behauptet, von der „vor 1933 und nach 1945“ unter „vollkommenem Einfluß“ Stalins stehenden KPD sei dessen von abgrundtieferm Haß gegen die Sozialdemokratie geprägte These vom „Sozialfaschismus“ übernommen

worden, und fragt, welchen Stellenwert dieser Gesichtspunkt bei der innerparteilichen Meinungsbildung in der SPD zur Frage der Vereinigung hatte, so halte ich nach dem von mir Dargelegten drei Rückfragen dazu für angebracht, die ich dem stelle, der das Vorwort unterschrieben hat, wobei ich mir vorstellen kann, weil ich ihn als einen um Korrektheit bemühten Menschen kenne, daß zu der hier erörterten Problematik - eben um der Korrektheit willen - übereinstimmende Feststellungen möglich sein sollten, ungeachtet unterschiedlicher Gewichtungen und Wertungen:

1. Weiß Dr. Gerd Schuchardt nicht, wann und wie die „Sozialfaschismus“-These von Grund auf verworfen wurde?

2. Oder weiß er das zwar, sieht sich aber gedrängt, der Frage auszuweichen, welche Wirkung die Kritik, die Verwerfung, die Überwindung der verderbenbringenden „Sozialfaschismus“-These durch die Kommunisten selbst hatte, unter anderem bei Mitgliedern der SPD?

3. Sollen wir annehmen, ein ostdeutscher SPD-Landesvorsitzender wolle - weil er solle? - Mitte der 90er Jahre durch Unterschriftsleistung unter eine vom zentralen Vorstand seiner Partei vorgefertigte und herübergereichte Aussage zurückgehen gegenüber Teil-Einsichten, zu denen, wie erwähnt, westdeutsche SPD-Mitglieder Ende der 80er Jahre fähig waren?

Ich meine, wir bräuchten bei allen an der Diskussion Beteiligten die Bereitschaft, offen zu sein für Antworten, die sich aus dem, was seinerzeit wirklich geschah, ergeben.

Eike Kopf

Methodisches und Wissenschaftsethisches

Gotha ist hinsichtlich des Zusammenschlusses von Arbeiterorganisationen in nationalem und internationalem Rahmen ein traditionsreicher Ort. In Gotha wurde z.B. folgende programmatische Position beschlossen:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein ...“

Diese Position ist nicht 50 Jahre, sondern schon *ein und ein Viertel Jahrhundert alt*. Es handelt sich - manche werden das wiedererkannt haben - um die Grundsätze des Programms des Vereinigungskongresses der Sozialdemokraten Deutschlands, abgehalten zu Gotha vom 22. bis 27. Mai 1875 (siehe Protokoll dazu, Leipzig 1875, S. 54).

Mit dem zitierten Schlußgedanken sollte Marx' Erkenntnis von 1867 in knapper Form bekräftigt werden, daß die großen Menschengruppen, die nur existieren können, wenn sie Muskel, Nerv, Hirn, Hand usw. an die Privateigentümer der Arbeitsgegenstände und Arbeitsmittel verkaufen (die sich im Gegenzug einen Teil der verausgabten Arbeitskraft unentgeltlich aneignen), nur dann erfolgreich ihre Forderungen durchsetzen können, wenn sie sich organisiert, geschult (aufgeklärt) und *vereint* empören (siehe MEW, Bd. 23, S. 58, 790/791). Es war damit auch die Erkenntnis aus der Niederlage der Pariser Kommune von 1871 bekräftigt worden, daß die Arbeiterklasse, die dies nicht berücksichtigt, gegenüber der kollektiven Gewalt der herrschenden Klassen immer ein Spielball in deren Händen bleiben wird (siehe MEW 33, S. 333).

Man vergleiche übrigens die zitierten Grundsätze mit programmatischen Positionen irgendeiner *heutigen* Partei, die sich „sozialdemokratische“, „sozialistische“ oder „linke“ nennt und frage sich, ob es inzwischen einen Zugewinn oder Verlust hinsichtlich einer begründeten und couragierten Orientierung für die Millionenmassen gibt, die nur mit Erlaubnis einer Handvoll Besit-

zer von Grund und Boden, von Arbeitsgegenständen und Arbeitsmitteln ihre Arbeitskraft verkaufen, also arbeiten und daher einigermaßen normal existieren dürfen oder nicht (allein in den Ländern der Europäischen Union gibt es laut UNO-Angaben derzeit 52 Millionen Arme!).

Sozialdemokraten des 1863 in Leipzig gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der 1869 in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei *vereinigten* sich 1875 hier in Gotha bekanntlich zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und machten damit jahrzehntelange *positive Erfahrungen*, d.h. sie wurden auf diese Weise die zahlenmäßig stärkste Arbeiterpartei aller industriell fortgeschrittensten Länder und waren bis 1914 qualitativ so einflußreich, daß die ökonomisch und politisch herrschenden Kräfte wichtige politische Entscheidungen nur schwer gegen sie oder „an ihr vorbei“ treffen und durchsetzen konnten!

Das ist also auch ein Stück *sozialdemokratischer* Tradition. Es ist daher verwunderlich, warum in der im Auftrage der Thüringer SPD erarbeiteten und soeben herausgegebenen Broschüre „Zwangsvereinigung von KPD und SPD“ ab Seite 4 gegen die „Einheit der Arbeiterbewegung“ ideologisch so intensiv zu Felde gezogen wird. Heutige sozialdemokratische oder sozialistische Parteien machen sich selbst *als Kräfte bei der progressiven politischen Meinungsbildung der Bevölkerung der deutschen Bundesrepublik überflüssig*, wenn sie auf die zeitgemäße Nutzung der genannten Tradition verzichten.

Ich möchte nun *nicht auf Details* von 1945 und 1946 im Zusammenhang mit der Vereinigung von KPD und SPD in Thüringen eingehen; das können diesbezügliche Spezialisten wie Erhard Wörfel, die sich seit Jahren damit befassen, viel besser. Außerdem ist es für den *wesentlichen* Vorgang, wie man ab April/Mai 1945 alle noch verfügbaren und einsetzbaren fortschrittlichen Kräfte auf das Ziel hin einen, orientieren und mobilisieren konnte, so schnell wie möglich die faschistische Katastrophe (an der heute noch existierende deutsche Firmen Millionen Reichsmark verdient hatten), mit und für die Bevölkerung zu überwinden, nicht entscheidend, ob ich noch 5 oder 10 weitere Zeitzeugen benennen kann, die damals die weit verbreitete Einsicht des Zusammenwirkens von Sozialdemokraten, Kommunisten und anderen antifaschistischen Kräften stützen.

Fragen wir die Zeitzeugen oder befragen wir die Gesprächsprotokolle bereits verstorbener Aktivisten der ersten Stunde, ob die Beschaffung von Nahrung, Kleidung, Schuhwerk, Obdach, Heizmaterial, Medikamenten, ob die Einbringung der Ernte und die Bestellung der Äcker, ob der Beginn der Schulausbildung im Herbst 1945, 1946 usw., ob das Überleben in dem besonders kalten Winter 1946/1947 und in den dann folgenden schlimmen Nachkriegsjahren hätten für die einheimische Bevölkerung, für die aus den deutschen Ostgebieten aufgrund alliierter Beschlüsse Ausgesiedelten oder für die aus ausgebombten deutschen Städten Zugezogenen so gemeistert werden können, wenn KPD und SPD weiterhin getrennt politisch gewirkt hätten.

Das sind doch die entscheidenden Fragen, wenn wir tatsächlich Erfahrungen aus der Geschichte gewinnen und nicht neunmalklug urteilen wollen.

Seit einigen Jahren ist in den neuen Bundesländern zu beobachten, daß jeweils im Hinblick auf wichtige Jahrestage der deutschen Geschichte in Beilagen von Zeitungen und in anderen Massenbeeinflussungsmitteln gern *Geschichtchen, Histörchen* publiziert werden. Unter dem Vorwand, man müsse *differenzierter* vorgehen, wird der Geschichtsverlauf, der aus wesentlichen und weniger wesentlichen Vorgängen - wie in einem Kräfteparallelogramm - besteht, so weit differenziert, also so sehr in isolierte Einzelheiten aufgesplittet, daß am Ende der wesentliche Zusammenhang hinwegdifferenziert, verschwinden gemacht wurde. Da glauben diese „Historiker“ eine besondere Entdeckung gemacht zu haben, wenn sie nachweisen können, daß die Erscheinung anders aussah als das Wesen und sind stolz darauf, wenn sie die Erscheinung für das Wesen halten. Wozu, um mit Marx (im Brief an Kugelmann vom 11.7.1868) zu sprechen, braucht man dann eigentlich noch eine *Wissenschaft* ?

Seien wir ehrlich zu uns selbst: Wir sind doch nicht kilometerweit an diesem kalten Wochenende nach Gotha gefahren, um zum wiederholten Male, vielleicht etwas detaillierter, erfahren zu können, *was sich wie vor 50 Jahren ereignet hat.*

Sind wir nicht vielmehr wegen uns selbst, wegen unseres Gewissens gekommen, weil wir wissen wollen, wie wir wem heute und morgen weiterhin in die Augen sehen können?

Da passierte und passiert mir auch Seltsames, Nachdenkenswertes: 1947 eingeschult, beteuerten uns Lehrer, Schulleiter, Schulräte, dann Oberassistenten, Hochschullehrer, Sektionsdirektoren, Dekane und Rektoren oder andere in staatlichen oder gesellschaftlichen Einrichtungen Verantwortung tragende Personen, daß sie sich bis 1945 geirrt hatten und sich dafür schämen, mitgelaufen zu sein. Derartige Haltungen hatten mit prägenden Einfluß bei der nicht konfliktlosen Suche meines weltanschaulichen, insbesondere politischen Standortes. Und die meisten, die ich kennengelernt habe, handelten und trafen Entscheidungen, unabhängig davon, wer in Moskau, Berlin, in den Bezirks- oder Kreisstädten gerade der wichtigste Funktionär der KPdSU, der SED oder der betreffenden staatlichen Einrichtung war (und einige verhielten sich wie eine Art Miniaturausgabe der je nach Persönlichkeitsstruktur selbst gewählten größeren Vorbilder). Seit Ende 1989 begegnete ich einigen dieser bis dahin geschätzten Personen wieder, die nun beteuerten, sich dieses Mal bis 1989 geirrt zu haben und sich nun wieder dafür schämten, mitgelaufen zu sein. Kann man mir verübeln, wenn ich da skeptisch bin und vorerst lieber auf das Verhalten der betreffenden Personen bei der nächsten Wendung gespannt warte? Beim Wenden zeigen sich Charaktere deutlicher als in normalen Zeiten.

Wann soll man jemand ernst nehmen? Die reale Wirkung von Personen im Erkenntnis- und

Überzeugungsvorgang sollten wir nicht unterschätzen. Schon unser großer deutscher Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716) kannte 1696 drei Erkenntnisquellen: Erfahrungswahrheiten, Wahrheiten der Vernunft und schließlich sogenannte Wahrheiten des Glaubens oder historische Wahrheiten. Er meinte, eine Sache sei wahr, weil eine oder mehrere *glaubwürdige* Personen sie mir überliefert haben, ich glaube aus gutem Grund, „denn ich lasse mich gern belehren, und nichts ist der Weiterentwicklung unserer Gedanken förderlicher als die Betrachtungen und Bemerkungen verdienstvoller Männer, wenn dieselben mit Achtsamkeit und Aufrichtigkeit gemacht werden“ (Kleine philosophische Schriften. Reclam. Leipzig 1966, S. 214).

Sind wir wirklich nur gekommen, um detaillierter zu erfahren, wie es vor einem halben Jahrhundert zur Vereinigung von KPD und SPD gekommen ist? Wollen wir nicht vor allem auch wissen, wie sich die *vereinigte* Partei, die *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands* dann bis 1989 *entwickelte*, weil wir entweder selbst zu ihr gehörten oder jahrelang ganz selbstverständlich als Mitglieder befreundeter Parteien oder Massenorganisationen eng mit ihren Vertretern zusammengearbeitet haben?

Viele von uns interessieren sich doch für die heutige Thematik, weil sie wissen wollen, ob sie *ein halbes Jahrhundert lang* „*falsch*“ gelebt und gewirkt haben, nur einem Phantom gefolgt sind, ob die Bemühungen - normalerweise die besten Jahre eines Lebens - umsonst gewesen sind oder nicht.

Waren und sind Einsichten, die künstlerisch ihren Niederschlag z.B. in solchen Zeilen gefunden haben, wie „Viel Blut ward hingegeben seit Müntzers kühner Tat“ (Kuba), „Wann wir schreiten, Seit' an Seit' ...“ und „Brüder, in eins nun die Hände, Brüder, das Sterben verlacht ...“ (Arbeiterlieder), „Auferstanden aus Ruinen, und der Zukunft zugewandt ...“ (Becher), „Anmut sparet nicht noch Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand, daß ein gutes Deutschland blühe, wie ein andres gutes Land“ (Brecht), so schlecht oder unvernünftig, daß wir uns ihrer nicht mehr erinnern brauchen, nicht 'mal an einem solchen Tag wie heute?

Ist das eine *seriöse Geschichtsbetrachtung*, die aus der Sicht der Umwälzungen von 1989/1991 *die Geschichte* „*rückwärts*“ *schreiben* will, so tuend, als hätte jeder normal Denkende diese Ereignisse voraussehen müssen; muß seriöse Geschichtsbetrachtung nicht *historisch konkret* urteilen? Das erst genannte Verfahren ist seinem Wesen nach Akkomodation (Bequemmachen), Andienen bei den derzeit Herrschenden oder sich Einrichten in die derzeitigen Verhältnisse.

Wir brauchen uns doch nur kurz vorzustellen, Juri Andropow wäre noch nicht so früh gestorben und wirke noch als Generalsekretär der KPdSU. Und nehmen wir weiter an, er als langjähriger Verantwortlicher für die Sicherheit des Sowjetstaates und daher Kenner wichtiger

realer gesellschaftlicher Vorgänge und Tendenzen habe das Politbüro und die Staatsorgane davon überzeugen können, daß eine *gekonntere*, wissenschaftlich fundiertere Planung und Leitung als vorher, die eine *wachsende* Mitgestaltung, Verantwortung und Entscheidungsbefugnis regionaler und örtlicher Leitungsorgane zu Voraussetzung hat, sowohl in der UdSSR als auch im RGW-Bereich realisiert werden muß. Was wäre da alles geschehen? Möglicherweise folgendes: Anlässlich des Trauerfeierlichkeiten für Erich Honecker hätten hochrangige Gäste aus etwa 150 Ländern der Erde (darunter der BRD) dem neuen Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzenden versichert, daß auch in Zukunft eine zuverlässige ökonomische und politische Zusammenarbeit im Zentrum Europas wichtig sei für die Sicherheit des gesamten Kontinents. In Jugoslawien, Georgien, Aserbaidschan oder Tschetschenien hätten keine Kriege stattgefunden. Politiker der CDU/CSU, der SPD und der FDP gäben sich bei unseren staatlichen Organen nicht weniger die Klinke in die Hand als früher. Die Möglichkeit, durch normalen Handel auch „strategisch“ wichtige Güter (z.B. Mikroelektronik) billiger importieren zu können als selbst herstellen zu müssen, wäre uns noch immer nicht eingeräumt worden. Das Alter für Personen, die als Touristen in das nichtsozialistische Ausland reisen können, sei um fünf Jahre herabgesetzt worden, was dazu geführt hätte, daß jährlich statt 4,4 (wie 1986) sagen wir 7 Millionen DDR-Bürgern (bei Beibehaltung der 15,- DM Taschengeld) allein dafür (von dienstlich Reisenden ganz zu schweigen) über 100 Millionen Westmark bereitzustellen gewesen wären. Die Verantwortlichen für Beschaffung und Absatz in den Kombinat und im Bereich Kommerzielle Koordinierung hätten noch weniger schlaflose Nächte als vorher schon, um diese Aufgaben abzusichern, von der Bereitstellung der auf den Weltmärkten teurer werdenden Rohstoffe ganz abgesehen. Anlässlich der Gründung des Komitees zur Vorbereitung des 450. Todestages von Martin Luther, dessen Schirmherrschaft wieder der Staatsratsvorsitzende der DDR übernommen hätte, hätten die evangelischen Bischöfe beteuert, daß sie - sich als Kirchen im Sozialismus verstehend - auch weiterhin aufmerksame und kooperative Wächter bzw. Begleiter der Politik des Staates sein würden. Alle hier im Saal Anwesenden hätten - sofern sie nicht mit Erreichen des Rentenalters aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden wären - an ihrem Arbeitsplatz ihre spezifischen Teil dazu beigetragen, daß wir Vollbeschäftigung, gesundheitliche Grundversorgung, Urlaub, Bildung, Weiterbildung, Sport und Kunst - unabhängig vom Geldbeutel - international vorweisen können. Das wäre selbstverständlich nicht ohne innenpolitische Probleme abgegangen. Als der zaghafte Versuch unternommen wurde, das Brötchen von 5 auf 10 Pfennig, die Wohnungsmieten nur um 10% oder den Bahnkilometer von 8 auf 10 Pfennig zu erhöhen, waren bedrohliche Unruhen unter der Bevölkerung ausgelöst worden. Für jede Überstunde wurde von den Beschäftigten außer der tariflichen Entlohnung selbstverständlich noch ein Zuschlag gefordert. Zu großen Unruhen kam es, als ein Betrieb wegen nicht abgesetzter Waren infolge Qualitätsminderung seinen Werkträgern die Löhne erst eine Woche später auszahlen konnte. Ein Bürgermeister mußte sich vor dem Sekretariat der zuständigen Kreisleitung der SED dafür verantworten, daß in seiner Stadt ein Mensch drei Tage lang obdachlos war. Die vielen Geldinstitute, Versicherungen, Hotels, Erotikshops, Arbeitsämter, Fi-

nanzämter, Suppenküchen, Regierungs- und Justizeinrichtungen, die hohe Kriminalität, die vielen Unfälle auf Baustellen und Straßen, die Abgeordnetenentschädigungen und Beamtengehälter, die wir jetzt alle seit 1990 in Thüringen zu verzeichnen haben, hätten wir selbstverständlich nicht. Und die Verantwortlichen in staatlichen Einrichtungen, Parteien und Massenorganisationen, darunter viele derer, die sich seit einiger Zeit als „Opfer“ und „Widerstandskämpfer“ in der DDR-Zeit ausgeben, hätten sich auf feierlicheren Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Gründung der SED für die langjährige und ertragreiche Zusammenarbeit sowie die zuteil gewordene Auszeichnung bedankt.

Man möge mich jetzt nicht falsch verstehen. Das sollte kein Zynismus sein. Ich wollte mit dieser Gedankenkonstruktion nur deutlich machen, daß *wir* sie uns durchaus ohne große Schwierigkeiten vorstellen können; viele Bürger aus den altern Bundesländern könnten das nicht. Das Geheimnis für diesen Unterschied besteht letztlich darin, daß wir jahrzehntelang bis 1989 an einem Gesellschaftszustand auf die unterschiedlichste Weise mitgewirkt haben, in dem sich *real* keine Menschengruppe das Mehrprodukt kostenlos aneignen konnte, das aus dem Verkauf der Arbeitskraft einer anderen Menschengruppe gewonnen wurde. Das bedeutet doch nicht, daß wir alles bestens gemeistert hätten. Wie überall hing es auch hier weitgehend von den *Personen* ab, die die öffentlichen Ämter oder Leitungsfunktionen jeweils ausübten und auf diese Weise dem wesentlichen, dem inhaltlichen Vorgang der Gestaltung sozialistischer Verhältnisse ihren persönlichen Stempel hinsichtlich der Form, des Tempos, der Richtung oder des Resultats im betreffenden Verantwortungsbereich aufdrückten. Solche Unterschiede in Zukunft vermeiden zu wollen, hieße die Unterschiede der menschlichen Individuen abschaffen zu wollen, also die Menschheit beseitigen oder eben *keinen* Sozialismus zu wollen.

Warum werden die, die sich zu ihrem mitgestalteten Lebenswerk Deutsche Demokratische Republik bekennen, unter der Flagge des Kampfes gegen das „SED-Unrechtsregime“ (man muß sich diese Wortwahl, die bedacht gewählt wurde und leicht übernommen wird, genau anschauen!) so bekämpft?

Die Angriffe zielen auf die *gewöhnliche*, täglich ab Mitte 1945 in den Kommunen praktizierte antifaschistische Demokratie und ab 1949/1952 auf den *gewöhnlichen*, täglich in den Gemeinden und in der DDR insgesamt gelebten und praktizierten Aufbau eines sozialistischen Gesellschaftszustandes und den damit gesicherten einfachen Frieden im Zentrum Europas.

Das Leben der Massen fand doch nicht in erster Linie in propagandistischen Veranstaltungen, Versammlungen oder Schulungen statt. Beiträge zur Sicherung des Weltfriedens, innere Ordnung und Sicherheit, Rechte der Gewerkschaften, soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, einklagbares Recht auf Arbeit (Gesetzbuch der Arbeit!), auf Gesundheit, Erholung, Bildung, Sport und Kunst waren doch *Realität* für alle Bürger, waren *realer Alltag* in der DDR und

nicht orientiert daran, ob sie genug Profit abwerfen; sie waren so *selbstverständlich*, daß sich leider zu viele Bürger darum keine Gedanken und Sorgen mehr machten.

Dafür, daß vor allem die DDR jahrzehntelang international vorzeigbar *den Beweis erbracht und nicht nur die Hoffnung, sondern die Gewißheit vermittelt hat*, daß unter bestimmten Bedingungen ein Gesellschaftszustand ohne privates Eigentum an den wichtigsten sachlichen Produktionsbedingungen, ohne Großgrundbesitzer, Monopole oder private Geschäftsbanken möglich ist, werden all diejenigen, die daran mitgewirkt haben und sich dazu bekennen, als Täter oder Mittäter des „SED-Unrechtsregimes“ behandelt. Und wer heute erklärt, es sei gut, daß die DDR beseitigt (hinweg“reformiert“) wurde, der hätte auch 1525 die vom Schlachtberg bei Frankenhausen fliehenden Anhänger Thomas Müntzers den Häschern denunziert, der hätte es auch für richtig befunden, daß ab Mai 1871 die französischen Kommunarden grausam verfolgt wurden, der wäre auch bis 1945 kaum ein antifaschistischer Widerstandskämpfer gewesen.

Damit will ich keine Vorwürfe erheben, sondern durch Zuspitzung zum nüchternen Bedenken anregen. Weil wir in der DDR und in anderen Ländern bis 1989/1991 jahrzehntelang einen realen, nicht gedanklich konstruierten Gesellschaftszustand neuer, weltgeschichtlich bis dahin nicht dagewesener Art mitgestaltet haben, haben wir, solange wir dazu noch imstande sind, meines Erachtens die Pflicht und Schuldigkeit, sachlich zu untersuchen, was warum wie lange gut, also zum Wohle der werktätigen Bevölkerung funktioniert hat und was warum, wann und unter welchen Bedingungen beginnend nicht gut funktionierte.

Vor allem sollten wir in Zukunft die objektive Dialektik, die wir doch so gut beherrschen wollten, also vor allem die alte Einsicht, daß alles, was - auch durch unsere eigene Tat - entsteht, zu einem bestimmten Zeitpunkt wert ist, also verdient hat, auch wieder zugrunde zu gehen, um Neuem Platz zu machen, besser berücksichtigen. Auch das dialektische Negieren will gekonnt sein! Um eine solche positive Nutzung qualvoller Erfahrungen geht es mir.

Selbstverständlich ist ein gekentertes Boot eine furchtbare Sache. Dasselbe Boot kann aber auch Rettung bedeuten, wenn ich nicht hysterisch werde und es nutze. Können wir den Beitritt der DDR zur BRD nicht auch dialektisch nutzen; haben wir keinerlei Erfahrungen, z. B. bei der solidarischen, kooperativen und vernünftigen Meisterung schwieriger Lebensbedingungen der Kommunen, in die demokratische Gestaltung der Bundesrepublik einzubringen? Ein demokratischer Aufschwung von Ost, aus den neuen Bundesländern über Parteigrenzen hinweg, täte doch angesichts der Lage (die Zahl der offiziell Arbeitslosen z.B. hat in Deutschland soeben die 4 Millionen-Grenze überschritten!) not und gut. Man kann einem Bundeskanzler nur zustimmen, wenn er vor wenigen Wochen erklärte, die demokratische Veränderung einer Gesellschaft müsse von innen heraus geschehen.

Wie lange wollen wir noch im Büberhemd umhergehen, als hätten wir uns jahrelang nicht in erster Linie für das Wohl der werktätigen Bevölkerung eingesetzt? Vor allem solidarische Zusammenarbeit, zielstrebige Kooperation, Nutzung der besten Kenntnisse, Erfahrungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten möglichst jedes Einzelnen - Eigenschaften, die die menschliche Gattung unter bestimmten Bedingungen normalerweise von jeder pflanzlichen oder tierischen Gattung der Lebewesen unterscheiden könnte und von uns jahrelang landesweit praktiziert worden sind - können wir doch einbringen - oder wir machen uns tatsächlich zum Staub im Winde, sinken herab zur Fußnote der Weltgeschichte.

Jede politische Partei in Deutschland, die sich als „links“ bezeichnen will und dies nicht beachtet, entzieht sich selbst die Grundlage ihrer Existenz, macht sich überflüssig.

In der Schriftenreihe des *Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V.* erschienen bisher:

- (1) 1933 - 1993: Fragen an die deutsche Geschichte. Fragen an Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland.
Jena 1993, 181 S.
- (2) Ludwig Elm: Zur konservativen Deutung und Einordnung des Dritten Reiches.
Jena 1993, 15 S.
- (3) Wolfgang Ruge: Zur Geschichtsschreibung der DDR. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus.
Jena 1993, 16 S.
- (4) Manfred Weißbecker: Der Ort des 30. Januar 1933 - alte Schwierigkeiten und neue Hemmnisse im Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus.
Jena 1993, 27 S.
- (5) Manfred Weißbecker: Paul Levi - Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung.
Jena 1993, 24 S.
- (6) Dokumente zur Erinnerung an den Jenaer Denkmal-Sturz 1991/92 anlässlich des 175. Geburtstages von Karl Marx am 18. Mai 1993.
Jena 1993
- (7) Bischofferode '93. Dokumentation über Argumente und Aktionen der Bergarbeiter, den Kali Standort, das Werk und ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Zusammengestellt von Dr. Walter Scharfenberger.
Herausgegeben in Verbindung mit dem Rosa-Luxemburg-Verein e.V. Leipzig, Jena 1993
- (8) Eberhart Schulz: Ursachen und Wesen der Juniereignisse des Jahres 1953 in der DDR.
Jena 1994, 13 S.
- (9) Rüdiger Stutz: Außenpolitische und außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen des Unterganges der Weimarer Republik.
Jena 1994, 19 S.
- (10) Werner Fritsch: Macht und Ohnmacht der nichtnationalsozialistischen Parteien am Ende der Weimarer Republik.
Jena 1994, 30 S.
- (11) Hans-Günther Eschke: Antifaschismus - Erfahrungen aus deutscher Nachkriegsgeschichte und Zweistaatlichkeit.
Jena 1994, 29 S.
- (12) Helmut Metzler: NSDAP-Propaganda aus psychologischer Sicht. Grundlagen und Orientierungen.
Jena 1994, 22 S.

- (13) Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit.
Jena 1994, 198 S..
- (14) Helmut Korch: Der wissenschaftliche Zweifel - über einen Aspekt der Erkenntnissituation in den Gesellschaftswissenschaften der DDR.
Jena 1994, 26 S.
- (15) Nachdenken über Antifaschismus.
Jena 1994, 46 S.
- (16) Eberhart Schulz: Parteiherrschaft contra demokratische Vielfalt. Die SED und der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in den Jahren 1950/1951.
Jena 1994, 36 S.
- (17) Erinnerungen an Gerhard Riege. Gedächtnisschrift.
Hrsg. v. M. Weißbecker, Jena 1995, 153 S.
- (18) Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems.
Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V., des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. und der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e.V. hrsg. v. M. Wegner, C. Reimer u. E. Hexelschneider, Leipzig 1995, 325 S.
- (19) Klaus Höpcke: Gesellschaftsvertrag als Kampfprozedur?
Jena 1995, 32 S.
- (20) Thüringen unterm Sternenbanner.
Jena 1995, 65 S.
- (21) Transformationsprozesse in der Gesellschaft.
Jena 1995, 165 S.
- (22) „Nie wieder!“ - Der Buchenwald-Schwur 1945 und heute.
Jena 1995, 86 S.
- (23) Universität im Zwiespalt von Geist und Macht. Zu Ergebnissen und Erfahrungen der hochschulpolitischen Umbrüche in Deutschland von 1945 und 1989/90.
Jena 1996, 180 S.